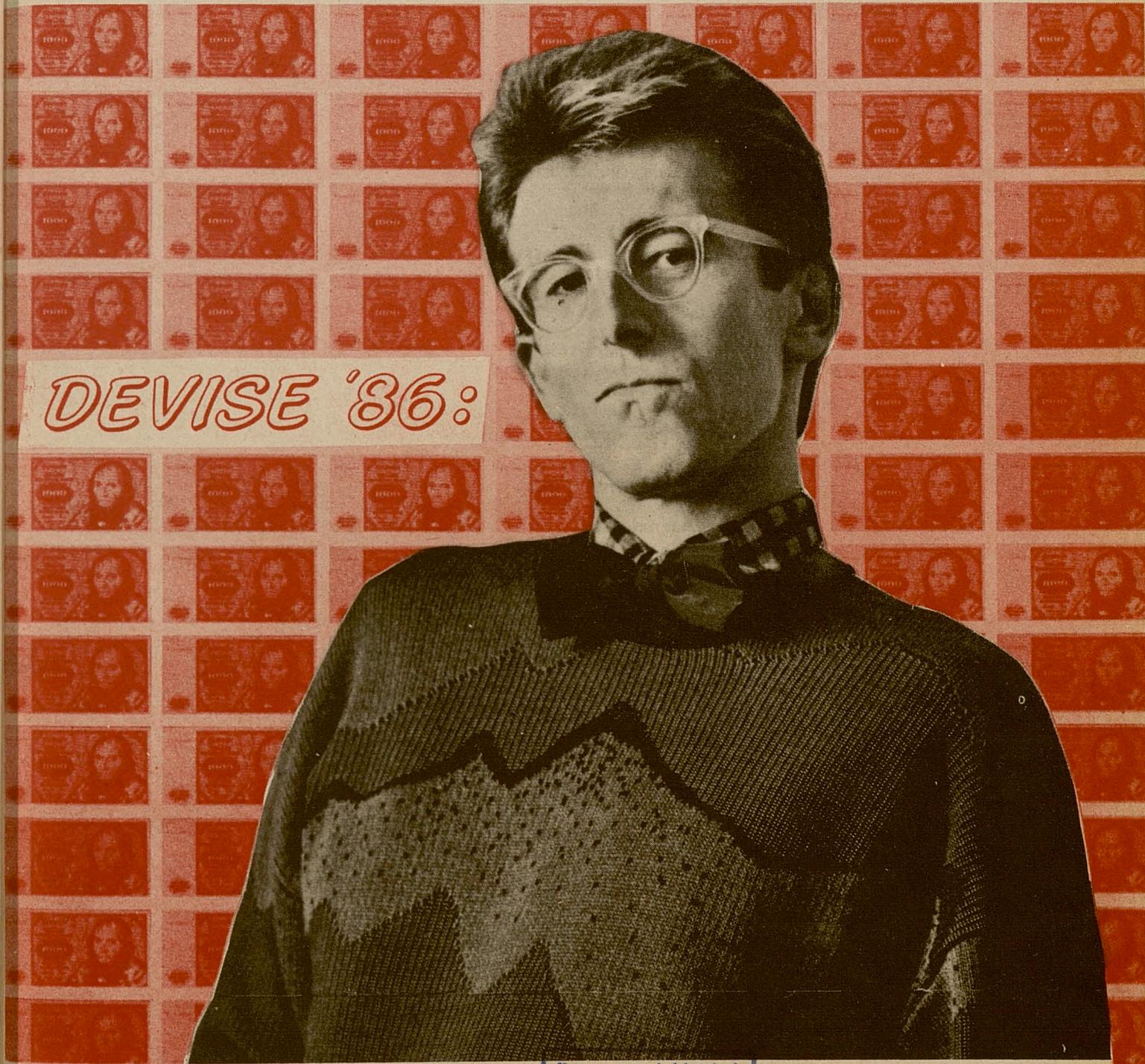


AKUT

Wiederaufbereitungsorgan für abgebrante studentische Kreativitätsreserven
JUNI 1986 Nr. 216



DEVISE '86:

Universitätsbibliothek
Bonn

16. Juni 1986

P^o

NEO- **KASSE MACHEN** NEUE
KONSERVATISMUS & TECHNOLOGIEN

Impressum

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS 1986

Impressum	2
Editorial	3
Meldungen	4,5
Neokonservatismus	6
WissHG	10
vds	12
Volksuni	13
Wissenschaftsrat	15
Informatiker und Rechenzentrum	16
AIP - Medizin	20
Kapitalkurs (not FAZ, but MARX)	21
GEW pro tutores	22
Frauenreferat	23
Leserbriefe	24
Neue Technologien (NEW SERIES)	26
Lokalradio	30
Tschernobyl	32
Gedichte und Dichtertage	34
Häbermas (OHN' ÜBERSICHT)	36
Konzert	39
Trottas Rosa	40
Grassens Rätlin	42
Jazz am Niederrhein	44
Leserbriefe (?)	46
Termine	47



Nachrichtenblatt der Bonner Studentinnen & Studenten

Herausgegeben vom Studentinnen- & Studentenparlament der Universität Bonn

AKUT-Büro
Nassestraße Elf
Dreiundfünfzig Bonn
0228/73 70 40
(Von 12⁰⁰ bis 14⁰⁰ Uhr)

Gedruckt beim DRUCKLADEN
Euskirchener Straße Dreissig
Dreiundfünfzig Bonn

KOPIERRECHT
Sofern nicht anders vermerkt,
bei den Autoren

WARNUNG DER REDAKTION:
Das Verschlingen dieser AKUT
kann zum Strahlen der Leserin
oder des Lesers führen,
da erhöhte LeseAKTIVITÄT-Werte
für "Stoff 215" gemessen wurden.
Als Folge kann sich
akutes LeseFIEBER einstellen.



DIE REDAKTION:
Jutta Koch, Christian Eicke, Karen Braun, Wolfgang Kaleck, Wolfgang Zager, Adele Schmidt, Jürgen Brües, Paul Liening & Jochen Laux (ViSdP).

AKUT, SP UND

'FREIE PRESSE' À LA RCDS/LA

1.) Seit der letzten Nummer hat sich einiges in und um die AKUT getan, so daß wir Euch zu Anfang dieser Ausgabe mit *Interna* behelligen wollen.

Aufgrund unserer Anzeige in der April-Nummer haben sich vier an der Redaktionsarbeit Interessierte gemeldet, die zum Teil schon an der vor Euch liegenden Ausgabe mitgearbeitet haben. (Jürgen Brüss/ Lay-Out, Paul Liening/ Habermas) Wir freuen uns selbstverständlich weiterhin über jede Zuschrift, jeden Artikel etc., besonders natürlich über solche die sich mit fachspezifischen und universitären Themen befassen.

2.) An zwei Abenden war die AKUT Thema auf Sitzungen des Studentenparlaments (SP). Äußerer Anlaß für die Auseinandersetzung zwischen ASTA-tragenden Hochschulgruppen und LA/RCDS war die Kandidatur von Jochen Laux für das Amt des Verantwortlichen der AKUT. (Für die, die es noch nicht wissen: Im Gegensatz zu früheren rechten Redaktionen gibt es bei uns keinen 'Chef', sondern lediglich eine/n formal Verantwortliche/n, die/der alle 2 Ausgaben rotiert. Der/die Verantwortliche hat nicht mehr oder weniger Rechte als andere Mitarbeiter/innen.)

Die linken Hochschulgruppen beschränkten sich im SP darauf, den formal unabhängigen Status der Redaktion von einem weisungsbefugten Chefredakteur und die inhaltliche Unabhängigkeit vom ASTA zu unterstützen. Auf das von den rechten Gruppen offenbarte Presse- und Politikverständnis wollen wir im folgenden etwas näher eingehen.

3.) Der erste Stein des Anstoßes war die Artikeltrilogie zum Thema 'Stammheim' in der letzten Nummer, insbesondere der Artikel, der sich ein wenig mit dem Selbstverständnis der RAF beschäftigte und in dem versucht wurde, den gängigen psychologischen Erklärungsmustern einen politisch-historischen Ansatz gegenüberzustellen. Wir waren uns der Unvollkommenheit dieser Beiträge beim Abdruck sehr wohl bewußt, wollten aber eine politische Diskussion über den Konsum des AUST-Buches und des HAUFF-Filmes hinaus weitertreiben.

Die rechten Jungpolitiker im SP waren indes zu eigenständigen Stellungnahmen nicht willens und fähig. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für Wohl und Wehe dieses Staates, mit Hilfe nachgeplapperter BILD- und WELT-Kommentare und den Verfassungsschutzbericht stets griffbereit entlarvten sie Jochen als intellektuellen Unterstützer des Terrorismus. (Er wurde aufgefordert, sich -als Apologet des militanten Widerstandes- bei einem Untergrundblättchen als Chefredakteur bewerben.) Jochen sollte diesem erlauchten Kreise (neben Leuten wie PETER BRÜCKNER, HEINRICH BÖLL und HELMUT GOLLWITZER) deswegen angehören, weil er sich zum einen bemüht hatte, sich rational-argumentativ mit der Politik der RAF auseinanderzusetzen statt sich über das Ausmaß ihrer Bestrafung und die zu treffenden Gegenmaßnahmen Gedanken zu machen. Zum anderen hatte er Zitate der RAF verwendet und -man mag es kaum glauben- sich nicht direkt anschließend davon distanziert. Er überließ mithin der Leserin und dem Leser das Urteil über den dargestellten Sachverhalt selbst.

Ein derartiger Ansatz hat natürlich im Weltbild unserer studentischen Hilfs-Sheriffs keinen Platz: Da wurde die Gefahr eines Chefredakteurs (zu unserer Ansicht zu diesem Amt s.o.) heraufbeschworen, der die AKUT zum Sprachrohr seiner linksradikalen Phrasen machen wolle - gesteuert von einem linken ASTA, der wiederum vom MSB und seinen Satelliten gelenkt wird und der MSE wird -wie alle Demokraten wissen- von Moskau via Ostberlin bezahlt und -naja, wem sage ich das- Moskau ist nicht erst seit Tschernobyl die Quelle alles Bösen auf der Welt.

Die selbstaufgelegte Aufgabe der Kohl-Enkel an der Uni ist nun -neben der Karriereplanung-, die direkten Handlanger Moskaus in der Studentenschaft ausfindig zu machen und zu bekämpfen. Dann gilt es klarzumachen, daß die Organe der Verfaßten Studentenschaft (inklusive einer Studentenzeitung) sich zwar um Feste und Kultur zu kümmern haben, Carstens, Cossiga und wie sie alle heißen hofieren dürfen, um hinterher in kleiner Runde ("demokratischer Dialog") einige Pfennige für Fachliteratur zu sammeln. Es soll auch eine Wohnungsvermittlung und eine BAFÖG-Beratung geben, doch die Ursachen für Wohnungsnot und Stadtzerstörung, für studentische Armut und die stete Anpassung des Bildungswesen an administrative und ökonomische Interessen aufzuspüren und zu benennen - das ist verbotene Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats.

Politik ist Aufgabe der Volksvertreter, der Militärs und der Wirtschaft. Wer das nicht beherzigt, handelt undemokratisch und unpluralistisch, also einseitig.

Wenn Pluralismus nichts anderes bedeuten soll als die Aufrechterhaltung einer ständischen Ordnung im Inneren einer gesellschaftlichen Interessensgruppe bei Verzicht auf einen politischen Machtanspruch, lassen wir uns gerne unpluralistisch nennen. Wenn eine eigenständige, rational nachvollziehbare kritische Position 'einseitig' ist, ist die AKUT auch dieses mit Stolz. Wo Demokratie nichts mehr anderes sein soll als ein formales Verfahren zur Legitimation von Herrschaft, brechen wir gerne aus dem Konsens dieser "Demokraten" aus.

Soweit zu den begriffsklirrenden Vorwürfen von LA/RCDS.

4.) Zu erwähnen bleibt, daß Jochen auf der zweiten Sitzung im 1. Wahlgang mit 25 linken Stimmen und einer unbekanntem zum Verantwortlichen gewählt wurde. Damit war auch das plötzlich aufgekommene Interesse der Rechten an der AKUT wieder erloschen. Inhaltlich und konzeptionell konnte die flugs aufgestellte LA-Kandidatin ohnehin außer obigen Floskeln weder eine Kritik an der jetzigen AKUT formulieren noch gar Alternativen vorbringen. Es steckte also weniger ein Interesse an konstruktiver Zeitungsarbeit hinter der Kandidatur als vielmehr der Wille, eine solche zu sabotieren nach dem Motto 'Lieber gar keine AKUT als die jetzige'.

5.) Noch ein letztes: Beim Abdruck des Konventswahlen-Artikel in der Voraugabe vergaßen wir, den Namen der Autorin anzugeben: Katina Schubert hatte ihn geschrieben.

wolfgang kaleck

SCHWEIGEN MACHT FREI?

Im Verlaufe der oben erwähnten SP--Sitzungen brachten LA/ RCDS nach Aufforderung einen einzigen inhaltlichen Kritikpunkt vor: Eine Kommilitonin vom RCDS -der Name sei hier nicht genannt, es geht uns nicht um eine

Diffamierung der Person- bezeichnete den Abdruck des Artikels um die Bracher-Nachfolge als undemokratisch. Zur Erinnerung: Es waren uns bzw. der FS Politologie aus Kreisen der Engeren Fakultät (EF) Informationen gegeben worden, wonach hinter den Kulissen des Pol. Seminars bereits kräftig zugunsten eines in Bonner Konzept passenden Prof als Bracher-Nachfolger gekungelt wird.

Vielleicht können wir der verehrten RCDS-Vertreterin demokratietheoretisch ein wenig auf die Sprünge helfen: Ein Gremium wie die EF, wo auf 50 Profs 5 Studenten/innen kommen, ist wohl eher als Überbleibsel feudaler Besitzstände zu bezeichnen. Die Äusserung, wir hätten mit der Informierung der studentischen Öffentlichkeit einen demokratischen Entscheidungsprozess behindert, zeugt auch von einiger Verwirrung. Ein elitäres Entscheidungsgremium vor Öffentlichkeit zu schützen ist und bleibt eine Herrschaftstechnik des Absolutismus - nachzulesen bei den Autoren der Arcana-Lehre und bei Macciavelli.

Erheiternd ist dann, daß die erwähnte Dame mit ihrem ausgeprägten Verständnis staatsrechtlicher Zusammenhänge ohne weiteres Platz fand in dem Seminar von Prof. Isensee - das Wort 'Elite' sollte in diesem Zusammenhang eher nicht gebraucht werden. Wir berichteten (AKUT 215) über das illegale Auswahlverfahren zu diesem Seminar. Die JUSO-Vertreterin in der EF wollte dieses Thema bei der letzten EF-Sitzung ansprechen. Anwesend waren ca. 30 Profs, 3 Mitarbeiter und die Studentin - die selbsternannten Kämpfer für studentische Interessen von LA/RCDS blieben der Sitzung fern. Angesichts derartiger Mehrheitsverhältnisse wäre wohl eine gelassene Belehrung zu erwarten gewesen - doch weit gefehlt. Die Kommilitonin konnte bereits nach drei Sätzen nicht mehr weiterreden, weil einige Professoren sie anschrien und beschimpften. (Auf die Wiedergabe des genauen Wortlauts wird verzichtet.) Nach ein paar Minuten griff der Diskussionsleiter ein mit den Worten: "Ich erkläre die Diskussion (!) für beendet." -Dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

wolfgang kaleck

DEPPUTIES

RUHE !

bis ins tiefste Kellergewölbe der gesellschaftlichen Mauselöcher; alle Hunde und sei's ein querulanter Journalistenkopf, hübsch an die Kette gelegt, mit Aasknochen versorgt, damit er nicht belle; kein Gebell von Feindschaft; keine Frage in den listigen Hintergrund !

TARTÜFFERIE VON EINER 'FREIEN' PRESSE;

maulhaltende und untertänige EINGEWEIDE, fleißig wie Mühlsteine aber fern; mutwilliger Aufklärung Zügel anlegen, mit dem Willen zur Wüste ! den widersachenden GEDANKEN der vernichtenden Gesinnungsglut aussetzen

GEDANKE VERRECKE

das ist die 'verschwenderische Liberalität', der Phantomjäger im SP; mit leidiger Opferrhetorik GEDANKEN ERSCHLAGEN ! ihr Schau-Spieler der Demokratie, Epigonen eines willkürlichen Obskurantismus; Aus-dem-Wege-Gehn vor sich selber, wegen Scheu vor Lärm, Reden ohne laut zu werden;

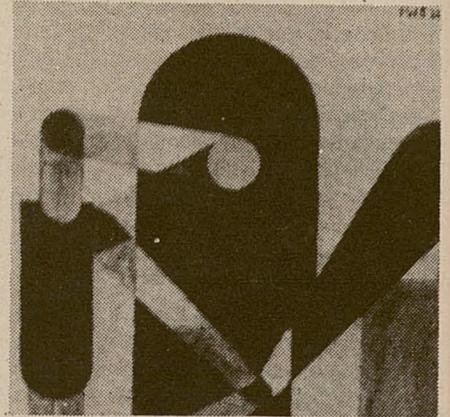
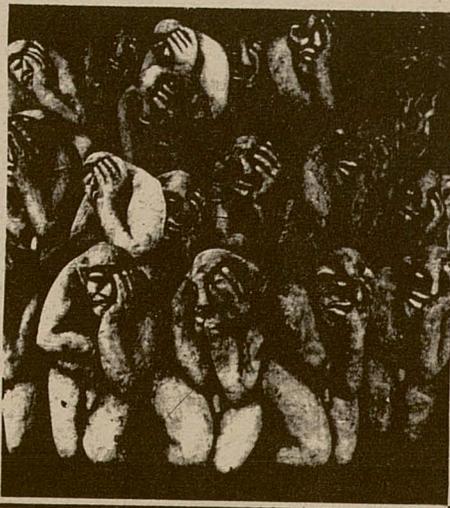
Hohlköpfe, Hohltöpfe:

was auch in sie hineingeht, jeglich Ding kommt dumpf, dick, nichts-sagend zurück,

mit dem ECHO DER GROßEN LEERE; Sittenwächter über Verunreinigungen, laßt die Haufen der Vergangenheit zurück - DESINFIZIERT SELBST !

WIR ZEIGEN WO ES STINKT !

Jochen Laux



LEHRSTUHL BEDROHT

Am Psychologischen Institut ist nach dem Weggang von Frau Prof. Lehr nach Heidelberg der Lehrstuhl für Entwicklungspsychologie gleich zweifach gefährdet. Zum einen droht er im Rahmen der Sparmaßnahmen des Landes NRW gestrichen zu werden, zum anderen fordern ihn die Kath. Theologen zurück, von denen er in den 70er Jahren gegen die Überlassung anderer Kapazitäten geliehen wurde. Wie verlautet, wurden die Theologen durch Professoren aus der EF erst an diesen Vorgang erinnert, kein untypisches Vorkommnis, bei dem dem einzigen Diplomstudiengang der PhilFak eins ausgewischt werden soll.

Studenten, Mittelbau und Oberbau haben auf Initiative des Geschäftsführenden Direktors Prof. Bredenkamp einen Brief an das Wissenschaftsministerium geschickt, in dem der Erhalt des Lehrstuhls gefordert wird. Des weiteren wurden ein Gutachten der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Auftrag gegeben, das die Situation des Bonner Instituts ohne diesen Lehrstuhl untersuchen soll. Das Ergebnis dürfte ziemlich niederschmetternd sein, den auch ohne den Verlust ist das Institut durch eine desolante Politik des Oberbaus in den letzten Jahren bundesweit in Mißkredit geraten.

Bemerkung am Rande: Der Brief nach Düsseldorf wurde auf der ersten Institutskonferenz seit Jahren abgestimmt. Mitarbeiter und Studenten forderten, daß nicht nur in Notfällen ihre Mitarbeit und Stimme erwünscht sei, sondern das dies der Regelfall sein solle. Zwar antwortete der Oberbau in dieser brenzigen Situation nicht mit einem "Nein", ließ jedoch durchblicken, daß es sich um einen einmaligen Vorgang handele.

Alles bleibt beim alten: Wenn der Oberbau studentische Hilfe braucht, läßt er mit sich reden, ansonsten wird hinter verschlossenen Türen gekungelt wie ehemals.

(jb)

Unser Mann zwischen Sit in und Black out

"Heute vor 41 Jahren, am 23. Mai 1945 wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verkündet", so Bundeskanzler Helmut Kohl am Freitag, den 23.5.1986, in seiner Ansprache vor der ersten Parlamentarierkonferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU). Kohl, renommierter Historiker, der seine Dissertation über das Wiedererstehen der Parteien nach dem II. Weltkrieg schrieb, gab diesen Satz aus seinem Redetext zur allgemeinen Erheiterung an die Parlamentarier weiter. Das Grundgesetz der BRD wurde allerdings erst am 23. Mai 1949 verkündet und trat am 24.5.1949 in Kraft.

Vor 25 Jahren wurde Amnesty International gegründet

In diesen Tagen wird eine weltweite Hilfsorganisation 25 Jahre alt, die für unzählige verfolgte Menschen in vielen Ländern zu einem Symbol der Hoffnung geworden ist: AMNESTY INTERNATIONAL.

Mit dem Engagement von mehr als 500000 Mitgliedern und Förderern in 160 Ländern setzt sich diese Organisation für die Verwirklichung der Menschenrechte ein, die 1948 in der Charta der Vereinten Nationen proklamiert worden sind. Der 28. Mai 1961 war der Tag, an dem die Initialzündung erfolgte. Damals erschien nämlich im Londoner "Observer" ein Artikel des Rechtsanwalts Peter Benenson, in dem er an die vergessenen Gefangenen erinnerte, eben an jene, die in vielen Ländern allein wegen ihrer politischen, religiösen oder sonstigen Überzeugung oder auf Grund ihrer rassischen oder ethnischen Abstammung in Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden.

Den Grundsätzen seiner Arbeit ist Amnesty International stets treu geblieben: Unabhängigkeit von den Regierungen, von politischen Richtungen und Ideologien, von wirtschaftlichen Interessen und religiösen Überzeugungen. Amnesty bemüht sich um die Freilassung von Frauen und Männern, die aus den genannten Gründen verfolgt werden, aber Gewalt weder

angewandt noch befürwortet haben. Darüber hinaus setzt sich die Organisation für faire und zügige Gerichtsverhandlungen der politischen Gefangenen ein und kämpft bedingungslos für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und gegen jede Form der Folter. Schließlich befürwortet Amnesty ein menschenwürdiges und liberales Asylrecht.

In Bonn und Umgebung sind gegenwärtig 12 Gruppen und mehrere Arbeitskreise aktiv. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt in der meist stillen, oft langwierigen und vielfältigen Arbeit für einzelne Gefangene. Amnesty International fand schon 1977 mit der Auszeichnung durch den Friedensnobelpreis eine allgemeine Anerkennung. Die Zahl der Menschen, denen ihre von fast allen Staaten dieser Erde feierlich zugesicherten Rechte vorenthalten werden, die man verfolgt, gefangen hält, foltert und mit der Todesstrafe bedroht, ist dennoch in den letzten Jahren nicht geringer geworden, eher im Gegenteil. Der Einsatz für sie verdient die Unterstützung aller Menschen guten Willens. Auch Spenden - denn Amnesty finanziert sich ausschließlich aus privaten Mitteln - leisten dazu einen wichtigen Beitrag (Verwendungszweck 3530 beim Postgiraamt Köln Nr 224046/502 (BLZ 37010050) oder BKD Duisburg Nr 30000 (BLZ 35060190)).

K.L. Kälber

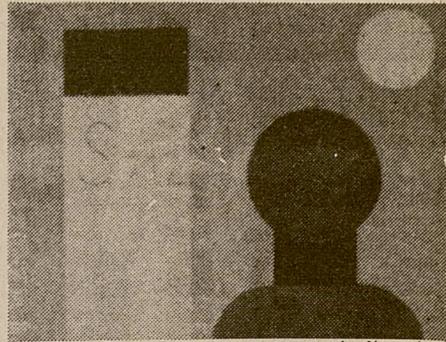
Interdisziplinäres Seminar soll gestoppt werden

Wir brauchen Eure Unterstützung !

Seit SS 83 fand im Genetischen Institut in der Kirschallee das einzigste interdisziplinäre Seminar der Uni Bonn zum Problembereich Biologie/Philosophie statt. In den einzelnen Semestern wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt:

- allgemeine Einführung in philosophische Probleme der Evolutionstheorie (SS 83)
- Teleologie und evolutionäre Weltanschauungen (WS 83/84)
- Evolution und Ethik (SS 84)
- Evolution und Erkennen (WS 84/85)
- Organismuskonzeptionen (SS 85)
- Der Begriff der organischen Form (WS 85/86)
- Grenzprobleme der Biologie (SS 86)

Von Geschichte und Grundlagen des Sozialdarwinismus über erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Fragen der Biologie bis hin zur Diskussion von



Aussenseiterpositionen innerhalb der Natur- und Geisteswissenschaften wurden viele interdisziplinäre Fragen von Studenten aller Fakultäten behandelt (z.B. von Biologen, Philosophen, Physikern, Theologen, Medizinern, Germanisten und anderen): Fragen, für die es in den jeweiligen Studiengängen kein Forum gibt.

Für die fruchtbare Zusammenarbeit sorgte der Seminarleiter Dr. rer. nat. Hans-Werner Ingensiep mit viel Fachkunde und Engagement. Das Seminar wurde wohlwollend von der Fachgruppe Biologie und dem Philosophischen Seminar A unterstützt. So gab es denn auch einen für Biologen und Philosophen anerkannten Schein für einen "Blick über den Tellerrand hinaus".

Jetzt soll aus Gründen der "Kapazitätsberechnung" das Seminar gestrichen werden - der Lehrauftrag des Dozenten soll für WS 86/87 nicht verlängert werden !

Wir meinen, daß der interdisziplinäre Dialog an der Universität nicht nur leeres Lippenbekenntnis sein darf. Es müssen an der Universität Strukturen geschaffen werden, die eine qualifizierte fachübergreifende Diskussion ermöglichen. Die bisherigen Seminare haben dies gewährleistet.

Jetzt aber ist die Hilfe aller Studenten und Universitätsangehörigen erforderlich, um die Voraussetzungen für ein ständiges interdisziplinäres Seminar zu schaffen. Deshalb haben wir uns zu einer Initiative der Teilnehmer und Förderer eines ständigen interdisziplinären Seminars für Studenten der Natur- und Geisteswissenschaften" zusammengeschlossen.

Unsere Forderung:
Bereitstellung von Personal und Sachmitteln zur Durchführung eines ständigen interdisziplinären Seminars...! Ebenso soll die Arbeit der Studenten im Seminar scheinmäÙig wie bisher anerkannt werden !

Wir hoffen auf tatkräftige Unterstützung all derer, die den fachübergreifenden Gedankenaustausch für notwendig halten.

Unterschriftenlisten zur Unterstützung liegen in den Fachschaften und in der AStA-Hochschulreferat aus.

Die Sprecher der Initiative/ÄK interdisziplinäre Forschung
Weitere Informationen: Andreas Dragan, Telefon: 611827.

NEOKONSERVATISMUS ODER DIE EREKTION DER GARTENZWERGE

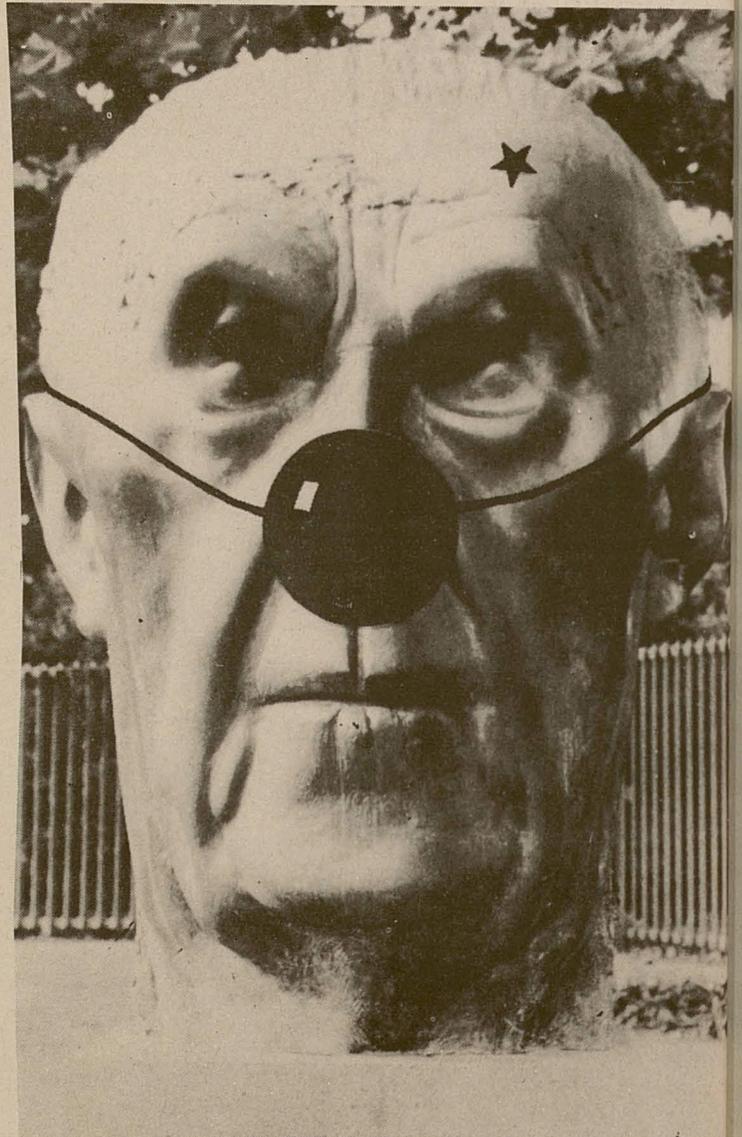
Der folgende Beitrag geht zurück auf ein Wochenend-Seminar der 'Neuen Juristen-Welle' (NJW), das vom 18.-20. April im Roten Haus in Seelbach/ Westerwald stattfand. Dort sollte versucht werden, eine grobe historische Linie der Staatstheorie des Konservatismus von THOMAS HOB-BES über CARL SCHMITT über ERNST FORSTHOFF und das Bundesverfassungsgericht bis hin zu aktuellen neokonservativen Politikmustern und Argumentationen zu skizzieren. Wir wollen hier das 'Neue' am Neokonservatismus ein wenig unter die Lupe nehmen.

Ebenso wie der plakative Begriff 'Konservatismus' ist auch die illustre Bezeichnung 'Neokonservatismus' für eine eindeutige inhaltliche Position eher irreführend als erhellend. Beides definiert keine einheitliche oder zumindest in Ansätzen gemeinsame Theorie, sondern dient eher als Oberbegriff für ein Sammelsurium verschiedenster Positionen und Traditionslinien. So wird in den USA der ideologische Kern der neokonservativen Denker überwiegend von positivistisch orientierten Soziologen und Historikern gestellt, denen als sogenannte "enttäuschte Liberale" eine Rückführung ihrer Theorien auf schlichtweg antidemokratische Traditionen fremd ist. In der BRD hingegen knüpft man zum großen Teil an autoritäre Denkmuster, insbesondere aus der Zeit der Weimarer Republik, an.

Wenn schon nicht aufgrund gemeinsamer inhaltlicher Positionen oder einer bestimmten Methode, so kann doch der Neokonservatismus als Ausdruck einer sozialen Bewegung erfaßt werden: Mag man auch für die Erhaltung formaldemokratischer Positionen auf politischer Ebene eintreten, so wird doch durchweg eine weitere gesellschaftliche Demokratisierung (z.B. der Wirtschaft) ausgeschlossen; das bedeutet, der Neokonservatismus ist im gleichen Rahmen zu begreifen wie der Konservatismus schlechthin und zwar "als die dem historischen Prozeß der Demokratisierung immanente Gegenbewegung". Das eigentlich 'Neue' am Neokonservatismus besteht lediglich im Ansatzpunkt der Auseinandersetzung mit der sozialen Wirklichkeit, der Kulturkritik. Hier wird unter Schlagworten wie "Kulturrevolution" und "Unregierbarkeit" die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und ästhetischen Moderne geführt.

Ein bißchen Geschichte

Der obigen Definition von HELGA GREBING folgend kann man historisch-konkret den Konservatismus in Deutschland im 19. Jahrhundert nicht nur an feudalem Grundbesitz und an vorkapitalistischem Eigentum festmachen. Denn nach 1848 fürchtete das ökonomisch aufstrebende Bürgertum das Aufkommen des 4. Standes. Das 1848 erstmals als Klasse auf die Bühne der Geschichte getretene Proletariat übernahm die politischen Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, deren sich das Bürgertum im Kampf um seine Freiheiten gegen die Feudalherrschaft bedient hatte. Um nicht seiner gesellschaftlichen und öko-



nomischen Machtpositionen verlustig zu gehen, schloß das deutsche Bürgertum unter Verzicht auf die vormals postulierten Ansprüche und auf die politische Macht einen Kompromiß mit der Feudalaristokratie. So entstand eine herrschende Klasse in Deutschland -verklammert durch die gemeinsame Gegnerschaft zum Proletariat und eine imperialistische Außenpolitik. Diese Klasse konnte sich mit der von der Arbeiterbewegung durchgeführten bürgerlichen Revolution von 1919 und der daraus entstandenen Weimarer Republik nur teilweise und zeitweise anfreunden.

CARL SCHMITT - Der Theoretiker der Gegenrevolution

Unter den -wie in einem Brennspiegel der Geschichte- in Weimar versammelten Geisteströmungen des 19. und 20. Jahrhunderts stach auf bürgerlicher Seite besonders eine hervor: das staatsrechtliche Werk von CARL SCHMITT (1888-1985). Im Gegensatz zu vielen seiner bürgerlichen Mitstreiter erkannte er ausdrücklich die demokratische Legitimität, die Volkssouveränität an. Er bemühte weder eine monarchische noch eine göttliche Legitimität. Er zog die Legitimität aus der Legalität der Weimarer Reichsverfassung, wollte diese also im Gegensatz zu den jungkonservativen 'Revolutionären' nicht offen ändern. Hierin und in seiner scharfen Kritik am Liberalismus liegt der Grund für SCHMITTS Modernität und seine Attraktivität für heutige Rechte - er erlebt zur Zeit eine Renaissance in Frankreich, Spanien und Italien. In Deutschland hat er sich durch billige antisemitische Zeitungsartikel und sein Engagement in NS-Juristenorganisationen so diskreditiert, daß seine Gedankengänge von heutigen Konservativen nur ohne Namensnennung zitiert werden. CARL SCHMITT war der profilierteste und zugleich intelligenteste Rechtslehrer, der sich auf eine Stufe mit den Blut- und Bodenjuristen des 3. Reiches begab. Ihn traf als einzigen Rechtslehrer nach 1945 ein Berufsverbot -weil gerade seine Schüler und Mitstreiter nichts mehr fürchten mußten als eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Er wurde geopfert, damit die -ehedem braunen- Wiederaufbaujuristen wie FORSTHOFF und MAUNZ, NIPPERDEY und DREHER ihren akademischen Höhenflug nicht unterbrechen mußten und so Kontinuitäten vom Kaisereich über den Faschismus in die BRD retten konnten. Doch zurück zu seinem theoretischen Werk, dessen Studium Linken mehr nützen würde als die moralische Abqualifizierung des "Kronjuristen" SCHMITTS anhand seiner biografischen Daten. Von SCHMITTS NS-Zeit haben sich nämlich intelligentere Konservative schon lange distanzieren, seine Theorie aber dient noch heute Leitartiklern, Sonntagsrednern und Ideologen als Steinbruch. SCHMITT hatte erkannt, daß der wissenschaftliche Sozialismus das Geschichtsdeutungsmonopol der damaligen Zeit erobert hatte. Seine Antwort auf MARX war eine dezisionistische Staatstheorie, wo der Wert der Entscheidung als solcher d.h. unabhängig von der Begründung verabsolutiert wurde. Wichtig ist, daß in einer bestimmten Situation entschieden wird und daß jemand in der Lage ist, diese Entscheidung durchzusetzen. Den Pluralismus kritisiert er als lähmenden Zugriff gegensätzlicher gesellschaftlicher Gruppen auf den Staat. Das Parlament -einst als Honorationenparlament Repräsentant einheitlicher feudaler und bürgerlicher Interessen ist dadurch paralysiert, daß das gesamte Volk -also auch das Proletariat- durch Parteien in ihm vertreten ist. Am Anfang der 30er Jahre konstatiert SCHMITT den staatsrechtlichen Ausnahmezustand, den er in der ökonomischen Krise begründet sieht. Der Liberalismus, "der auf die Frage Christus oder Barrabas nur mit einem Vertagungsantrag" antworten kann, und mithin des hergebrachte Instrumentarium bürgerlicher Demokratie, hat abgedankt. Mit Hilfe von SCHMITTS Auslegung des Notverordnungsartikels 48 der Weimarer Reichsverfassung kann eine autoritäre Präsidialdiktatur -mit dem Reichspräsidenten als Entscheidungsinstanz- installiert werden. Das Kernstück auf theoretischer Ebene stellt der 'Begriff des Politischen' dar: Dem Staat gehe unabhängig von seiner konkreten Form als Monarchie oder Demokratie der Begriff des Politischen vor. Eine politische Einheit habe ein Volk nur, wenn es die Freund-Feind-Unterscheidung durchführen kann. Wenn ein Gegensatz aus einem be-

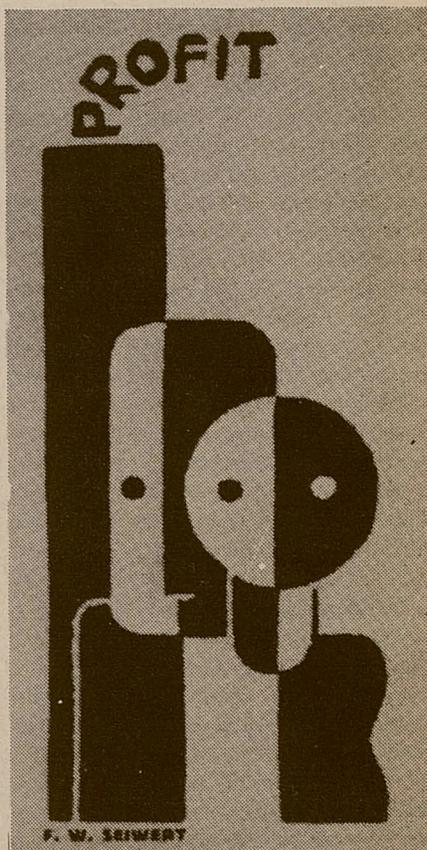
stimmten Sachgebiet wie z.B. dem Ökonomischen eine besondere Intensität gewonnen hat, wo der Feind als etwas existentiell anderes betrachtet wird, ist er politisch. Der Souverän muß dann in der Lage sein, eine Entscheidung zu fällen, um die Gegner in ihr Sachgebiet zurückzudrängen, sonst bricht ein Bürgerkrieg aus, der den Staat handlungsunfähig macht. Da aber nach der einmal erfolgten Entscheidung keine Befriedung eingetreten ist, denn eine politische Einheit muß immer eine Freund-Feind-Unterscheidung durchführen, sonst handelt es sich um ein schwaches Volk (eine Gleichheit ohne die Möglichkeit einer Ungleichheit ist wertlos), legitimiert CARL SCHMITT eine unbegrenzte staatliche Machtausübung mit Hilfe eines inhaltsleeren Kriteriums. Dieser kurze Blick auf SCHMITTSCHEN Kategorien muß hier genügen, er ist unumgänglich zum Wiedererkennen der 'alten' Analysen und Rezepte der bundesdeutschen 'Neo'-konservativen.

Technokratische Staatsdenker nach 1945

Auf das zeitweilige Bündnis des Bürgertums mit den Faschisten, auf die Gemeinsamkeiten zwischen konservativer und faschistischer Theorie soll hier nicht näher eingegangen werden. Der Faschismus schuf durch die Modernisierung der Produktionsmethoden und die fast vollständige Zerschlagung der sozialistischen Arbeiterbewegung mitsamt einer lebendigen Kultur die Bedingungen der sogenannten 'Stunde Null', an die Konservative mit ihren Nachkriegs'theorie' anknüpfen konnten.

Auf der Grundlage von Vollbeschäftigung und stabilen Wachstumsraten hatten Theoretiker wie RAYMOND ARON und DANIEL BELL in den 50er Jahren bereits das Ende des Zeitalters der Ideologie eingeläutet. In der BRD wurden technokratische Staatsmodelle am prägnantesten von ERNST FORSTHOFF formuliert, insbesondere im "Staat der Industriegesellschaft". Die Sachzwänge des technisch-industriellen - Komplexes dominieren in diesen Vorstellungen die Gesamtgesellschaft. Der starke souveräne Staat hat abgedankt. Die politische Entscheidung, die einer demokratischen Legitimation bedarf, wird durch die sachlich richtige Entscheidung des neutralen Fachmanns ersetzt.

Der Pluralismus ist gegenüber dem der Weimarer Republik gezähmt (Sozialpartnerschaft/DGB, Godesberger Programm/SPD). Der SCHMITT-Schüler FORSTHOFF kann sich am 'Normalzustand' orientieren, wo sein Meister am 'Ernstfall' anknüpfte.



Möglich wurde dies auch durch das Modell der sogenannten 'streitbaren Demokratie' ("Keine Freiheit den Feinden der Freiheit").

Diese 'Lehre' aus der Geschichte von Weimar, wo eine angeblich wehrlose Demokratie dem Nationalsozialismus eine legale Machtergreifung ermöglicht hätte, ist historisch schon lange widerlegt worden.

Das hinderte das Bundesverfassungsgericht und andere Gerichte nicht daran, mit dem Instrumentarium der streitbaren Demokratie (Parteien-, Berufsverbote etc.) gegen solche Gruppen und Personen vorzugehen, die die Prämissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nach wie vor in Frage stellten, die die Ursachen des NS nicht in einem hilflosen Staat und irrational handelnden Massen sahen, sondern den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus problematisierten und den Faschismus als eine -der geschichtlichen Situation angemessene- politische Herrschaftsform zur Wahrung ökonomischer Machtpositionen ansahen. Der KPD in den 50ern und den 'Terroristen' und ihren 'Sympathisanten' in den 70ern wurden die Freiheitsrechte aberkannt, weil sie diese mißbraucht hätten.

Mittlerweile wird die Wahrung der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" identifiziert mit der Wahrung des gesellschaftlichen 'status quo'.

Die folgende Reaktion ERNST FORSTHOFFS auf die Studenten- und Arbeiterrevolten in Frankreich 1968 verdeutlicht den Optimismus der technokratischen Konservativen bis Anfang der 70er Jahre: "Der technische Prozeß, ungeachtet der Tatsache, daß er die Welt wie nie zuvor verändert, wirkt sich stabilisierend aus. Er ist auf Normalität angelegt und erzwingt sie, wobei Normalität nicht als Unveränderlichkeit, sondern als Abwesenheit abrupter Veränderungen zu verstehen ist. Die Struktur der Industriegesellschaft dichtet sich gegen abrupte Ereignisse ab, nicht in dem Sinne, daß sie nicht passieren, sondern indem sie sie folgenlos macht - wie die evenements in Frankreich im Mai 1968. Unter diesen Umständen hat das vorbehaltlose, auf Sicherung verzichtende Vertrauen auf den Bestand der Normalitätsvoraussetzungen heute Argumente für sich."

Kulturrevolution ?

Mit Auftreten der Wirtschaftskrisen und der neuen sozialen Bewegungen in den 70er Jahren wuchs auch in konservativen Reihen die Skepsis über die von FORSTHOFF diagnostizierten Selbststabilisierungskräfte der Industriegesellschaft. Die Reaktionen neokonservativer Denker auf diese Krisenerscheinungen demonstrieren deutlich die bloß halbherzige Aussöhnung der Neokonservativen mit der Moderne: Hatte man sich mit einer quasi technokratisch befriedeten Moderne arrangieren können, indem man deren mögliches Aufklärungspotential auf eine instrumentale Rationalität in Form des technischen Fortschrittes reduzierte, so blieben die in der kulturellen Moderne verkörperten Emanzipationsbestrebungen weiterhin ein Stein heftigen Anstoßes. So wurde jetzt anstelle der tatsächlichen Krisenursachen der Gesellschaft im Bereich von Ökonomie und Administration das Gespenst einer subversiv überbordenden Kultur beschworen.

Insbesondere die Intellektuellen wurden von Ideologen wie SCHELSKY als Betreiber einer Kulturrevolution ausgemacht, mit deren Hilfe sie sich den Aufstieg als einer "neuen Klasse" ermöglichen will. Diese "zur Herrschaft verschworene Priesterschaft einer selbsternannten Reflexionselite" hätte es erfolgreich verstanden, das Leistungsprinzip, auf dem die wissenschaftliche Zivilisation beruhe, zu diffamieren und durch Propagierung hedonistischer Lebensstile (Selbstverwirklichung des Einzelnen nach Lust und Laune) eine Anspruchsinflation auszulösen, die letztlich

zu einer Legitimationskrise des Staates geführt hätte. Etwas Substanz erhält das relativ durchsichtige Konstrukt der "neuen Klasse" durch die Verbindung der Intellektuellenkritik mit der Kritik am Bildungssystem. Die zunächst nicht intendierten Folgen der verspäteten und zaghaften Bildungsreform (Verrechtlichung und Bürokratisierung im pädagogischen Bereich) wurden zu kulturevolutionären Absichten umgefälscht, um so die mittelständischen Ressentiments gegen die Intellektuellen zu mobilisieren. Später während der 'Terrorismusdebatte' wurde dann ein Zusammenhang zwischen Gesellschaftskritik, Bildungsreform und Linksterrorismus hergestellt.

Die scheinbar soziologisch argumentierende Intellektuellenkritik ist allerdings nur ein Ansatzpunkt, um die auf Emanzipation gerichteten "explosiven Gehalte der kulturellen Moderne" zu entschärfen. Auch in anderen Bereichen geht es darum, den Absolutheitsanspruch der Subjektivität des Einzelnen, d.h. die Freisetzung individueller Kräfte zur Selbstverwirklichung, dort wo sie den ökonomisch-staatlichen Imperativen zuwiderläuft, zurückzudrängen.



Im Bereich der Wissenschaften wird deren Aufklärungspotential so beschränkt, daß deren Erkenntnisse nur zur Mehrung des 'technischen Fortschritts' für die ökonomische bzw. administrative Planung eingesetzt werden sollen. Handlungsorientierende Kraft im gesamtgesellschaftlichen Rahmen wird allenfalls den historischen Wissenschaften zugebilligt, wenn sie mit erzählerischen Mitteln Traditionen vergegenwärtigen und Kontinuitäten sichern. Kritische Wissenschaften sind als "Kampfmittel der Kulturrevolution" entlarvt.

In der Kunst wird mit Ausrufung der sogenannten Postmoderne das Ende und der Leerlauf der Sensibilisierungskräfte der kulturellen Moderne proklamiert. Der Begriff der 'Postmoderne' wurde in den USA in den 50er Jahren als Antwort auf eine "akademisch vertrocknete" Übernahme der europäischen Moderne in den USA verstanden. Mit den Mitteln des Irrationalismus und der Rückbesinnung auf kulturelle Wurzeln (Indianer) sollten der modernen Kunst neue Anstöße vermittelt werden. In Europa zeichnet sich die Postmoderne, insbesondere in der Architektur, durch beliebige Zitate historischer Stile aus. Neue Impulse im Zeichen der Postmoderne kommen allenfalls von der französischen Literatur, doch scheint es auch dort eher ein theoretischer Ausdruck zu 'neuen alten' irrationalen Ufern denn ein Aufbruch zu einer Erneuerung der Aufklärung zu sein.

Im Politik- und Staatsverständnis der politischen Eliten erlangte neokonservatives Gedankengut, insbesondere nach der 'Auseinandersetzung' mit dem 'Terrorismus', in der BRD in den 70er Jahren deutlich mehr Gewicht. Militante Aktionen wurden als Ausfluß einer Moralisierung der Politik gedeutet. Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit als universale Prinzipien der Aufklärung stehen im Verdacht,

im Falle ihrer Verwirklichung in Terror umzuschlagen. Indem man den sogenannten "terroristischen Imperativ" mit einer universalistischen Ethik der Aufklärung in Verbindung bringt, versucht man, das allgemeinere Problem der Begrenzung moralischer Beweggründe in der Politik ins rechte Licht zu rücken. Es geht darum, die moralische Begründungslast der staatlichen Ordnung zu minimieren. Die Souveränität der Staatsgewalt soll nicht durch moralische Entwaffnung geschwächt werden. Das angeblich moralisch-praktische Element aber, von dem Politik Abstand gewinnen soll, ist jedoch die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse.

Hinter diesem Politik- und Staatsverständnis lugt ein alter Bekannter hervor: Es ist CARL SCHMITTS Begriff von staatlicher Souveränität, der hier eine Renaissance erlebt. Einerseits liegt das Kriterium dieser Souveränität in der Fähigkeit zur Unterscheidung von Freund und Feind, andererseits ist deren Funktion in der Schaffung einer politischen 'Homogenität' und der Wiederherstellung intakter staatlicher Institutionen zu sehen.

In das Visier der innerstaatlichen Feinderklärung geraten nicht nur 'Terroristen' und ihre 'Sympathisanten', sondern auch alle diejenigen, die mit ihren Demokratisierungsforderungen den reibungslosen Ablauf der Industriegesellschaft stören. Das Feld gruppiert sich nunmehr in eine notorische Minderheit der Störer und die nichtorganisierten Massen der Konsumenten.

Unregierbarkeit durch Sozialstaatsausbau?

Parallel zur Auseinandersetzung um die sogenannte Kulturrevolution wird unter dem Stichwort der "Unregierbarkeit" die Krise des Sozialstaats diskutiert. Hier wird behauptet, daß mit Sozialstaatspolitik nach sozialdemokratischem Muster (!!!) eine schleichende Revolution betrieben wird, die die Eigentums- und Gesellschaftsordnung der BRD umstürzen soll. Die neokonservative Kritik geht dahin, daß der pluralistische Sozialstaat zu schwach sei, den expandierenden Ansprüchen der gesellschaftlichen Kräfte (worunter nie die Unternehmer und deren Verbände gezählt werden) Grenzen zu setzen. Als Lösung wird eine Wiederherstellung des "Primats der Politik" gefordert, d.h. eine staatliche Ordnung, die die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor dem Zugriff gesellschaftlicher Kräfte schützt und gegebenenfalls autoritäre Ordnungspolitik betreibt. Durch Daseinsvorsorge soll die Funktionsfähigkeit des industriell-kapitalistischen Wirtschaftssystems garantiert werden, während gleichzeitig die Eigentumsgarantie gegen Aushöhlung durch sozialstaatliche Umverteilung gesichert werden soll.

Allen neokonservativen Argumentationsmustern ist gemeinsam, daß der Staat sich als Umverteilungsinstanz zurückziehen soll, während gleichzeitig das nichtstaatliche Steuerpotential der Großverbände aktiviert werden soll. Solche fast-korporatistische Vorstellungen nutzen für sich geschickt ein Unbehagen, das angesichts immer deut-

licher zutage tretender Widersprüche von Anspruch und Methode sozialstaatlicher Politik, entsteht: die rechtlich-administrativen Mittel als Umsetzung sozialstaatlicher Programme sind keineswegs neutral oder passiv, sondern stellen immer ein Mittel der Macht dar. Mit ihnen verknüpft ist eine Praxis der Bürokratisierung, Normalisierung und Überwachung. Dieses führt deutlich zur Einschränkung der Freiheit im Namen der Erhaltung von Freiheit.

Neokonservative Vorstellungen allerdings laufen auf eine Entkopplung von Verwaltung und öffentlicher Willensbildung hinaus. Dies bedeutet nichts anderes als die Verhinderung und Zurückdrängung von Demokratisierungsprozessen.

Vorläufiges Resümee

Nach HELMUT DUBIEL sind die neokonservativen Ideologien zum Teil als Reaktion auf die kritische Theorie des Spätkapitalismus - die vor allem von der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre rezipiert wurde - entstanden. Beide sind seiner Meinung nach "konkurrierende, von praktischen Interessen geleitete Deutungsversuche postliberaler Gesellschaften, d.h. solchen die mit den Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts nicht mehr zu erklären sind."

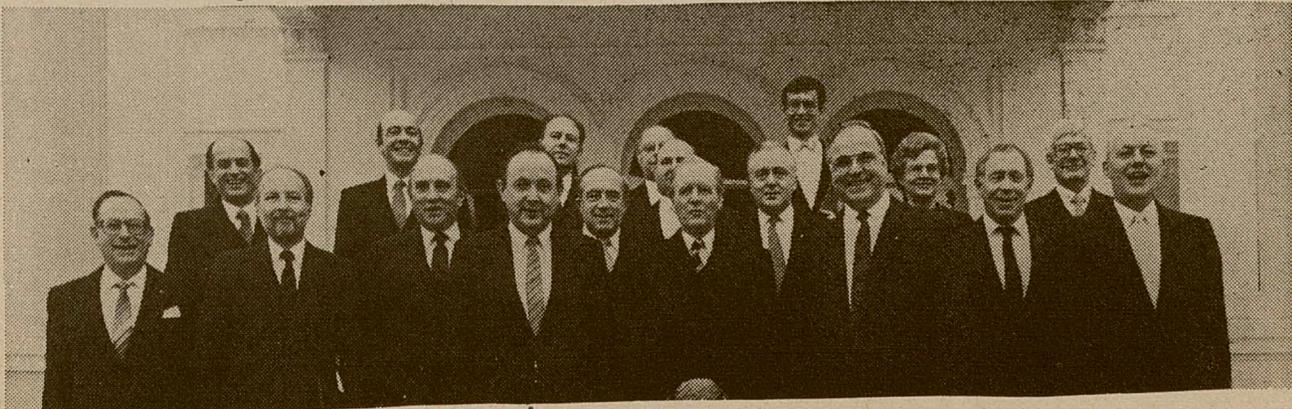
Im Moment jedenfalls scheinen antiautoritäre Linke weder analytisch noch praktisch-organisatorisch eine angemessene Antwort auf die gesellschaftliche Umbruchsituation zu haben. In der Öffentlichkeit haben die Neokonservativen mit ihren Argumenten viele entscheidende Streitfragen besetzt. So könnte ARMIN MOHLER heute in fast jedem Medium seine Behauptung von 1974 wiederholen, ohne daß ihm von einer wirksamen Öffentlichkeit widersprochen würde: "Die Linke hat so mit den Konservativen die Rolle getauscht. Sie, die sich so lange im avantgardistischen Glanz sonnte, hat nun die Rolle der Maschinenstürmer und damit der Nachzügler der Weltgeschichte übernommen."

Auch und gerade bei den GRÜNEN scheint eine pessimistische Untergangsbekundung und oft irrationalistische Kritik des technischen Fortschritts populärer zu sein als eine auf emanzipatorischen Fortschritt zielende Politik, die auf einer theoretischen Analyse fußt. Auf die bisher einzigen Reaktionen auf die momentane Situation der westlichen Metropolen, den Neokonservatismus und die irrationalen postmodernen 'Theoretiker', muß eine Fortschreibung von materialistisch-emanzipatorischen Ansätzen, wie sie Marx, Luxemburg und Marcuse geliefert haben, auf die Verhältnisse der 80er und 90er erfolgen.

bernd müssig/wolfgang kaleck

LITERATUR ZUM THEMA:

- HELGREBING, Konservative gegen die Demokratie. Ffm. 1971
- RICHARD SAAGE. Rückkehr zum starken Staat. Ffm. 1983
- HELMUT DUBIEL, Was ist Neokonservatismus. Ffm. 1985



Wende

auf

son

Das nord-rhein-westfälische Wissenschaftsministerium hat kürzlich einen Referentenentwurf zum neuen WissHG (Wissenschaftliches Hochschulgesetz) vorgelegt, im folgenden "neues WissHG" genannt.

Die Änderungen mußten auf Grund des neuen HRG zum Teil zwangsläufig vorgenommen werden, zum Teil enthält das HRG jedoch auch Kann-Bestimmungen. Außerdem konnte das Wissenschaftsministerium (im folgenden ist immer das nord-rhein-westfälische WiMi gemeint) natürlich, wo sowieso eine Änderung anstand, einiges ändern, das im HRG nicht berührt wird.

Frauenbeauftragte

Im neuen WissHG ist eine Frauenbeauftragte vorgesehen, die vom Rektor eingesetzt (und nicht von den Frauen selbst gewählt) werden soll.

Sie darf allerdings nur Informationen sammeln und beratend tätig werden, echte Handlungsmöglichkeiten hat sie nicht. Außerdem soll sie sich nur um Belange der Wissenschaftlerinnen, nicht aber um die der Studentinnen kümmern. (§ 23a)

Sonderstudiengänge und Steilkurse

Sonderstudiengänge (mit Eignungsprüfung durch die Hochschule) und Steilkurse (Lehrveranstaltungen für "besonders befähigte" Student/inn/en) waren die am meisten diskutierten Änderungen, die das neue HRG vorsieht; beides sind allerdings Kann-Bestimmungen. § 10 Abs. 6 des HRG, der die Sonderstudiengänge regelt, wurde nicht übernommen.

Das bedeutet allerdings nicht viel, da § 108 des WissHG, der die Genehmigung der Einführung von Studiengängen regelt, die Ablehnung nur erlaubt, wenn sonst gegen "dieses Gesetz oder andere Rechtsvorschriften" verstoßen würde. Die Einführung von Sonderstudiengängen verstößt aber nicht gegen das WissHG. Das Wissenschaftsministerium konnte allerdings auch Sonderstudiengänge nicht ausdrücklich verbieten, da das wiederum gegen das HRG verstoßen würde. Die Entscheidung liegt also allein bei der Universität.

Auch bei den Steilkursen wurde der entsprechende Satz ("Die Studienordnung kann vorsehen, daß Lehrveranstaltungen für besonders befähigte Studenten angeboten werden." (§ 11 des HRG)) nicht ins WissHG übernommen. Hier wurde aber sogar die Kontrollmöglichkeit des Wissenschaftsministeriums aufgegeben, Studienordnungen sind nämlich nicht mehr genehmigungspflichtig. Sonderstudiengänge und Steilkurse sind möglich.

Drittmittelforschung

Die Drittmittelforschung (Geldgeber ist nicht die Uni, sondern "ein Dritter", im Moment noch hauptsächlich die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft)) wird vom HRG in einer Weise geregelt, wie sie vom Wissenschaftsministerium schon am 1.8.1984 in einem Runderlaß festgelegt wurde, die Formulierungen sind entsprechend im neuen WissHG übernommen worden: Die Gelder müssen nicht mehr unbedingt von der Hochschule verwaltet und Mitarbeiter für das Projekt dementsprechend nicht von der Hochschule angestellt werden.

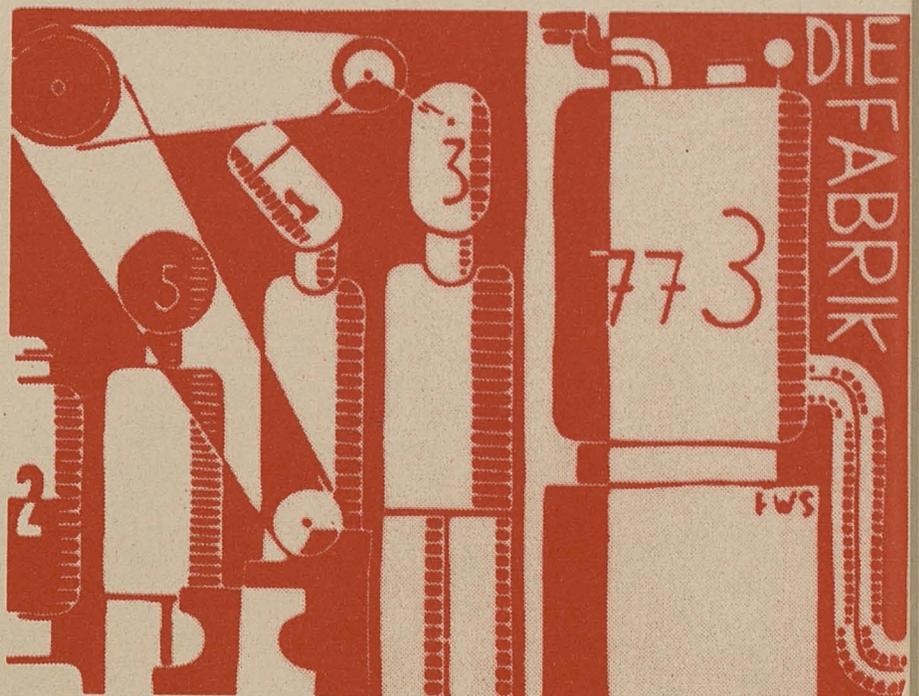
Bisher konnten Mitarbeiter an einem Projekt Kritik üben, ohne direkt Ge-

fahr zu laufen, entlassen zu werden, weil sie von der Hochschule und nicht direkt vom Projektleiter angestellt waren. Die Änderung freut die Industrie; im übrigen war es mit der öffentlichen Kontrolle auch bisher schon ziemlich im argen (Drittmittelprojekte müssen nur dem Rektorat angezeigt werden).

"Die industriepolitische Strategie der Landesregierung ist darauf ausgerichtet, Zukunftsoptionen für eine hochindustrialisierte Wirtschaft, wie auch für integrierte Dienstleistungs- und Informationsstrukturen zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Jochimsen: Dabei bedarf es eines Konsenses aller gesellschaftlichen Gruppen, eines gemeinsamen Handelns von Unternehmen, Forschungsstellen und Regierungen." Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, 27.2.1986

Fachschaften

Die Fachschaften sind im neuen WissHG zu einer Kann-Bestimmung



Zieldemokratisch

geworden. Die Student/inn/enschaft kann sich entscheiden, daß sie gar keine Fachschaften will; allerdings nur nach dem Prinzip ganz oder gar nicht; daß bestimmte Fachschaften keine mehr sind, wie in rechten Kreisen befürchtet wird, ist nicht möglich. Darüberhinaus bleibt alles beim alten; nach Auskunft eines Anwalts kann auch das Rektorat den Fachschaften keine Schwierigkeiten machen, die Kann-Bestimmung geht nur die Studentenschaft etwas an. Wo der Sinn dieser Änderung liegt, kann ich mir beim besten Willen nicht erklären.

Hochschulpersonal

Im HRG zwingend vorgeschrieben sind eine Reihe von Differenzierungen in der Personalstruktur. Statt eines Hochschulassistenten gibt es nun wissenschaftliche Assistenten, Oberassistenten, Oberingenieure und Hochschuldozenten. War der Hochschulassistent bisher "mit dem Ziel tätig, sich für eine Tätigkeit als Professor zu qualifizieren ... (und sollte dazu) in Lehre und Forschung die für den Erwerb der pädagogischen Eignung und für die Habilitation oder für gleichwertige wissenschaftliche Leistungen ... erforderlichen zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen und geeignete wissenschaftliche Dienstleistungen .. erbringen" (§ 57 Abs. 1 WissHG), so hat der wissenschaftliche Assistent "wissenschaftliche Dienstleistungen in For-

schung und Lehre zu erbringen, die auch dem Erwerb einer weiteren wissenschaftlichen Qualifikation förderlich sind." (§57 Abs. 1 neues WissHG) Oberassistenten und Oberingenieure sollen "auf Anordnung Lehrveranstaltungen" abhalten und "wissenschaftliche Dienstleistungen" erbringen. (§ 58 und 59 neues WissHG) Alle drei sind Professoren zugeordnet (auch der Oberassistent, der selbst habilitiert sein muß), das bedeutet, daß sie dessen mindere Arbeiten erledigen werden, damit der Professor genug



Zeit für's Höhere hat. Selbständig forschen dürfen sie im Gegensatz zum bisherigen Hochschulassistenten nicht. Dazu paßt dann auch die Regelung, die das Wissenschaftsministerium eigenverantwortlich festgelegt hat: Professoren (und Dozenten) können von der Lehre freigestellt werden, um

dann nur noch zu forschen. Ob man das Einheit von Forschung und Lehre nennt?

Die neueingeführten Hochschuldozenten haben (bis auf eine unbedeutende Ausnahme) die gleichen Aufgaben wie die Professoren; sie müssen auch die gleichen Einstellungsvoraussetzungen erfüllen. Bloß bleiben dürfen sie nicht so lange; nach spätestens sechs Jahren stehen sie wieder auf der Straße. "In besonders begründeten Ausnahmefällen (kann der Hochschuldozent) zum Beamten auf Lebenszeit ernannt werden." (§ 53a Abs. 5 neues WissHG)

Nord-Rhein-Westfalen ist das erste SPD-regierte Bundesland, das einen Änderungsentwurf zum Landeshochschulgesetz vorgelegt hat. Eigentlich wäre das jetzt noch gar nicht nötig gewesen. Vor allen Dingen wo die SPD doch bei den Bundestagswahlen sowie so die absolute Mehrheit gewinnen wird und dann das HRG wieder ändert ... Vielleicht liegt der Zweck aber auch gerade darin, der CDU Aufgeschlossenheit zu signalisieren?

Karen
(vielen Dank an Katina)



- ANZEIGE -

Buchhandlung · Verlag · Antiquariat

RÖHRSCHEID

Gegenüber der Universität

Bonn · Am Hof 28 · Tel. 0228/72 90 126

MOTORRADFAHRSCHULE GmbH

Kölnstr.10 - 16, Bonn 1 (Stiftsgarage)

Ausbildung auch Kl. III

TEL.: 0228 / 633019

Anmeldung und Auskunft:

MO - FREI 16.00 - 18.00 Uhr

vds - kongreß in

ALTERNATIVEN FÜR EINE HOCHSCHULE MIT ZUKUNFT - BILDUNG UND WISSENSCHAFT IN GESELLSCHAFTLICHER VERANTWORTUNG - Hochschulpolitischer Kongreß der Vereinigten Deutschen Studentenschaften

Am Wochenende vom 20.-22. Juni 1986 veranstalten die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) - der Dachverband der bundesdeutschen und westberliner ASten bzw. Studentenschaften einen hochschulpolitischen Kongreß unter dem Motto "Alternativen für eine Hochschule mit Zukunft - Bildung und Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung". Anlaß für die VDS nach GEW, AStA FU Berlin, BdWi und Sozialistischem Büro auch einen bildungspolitischen, speziell hochschulpolitischen Kongreß zu organisieren, war die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Herrschenden nicht nur aufschreiende Abwehrversuche sozialer und materieller Verschärfungen an Hochschulen und der Situation der Studentenschaften entgegenzusetzen, sondern aus der Analyse der Funktion von Hochschulen und der Intelligenz im Kapitalismus, Strategien zur Überwindung der herrschenden Gesellschaftsform zu entwickeln und die theoretisch formulierten, aber praktisch umzusetzenden Grundpfeiler eines Ausbildungssystems jenseits der funktionellen Trennung von Kopf- und Handarbeit zu erarbeiten. Durch kurz- wie Langfristig angelegtes Eingreifen in die herrschende Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik soll die Studentenschaft wieder zu einem gesellschaftlich relevanten Faktor in den politischen Auseinandersetzungen der BRD werden.

Zur Rolle der Hochschulen im Imperialismus

Zur Sicherung der relativen Vormachtstellung der BRD auf dem Weltmarkt gegenüber anderen kapitalistischen Ländern besteht die Notwendigkeit, eine beschleunigte Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in die materielle Produktion durch eine gezielte Hochschul- und Forschungspolitik zu organisieren. In diesem Sinne wird von Staat und Kapital eine "Bringschuld" der Hochschulen gegenüber der Indu-

strie postuliert. Um die Unterwerfung von Wissenschaft und Hochschule unter die Verwertungsinteressen des Kapitals unterbinden zu können, der verstärkten Ausgrenzung von Frauen, Ausländer/innen und Studierwilligen aus unterprivilegierten Bevölkerungsteilen vom Studium Einhalt gebieten zu können, "müssen konkrete Vorschläge für den sinnvollen Einsatz von Lehre und Forschung vor allem in folgenden Bereichen erarbeitet werden:

- Frieden und Abrüstung
- Erhalt der natürlichen Umwelt
- Beseitigung patriarchalischer Herrschaftsstrukturen
- Abbau der Arbeitslosigkeit
- Gestaltung einer menschlichen Arbeits- und Lebenswelt

Im Sinne emanzipatorischer Wissen-

schaft sollen die Hochschulen zu einem Ort selbstbestimmten Lernens, Forschens und der Kulturaneignung werden. (...)

Mit diesem Kongreß wollen wir einen Beitrag leisten zur Wiedergewinnung der Offensive für hochschulpolitische Veränderungen im Rahmen einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Alternative und zur Verständigung derjenigen, die eine solche Politik tragen und gestalten wollen.

Aus diesem Grund wollen wir in die Diskussion eintreten mit allen Studentinnen und Studenten, interessierten Wissenschaftler/innen, Gewerkschafter/innen, Basisinitiativen und neuen sozialen Bewegungen.

Beteiligt Euch am hochschulpolitischen Kongreß der vds: Informiert Euch, diskutiert mit, bringt Eure Erfahrungen ein."

ANZEIGE



au château

Außer dienstags ab 20 Uhr geöffnet!

PINTE-DISKO

BONN, KÖNIGSTR., -ECKE ARGELANDERSTR.

BOCHUM

PROGRAMM VDS-KONGRESS

20.-22.06.1986

Freitag, 20.6.86

19.00h: Eröffnungsveranstaltung:
68-86: Wissenschaft und Hochschule
zwischen Krisenbewältigung und
Zukunftsgestaltung.

Podiumsdiskussion mit (angefragt):
Franz Deppe, Silvia Plockstedt, Horst
Heimann, Wolfgang Nitsch, Wolf-Die-
ter Narr. Hier wollen wir mit Bezug
auf die Studentenbewegung der 60er
Jahre über die Rolle und Funktion von
Hochschule und Wissenschaft bei der
Bewältigung der heutigen gesellschaft-
lichen Probleme diskutieren. Zugleich
soll diese Veranstaltung eine
Auseinandersetzung über die Gegen-
wärtigen Rahmenbedingungen und
Aufgaben der Studentenbewegung dar-
stellen.

Samstag, 21.6.86

An diesem Tag finden die zehn Foren
des Kongresses statt. Diese sind
räumlich zusammengefaßte Einheiten
zu wichtigen Schwerpunktthemen.
Innerhalb der Foren gibt es eine Viel-
zahl von Arbeitsgruppen, in denen wir
gemeinsam mit eingeladenen
Referent/inn/en einzelne Fragen der
Situation der Student/inn/en, der Si-
tuation von Hochschule und Wissen-
schaft und studentischer Politik disku-
tieren wollen.

Die Foren beginnen mit Eröffnungs-
plena, in denen die Referent/inn/en in
kurzer Form die für die daran an-
schließenden Arbeitsgruppen
vorgesehenen Referate vorstellen und
das Gesamtprogramm der einzelnen
Foren kurz erläutert wird. Die Teil-
nehmer/innen des Kongresses erhalten
hierdurch einen Überblick über die in
den Arbeitsgruppen zu behandelnden
Themen. Die Eröffnungsplena sind auf
eine Stunde begrenzt, so daß die
Arbeitsgruppen um 10.30 Uhr ihre
Arbeit aufnehmen.

Darüberhinausgehende Initiative zur
Ausgestaltung (Ausstellungen, Kultur-
beiträge, work-shops, Arbeitsgruppen,
Sketche etc.) der Foren sind möglich
und erwünscht.

18.00: Podiumsdiskussion: Hochschulen
in Not?

Podiumsteilnehmer (angefragt): Gerd
Köhler (GEW), Karin Zeitler (Die
Grünen), Eckard Kuhlwein (SPD),
Vertreter der Basisgruppen, Vertreter
der VDS, Peter Fischer-Appelt
(Präsident der Universität Hamburg),

Vertreter des BdWi.

Diese Diskussion soll eine grundsätzli-
che Auseinandersetzung über die
gegenwärtige Hochschulpolitik und die
Situation der Hochschulen sein. Hier
diskutieren Interessenvertreter/innen
mit den politisch Verantwortlichen,
die wir mit unseren Forderungen zur
Hochschulpolitik konfrontieren wollen.

Sonntag, 22.6.86

10.30: Abschlußveranstaltung: Hoch-
schulen als Zukunftswerkstatt
Podiumsteilnehmer (angefragt): Ulrich
Briefs, Robert Jungk, Sigrid
Metz-Göckel, Heide Pfarr, Hans-Jörg
Sandkühler, Öko-Institut
Freiburg/IFEU.

Im Mittelpunkt steht hier die Frage
nach den Möglichkeiten von Hochschu-
le und Wissenschaft, in Kooperation
mit Gewerkschaften und neuen
sozialen Bewegungen den Ansprüchen
und Anforderungen einer gemeinsam
zu gestaltenden emanzipierten Gesell-
schaft gerecht zu werden.

Nähere Informationen über den
organisatorischen Ablauf des
Kongresses, Mitfahrgelegenheiten usw.
beim AStA-Hochschulreferat,
Nassestr. 11, Tel. 73 70 31
Mo-Fr. 12-14 Uhr.

Katina Schubert

Volksuni Berlin

Volksuni Berlin - Ein Rückblick aus
Bonner (KU-)Sicht

Bereits zum siebten Mal veranstal-
ten die Initiatoren der Berliner Volks-
uni eine Veranstaltungsreihe mit Vor-
trägen, Diskussionen, Filmen und ei-
nem Kulturprogramm. Die Volksuni
fand über Pfingsten in den Räumen
der Hochschule der Künste statt -
diesmal mit dem hochtrabenden Titel:
Erneuerung der Solidarität. Ziel der
Veranstalter war es, den "neuen sozia-
len Bewegungen" ein Forum zu bieten,
auf dem sie sich darstellen konnten,
ihre gegenwärtige Situation reflektie-
ren, Perspektiven diskutieren und da-
rüber hinaus zu einer Vernetzung der
Bewegungen beitragen sollten.

Da wir als Koordinationsgremium der
Bonner Kritischen Uni an den Konzep-
tionen anderer Volks-, Gegen- und
Kritischen Unis in der BRD und an-
derswo interessiert sind und auch eine
Zusammenarbeit mit ihnen für wün-
schenswert halten, wollten wir auf der
Berliner Volksuni natürlich nicht feh-
len, zumal die Berliner im Gegensatz
zu den Projekten in der BRD auf eine
langjährige Kontinuität zurückblicken
können, was auf den ersten Blick für
den Erfolg der Volksuni zu sprechen
scheint.

Bei der Durchsicht des Programm-
hefts, das wir leider erst dort erhiel-
ten, fiel uns allerdings auf, daß die
Berliner eine ganz andere Intention

mit der Volksuni verbinden als wir
oder zum Beispiel auch die Göttinger.
Auffällig am Programm ist zunächst,
daß der Großteil der Veranstaltungen
aus Vorträgen mehr oder minder be-
kannter Professor/inn/en der Berliner
FU und TU, von Gewerkschaftern aus
der BRD und so bekannten Feministin-
nen wie Christel Neusüß, Waltraud
Schoppe oder Frigga Haug besteht.
Daß es aber auch andere Lehr- und
Lernformen als den sattsam bekannten
Vorlesungsstil gibt, scheint die Orga-
nisatoren wenig zu kümmern. Bemer-
kenswert weiterhin, daß viele der Pro-
fessoren gleiche oder ähnliche Ver-
anstaltungen anboten, wie sie sie in
diesem Semester auch an der FU hal-

ten. So hielt Alexander Schubert einen Vortrag über "Demokratisierung in Lateinamerika" - über das gleiche Thema veranstaltet er auch ein Seminar am Fachbereich Politologie der FU. Zwar bietet die Volksuni sicherlich einem anderen Publikum als dem universitären die Gelegenheit, sich

mit kritischen Fragestellungen zu beschäftigen, und insofern ist es durchaus legitim, wenn die dortigen Profs das gleiche Programm abziehen wie auch an der Uni. Uns stellt sich aber die Frage, ob das erstens in dem üblichen Vortragsstil geschehen muß und ob zweitens die Volksuni so nicht für die dortigen Student/inn/en unattraktiv wirken muß, die im Vorwort des Programms lobend als sich konstituierende soziale Bewegung (Tutorenstreik im Februar) gepriesen werden. Oder ist das Angebot der FU inhaltlich und didaktisch so gut, daß die Volksuni "lediglich" für außeruniversitäre Menschen konzipiert wird? Sollte es nicht vielmehr auch Sinn und Zweck einer solchen Veranstaltung sein, inner- wie außeruniversitäre Initiativen einzubeziehen, um so als Forum sozialer Bewegungen zu dienen? Sicher hat jede soziale Bewegung ihre "Basis" und ihre "Gurus". Wenn man/frau aber nur die "Gurus" Veranstaltungen abziehen läßt und die "Basis" lediglich zuhören und - wenn genug Zeit bleibt - ein bißchen mitdiskutieren darf, scheint es uns doch etwas schlecht bestellt um die Erneuerung der Solidarität in und zwischen den sozialen Bewegungen! Wäre es denn nicht gerade bei dem erwähnten Titel sinnvoll gewesen, verschie-

dene Initiativen, etwa Frauenprojekte, Dritte Welt Gruppen oder Gewerkschaftsgruppen, die sich mit den Neuen Technologien beschäftigen, für Veranstaltungen zu gewinnen? So aber waren nur einige wenige Initiativen im Foyer der HdK mit überladenen Büchertischen vertreten.

Auf der abschließenden Auswertungsdiskussion kam dann auch einige Kritik der anwesenden Teilnehmer/inn/en an der diesjährigen Volksuni auf. So kritisierten einige die fehlende Verbindung von Theorie und Praxis, will sagen, die Theorie konnte wohl gut vermittelt werden, war aber nur in wenigen Fällen "Anleitung zur Praxis". Weiterhin wurde bemängelt, daß viele Vortragende zu lange geredet hätten, die Diskussionszeit zu kurz gewesen sei. Als wir dann die Frage stellten, ob eine Volksuni nicht eben auch die Möglichkeit anderer Lehr- und Lernformen offenlassen sollte, wurde dies von den Diskussionsleitern mit dem "schlagenden" Argument abgetan, daß die drei Tage für so etwas viel zu kurz seien. Das Thema Didaktik ist für die Berliner keines, dies hat in hohem Maße etwas mit ihrem grundsätzlichen Anspruch an eine Volksuni zu tun. Die meisten Projekte in der BRD haben eine Veränderung von Universität und Gesellschaft zum Ziel, und dazu bedarf es der Versuche, Lernen und Lehren neu anzugehen. Die Berliner hingegen verstehen sich augenscheinlich als wissenschaftliches Forum für die verschiedenen Bewegungen der westdeutschen Linken. Dort können/sollen Perspektiven für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen formuliert werden. Bei der

Diskussion kamen allerdings nur dogmatische Marxisten zu Wort, die in ihrer Analyse so weit gingen, alles Kritische mit der "reinen Lehre" gleichzusetzen. Wer kritisch denkt, muß doch nicht gleich Revi sein!

Als wir dann schließlich noch die hohen Eintrittspreise bemängelten (25 Mark für drei Tage, Tageskarte 12 Mark, Einzelveranstaltungen morgens 10, nachmittags 7 Mark), wurden unsere "Gastgeber" so böse, daß wir danach überhaupt nicht mehr zu Wort kamen. Im Gegensatz zu den Projekten in Westdeutschland wird die Volksuni (die von einem Kuratorium aus Profs, Gewerkschaftern und Schriftstellern getragen wird) finanziell nicht oder kaum von den ASten der FU und TU unterstützt. Auf meine Frage, warum das so sei, reagierten sie sehr patzig: der AStA TU sei pleite und der AStA FU habe große Probleme wegen des PM gehabt. Es schien, als sei meine Frage ihnen doch sehr unangenehm gewesen. Leider war von den Berliner ASten niemand anwesend (!), sonst hätten wir da noch konkreter nachhaken können. Gerade Projekte wie Volksunis, Kritische Unis oder wie sie sich sonst nennen mögen gehören unserer Ansicht nach zu den Dingen, die wirklich unterstützenswert sind, in die ein AStA ruhig etwas investieren sollte. Argumente wie Schulden oder PM ziehen da nicht, die Bonner Verbotsgeschichte sehen wir als beispielhaft an, daß solch ein Projekt trotz aller Repressionen durchgeführt werden kann.

Bert Schellenberger
für das Koordinationsgremium der KU

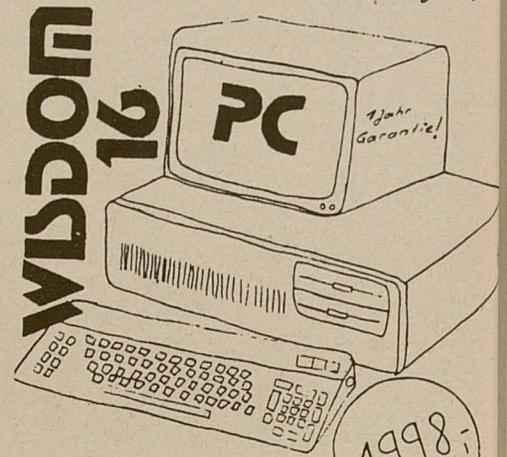


Eröffnung der Bonner KU 1985

- ANZEIGE -

Endlich...

... können sich auch Studenten mit einem kleinen Geldbeutel einen leistungs-fähigen Personal-Computer zulegen!!



Z.B. den WISDOM 16-E: IBM-komp. PC-System mit 8088 CPU, 256 KB RAM, 2 Diskettenlaufwerken, Hercules-komp. monochr. Graphikkarte, Druckerschnittstelle, Tastatur.

Uwe Heynmüller, Tel. 659338

20 Jahre wie ein Tag

Empfehlungen des Wissenschaftsrates

<<Die Empfehlungen des WR (Wissenschaftsrates, kb) sehen vor, daß alle Studenten einem vierjährigen, straff durch Studiengänge und eine Ausleseprüfung in der Mitte reglementierten Studium unterworfen werden, einem Studium also, das unter extremem Leistungsdruck steht. Diesem Studium kann sich für eine kleine Elite, die sich im reglementierten Studium als best-integriert ausgewiesen hat, ein Aufbaustudium in der Art des jetzigen, dann aber wahrscheinlich, wegen der kleinen Zahl, wirklich wissenschaftlichen Studiums anschließen.>> (Wolfgang Lefèvre in Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, 1968)

Die im Zitat erwähnten Empfehlungen des Wissenschaftsrates stammen von 1966.

20 Jahre später, Anfang dieses Jahres, hat der Wissenschaftsrat zum zweiten Mal seit seinem Bestehen "Empfehlungen zur Struktur des Studiums" gegeben. Was hat sich geändert?

Die Stellungnahmen sind in vielen Bereichen differenzierter. Hat der Wissenschaftsrat 1966 noch die Einheit von Forschung und Lehre einfach bejaht, so fühlt er sich 1986 genötigt, erst mal zu erklären, was das eigentlich ist. Es geht nämlich darum, daß "Professoren und ihre Studenten .. an der ... höheren Lehranstalt forschen, sich im geselligen Gespräch anregen und bilden." (S.35)

Da diese Einheit von Professoren und Studenten natürlich nicht mit jedem hergelaufenen Studenten möglich ist, dessen "Interessen und Zielsetzungen" sowieso "auf den Berufsbezug verlagert" sind, führt das den Wissenschaftsrat zwangsläufig zu der Schlußfolgerung, daß ein einheitliches Studium für alle nicht sinnvoll ist.

"4plus" heißt diese Erkenntnis und bedeutet, daß die Studenten ihr Studium in 4 Jahren ("plus" höchstens drei Monaten) abgeschlossen haben sollen.

Dann trennt sich die Spreu vom Weizen und die "besonders befähigten" und an der Forschung interessierten dürfen ein Graduiertenstudium aufnehmen. Das kann auch "das Studium bis zum berufsqualifizierenden Abschluß entlasten" (S.60)

Obwohl der Wissenschaftsrat erkannt hat, daß die Arbeitsmarktsituation dazu führen kann, daß das Studium verlängert wird (S.23), weist er dennoch darauf hin, daß das eigentlich ganz falsch sei und ein "zügiges Studium und ein entsprechend frühzeitiger Abschluß des Studiums .. erheblich dazu beitragen (können), die beruflichen



Chancen zu verbessern." (S.41) Dieser Hinweis ist auch nötig, um die Maßnahmen zu rechtfertigen, die der Wissenschaftsrat vorsieht, damit seine 4plus-Regelung eingehalten wird: nur einmalige Wiederholbarkeit aller Prüfungen, außerdem "bei der Rückzahlung von Förderungsdarlehen neben der Qualität der Abschlußprüfung auch die tatsächliche Fachstudiendauer erkennbar" berücksichtigen.

Ständig wird auch darauf hingewiesen, daß Studienordnungen viel zu viel Stoff enthalten, zu viel Spezialwissen verlangen. Eigentlich sollten im Studium "die Lehrinhalte auf Grundkenntnisse konzentriert werden .., die für alle Absolventen und deren voraussichtliche Teilaramtsmärkte unerlässlich scheinen" (S.56). Straffe Organisation ist gefragt, denn "Generell kann gesagt werden, daß fehlende Vorgaben für die Absolvierung eines Studiums studienverlängernd wirken."

"Vorgaben mit der immer nur abschätzig gemeinten 'Verschulung' gleichsetzen, verfehlt die Sache." (S.24)

Die Zwischenprüfungen, die im HRG inzwischen zwingend vorgesehen sind, werden im übrigen mehrfach lobend erwähnt, sodaß man die Empfehlungen folgendermaßen zusammenfassen kann: <<Die Empfehlungen des WR (Wissenschaftsrates, kb) sehen vor, daß alle Studenten einem vierjährigen, straff durch Studiengänge und eine Ausleseprüfung in der Mitte reglementierten Studium unterworfen werden, einem Studium also, das unter extremem Leistungsdruck steht. Diesem Studium kann sich für eine kleine Elite, die sich im reglementierten Studium als best-integriert ausgewiesen hat, ein Aufbaustudium in der Art des jetzigen, dann aber wahrscheinlich, wegen der kleinen Zahl, wirklich wissenschaftlichen Studiums anschließen.>>

Karen

Übungen zurückerkämpft

impressionen von einer

fachbereichsbewegung

Eine erneute Stellenstreichung hatte den Stein ins Rollen gebracht. Ein ganzes Institut hat sich erfolgreich gewehrt und einen Teil der Stellen zurückerkämpft. Wie, schildert folgende Reportage.

Die Lage an den bundesdeutschen Hochschulen der 80er Jahre läßt sich ohne Übertreibung als miserabel bezeichnen. Ganz egal, wo man/frau hinschaut, überall kennzeichnen erdrückende Überlastquoten, volle Seminare und Vorlesungen, Mängel an personeller und materieller Ausstattung die Situation. Längst abgekommen sind die Bildungsplaner von den einst propagierten Idealen des Rechts auf Bildung, der Chancengleichheit, von der Auffassung einer akademischen Ausbildung als Teil der Persönlichkeitsentfaltung, als demokratisches Grundrecht.

Zwei Krisenlösungskonzepte, vom Ansatz her unterschiedlich, existieren. Die eine ist die CDU/FDP-Variante. Tenor: "Wir haben zu viele Akademiker, wir brauchen wieder mehr Ungebildete. Bildung soll nur noch die Elite bekommen." Ideologisch verbrämt, mit reaktionären Bildungstheorien gewürzt, sollen die Hochschulen der Zukunft reine Elitezuchtanstalten und Selbstbedienungsläden der Industrie werden. In welche Richtung der Zug abgeht, zeigt z.B. das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) sowie der zunehmende Ausverkauf der Forschung an private Geldgeber in CDU-regierten Bundesländern. Die andere ist die sozialdemokratische Variante. Hilflös wird versucht, mit immer weniger Geld den Status Quo der Hochschulen zu halten. Ohne ideo-

logisches Konzept wird "Sparen" zum Selbstzweck, wird "Sachzwang"-Politik zur obersten Tugend erhoben.

Mit beiden Krisenlösungskonzepten (die im Grunde keine sind) sind (nicht nur) wir Student/inn/en in unserem Studienalltag ständig konfrontiert. Erst kürzlich haben wir Informatiker unsere einschlägigen Erfahrungen mit der zweiten Variante, der sozialdemokratischen Rotstiftpolitik, (Augen zu und Wegstreichen) gemacht. Und es hat sich gezeigt, daß es notwendig und sinnvoll ist, sich zu wehren, ob gegen die eine oder die andere Version von Bildungs-"Deformierung".

DAS INSTITUT

Das Bonner Institut für Informatik steht in der bundesdeutschen Rangliste bezüglich personeller und materieller Ausstattung an letzter Stelle. Ein Witz von einer Bibliothek, neun Profs für 1080 Student/inn/en, ein mehr als mageres Angebot an Seminaren, Praktika, Vertiefungsgebieten, ein beengendes Raumangebot von 1200 qm (=1,1 qm/Student). Um so paradoxer klingt es, als kein Tag vergeht, an dem politisch verantwortliche Phrasendrescher nicht das Loblied auf die Förderung der Computertechnologie anstimmen.



Auf dem Weg in's WiMi

Trotz der miserablen Ausstattung haben wir uns in Bonn ein vorbildliches Modell gegen alle Angriffe bis heute erhalten: Die Kleingruppenübungen. Diese Lehrform ist zwar nicht billig, aber sie stellt die sinnvollste, solidarischste und effektivste Möglichkeit des Aneignens von Wissenschaft dar. Kleingruppenübungen sind keine Selbstverständlichkeit; an vielen anderen Unis hat Klausurenstreß und Einzelkämpfertum sie verdrängt.

DER NOTSTAND

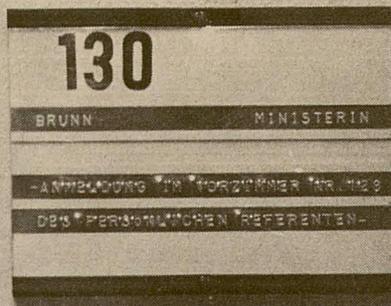
Übungen werden bei uns von studentischen Hilfskräften betreut. Nach einer Berechnung des Instituts werden ca 80-85 Stellen benötigt, um den in der Prüfungsordnung vorgesehenen Lehrbetrieb vernünftig durchzuführen. Diese Zahl ist seit Jahren Utopie. Nur etwa 35 Planstellen werden uns vom Ministerium zugebilligt, diese Zahl basiert auf Kapazitätsberechnungen, die von der Zahl der Studierenden zwischen dem ersten und achten (!) Semester ausgehen, das sind knapp 50% der real Studierenden.

Aufrechterhalten konnte der Lehrbetrieb bisher nur durch einen Notzuschlag im Landeshaushalt, den "Notzuschlag auf Zeit" (NaZ). Seit 1980 werden aus diesen für kurzfristige, punktuelle Notsituationen vorgesehenen Mitteln fast die Hälfte unserer Übungsleiter bezahlt. Der Sinn von NaZ an dieser Stelle (sechs Jahre sind keine sehr kurze Frist, oder?) ist zwar pervertiert, doch ein Nachteil trifft uns noch härter: Die NaZ-Zuteilung wird jedes Jahr neu festgelegt und kann jederzeit gestrichen oder gekürzt werden.

EIN ERLASS UND SEINE FOLGEN

Am 25.02.1986 legt das WiMi die NaZ-Zuteilungen per Erlaß neu fest. Dies bedeutet für die Bonner Informatik eine erneute Streichung von Übungsleiterstellen, wodurch die Durchführung der Übungen zur Vorlesung Informatik II nicht mehr aufrecht zu erhalten sind. Das Direktorium des Instituts und der Fachschafftsrat werden sich einig, daß nun Maßnahmen zu ergreifen sind.

Am 22.04 wäre normalerweise die erste Vorlesung Informatik II fällig gewesen. Da diese aber in der ersten Woche nicht stattfindet, gibt's stattdessen eine Vollversammlung. Die Mitteilung über den Ausfall der Übungen löst bei den



Anke auf der Flucht ? Ohne uns !!!

Zweitsemester/innen große Empörung aus. Man wird sich schnell darüber einig, wie nun vorzugehen sei. Als erstes soll die Presse über die unhaltbaren Zustände informiert werden. Dies geschieht mittels einer gemeinsamen Presseerklärung der Professoren und des FSR. Weiterhin wird für den 28.04. eine Protestfahrt ins WiMi nach Düsseldorf beschlossen. Hierzu wird, neben der schreibenden Presse, auch die "Aktuelle Stunde" des WDR eingeladen. Sie sagt jedoch ab, da ihnen die Aktion zu sehr gegen die SPD und ihren J.R. ginge. Eigentlich kennt man diese Art der Pressezensur nur aus dem CDU-Milieu, aber na ja...

DER MARSCH AUF DÜSSELDORF

Am Montag, den 28.04. treffen sich um 11.00 Uhr dann ca. 80 Leute zur Fahrt. Außer Informatiker/innen sind auch einige Physiker/innen und Mathematiker dabei, da die Fahrt auch zur Klärung der Lage des Regionalen Hochschulrechenzentrums beitragen soll. Bevor es los geht macht VIDEO-BONN noch Interviews mit Martina vom AstA und Thomas F. als einem der betroffenen Übungsleiter.

Im WiMi angekommen erwarten uns einige Herren, die sich hinter der Eingangstür verschanzt haben. Sie teilen uns mit, daß (Paradoxon der Ereignisse) Ministerin Brunn gerade in Bonn sei und daß ein Gespräch mit allen "Demonstranten" nicht möglich ist. Auf unsere Frage, ob es keinen Raum für alle gäbe, hören wir, daß es einen solchen zwar gibt, aber es sei halt schon immer so gewesen nur mit 20 Leuten zu reden oder gar nicht. Somit kann nur eine Delegation von uns hinein und der Rest muß sich leider draußen in der Sonne unter dem "Schutz" der Polizei vergnügen.

Im Konferenzzimmer bildet sich derweil eine illustre Runde. Zwischen 5 und 8 hochbezahlte Ministerialbeamte sitzen uns während der Diskussion gegenüber. Als erstes übergeben wir ihnen die von unseren Professoren verfaßten Resolutionen bzgl. RHRZ und Informatik. Angeblich erfahren sie durch diese Resolution zum ersten Mal von der Situation der Bonner Informatik. Dies ist eine glatte Lüge, da der Direktor des Instituts, Prof. Zima, ungezählte Briefe und Telefonate sowie diverse persönliche Gespräche mit den Beamten des WiMi geführt hat. Leider erfahren wir dies erst nach der Fahrt.

Die Beamten spielen die ganze Zeit die armen und unschuldigen Schreibtischtäter. Wir erfahren, daß besagter Erlaß vorher mit den Hochschulen abgesprachen worden sei und keine Uni schlimmere Folgen befürchtet hätte. (Mit wem haben die nur gesprochen? Oder schon wieder eine Lüge?) Nach knapp 2 Stunden haben wir ihnen zwei Dinge abgerungen: Die Ministerin soll auf der AstA-Veranstaltung eine Woche später "präpariert" sein und man wolle sofort Kontakt mit der Uni aufnehmen.

VORLESUNGSBOYKOTT

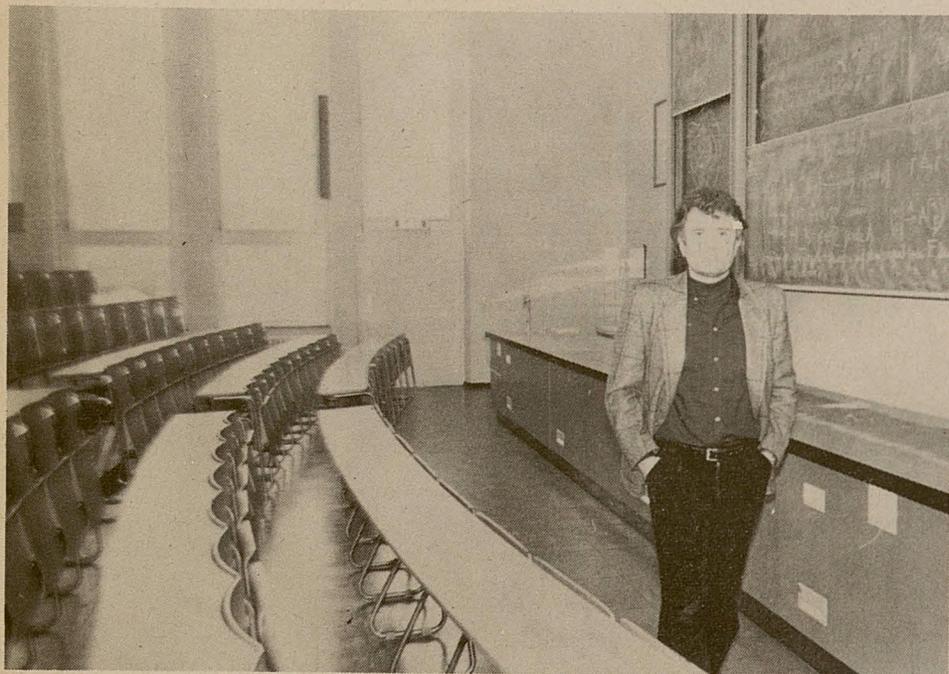
Am folgenden Dienstag bringt Radio WDR I zur nachtschlafenden Zeit einen Bericht über unsere Aktion. Von uns ist da natürlich noch keiner auf, aber die Leute im WiMi werden's wohl erfahren haben.

Die Informatik-II-Vorlesung an diesem Tag wird zur Vollversammlung umfunktioniert. Nachdem die Zweitsemester/innen über die Fahrt unterrichtet worden sind, wird erneut diskutiert. Einstimmig wird beschlossen die Vorlesung so lange zu boykottieren, bis konkrete Ergebnisse auf dem Tisch liegen. Mit dem Boykott soll klar gemacht werden, daß eine Vorlesung

ohne Übung nichts bringt. Zur Einstimmigkeit mit beigetragen hat ein "Wink mit dem Zaunpfahl" des Dozenten, Prof Lautenbach.

DIE PRESSE MISCHT AUCH MIT...

Tags drauf findet eine Pressekonferenz mit zwei unserer Profs und dem Leiter des Rechenzentrums (RHRZ, Dr Jasper) statt. Die gesamte Bonner Lokalpresse ist erschienen und lauscht dem Tribunal über die chaotische Düsseldorf Bildungspolitik. Mit großer Aufmerksamkeit wird der Boykottbeschluss, samt Prof Lautenbachs wohlwollendem Kommentar dazu, aufgenommen. Auch Dr Jasper packt aus und zeichnet das Horrorbild der Uni, die keine mehr ist. Am 1. Mai stehen dann in allen drei Bonner Zeitungen größere Berichte über unsere Sache. Eigentlich kann sich Anke nun nicht mehr drücken...



Eine Informatik-II-Vorlesung Anfang Mai 1986

ANKES BESUCH

Am Montag, den 5. Mai macht Anke ihren Antrittsbesuch an der Bonner Uni und erscheint mit Rektor Fleischhauer leicht verspätet zur AstA-Veranstaltung. Selbst jetzt versucht sie noch sich mit angeblicher Ahnungslosigkeit zu drücken. Der böse Landesrechnungshof muß als formale Begründung des Erlasses und seiner Folgen an den Haaren herbeigezogen werden.

Auf die mehrmals prägnant vorgetragene Frage "Wo bleibt der Schotter, Anke?" antwortet sie nur mit lauter Wischi-Waschi-Geschwätz. Auch Fleischhi stimmt in's Gelabere der Unwissenden mit ein. Der soll sich lieber mal konkret um "seine" Uni kümmern und nicht nur den "feinen Mann" spielen. Von wegen er kann nichts machen, da ihm die Hände gebunden sind...

Das ganze zeigt, daß die Verantwortlichen mal wieder nur den heilen Elfenbeinturm der Wissenschaft sehen wollen. Unsere Hoffnungen auf eine Lösung unserer Probleme sind im Verlauf der Veranstaltung auf null gesunken.

DER ERFOLG

Dann zieht plötzlich das "Sparschwein von Bonn", Kanzler Wahlers (so genannt wegen seiner 200%igen Zuverlässigkeit bei der Umsetzung von Sparbeschlüssen), unseren anwesenden Direktor beiseite. Außer warmen

FAZIT

Wir haben durch massiven Druck einen Riesenerfolg errungen. Drei Wochen Kampf gegen die Windmühlen der Bürokratie haben konkrete Früchte getragen. Aber trotz allem muß weiter gekämpft werden, denn die momentane Lösung ist nur Flickwerk. Jetzt müssen wir weiter am Ball bleiben und unsere Forderung nach wesentlich mehr Planstellen durchsetzen, um Fälle wie den vorliegenden in Zukunft auszuschließen. Düsseldorf muß endlich die verfehlte Politik fallen lassen und allen Student/inn/en ein vernünftiges Studium sichern. Ein toller Nebeneffekt dieser drei Wochen soll nicht unerwähnt bleiben: Endlich waren sich Professoren und Student/inn/en einmal einig und haben nicht gegen- sondern miteinander gekämpft. Das muß eigentlich immer so sein, da Forderungen so viel effektiver durchgesetzt werden können. Denn: Der Kampf geht weiter!!!

Wolfgang

← ANZEIGE →

MÖBEL-KISTE.
Arbeits- Qualitäts- Beratung

**Ordnung ist
der halbe Schreibtisch...**

... vier geräumige
Schubkästen, mehrfach
verstellbare Platte, Blat-
stiftrollen und Griffmulden.
Ein Arbeitsplatz, an dem die
Pflicht zum Hobby wird.

TONI II mit viel
Massivholz. 70 x 140 cm
IN **498,-**

Drehstuhl mit lustiger
Strahlenpolsterung, mit
allem Sitzkomfort, nach
neuesten Sitznormen.
IN **158,-**

MÖBEL-KISTE.
Thomas Mann Str. 22
5300 Bonn I

*Mitnahmepreise

LOG OFF OR EVER ?

"RECHENZENTRUM PLEITE"

"Müssen bald die Rechenschieber wieder ausgepackt werden?" und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der letzten Wochen. "Panikmache" kommentierten einige, und "Wassollnderscheiß" meinten andere.

Doch leider belegen die Fakten, daß der Betrieb des Regionalen Hochschulrechenzentrums (RHRZ) nicht nur gefährdet, sondern eigentlich schon unmöglich ist.

Anfang November letzten Jahres wies Dr. Jasper, Leiter des RHRZ, darauf hin, daß dringend notwendige Investitionsmittel zur Verbesserung der Versorgung mit Rechenkapazität auch für 1986 nicht zur Verfügung stehen.

INVESTITIONEN

1983 stellte das Land NRW 8 Mio DM für Investitionen zur Verfügung um das RHRZ auszubauen bzw zu modernisieren (Lochkarten sind nicht mehr zeitgemäß!). Da jedoch schon die alte Anlage 20 Mio DM kostete war also an eine vollständige Modernisierung nicht zu denken.

Ursprünglich war an eine erhebliche Erweiterung der Speicherkapazitäten, Terminals etc. gedacht worden. Ein derartiger Ausbau würde Kosten in Höhe von 12-14 Mio DM verursachen. Mit den Mitteln des Jahres 1983 war an eine Realisierung dieser Ziele schon nicht mehr zu denken. Viele Investitionen fielen unter den Tisch und die Lochkarten blieben in Aktion.

ANKE STREICHT

Neben den Investitionen sind für einen geregelten Betrieb die laufenden Kosten wichtig. Auch hier gab es Kürzungen durch die Landesregierung. Eine Streichung der Mittel für Verbrauchsmaterial (z.B. Papier für die Drucker) um 31% im Jahr 1985 folgte 1986 eine weitere um 15%. Ein kontinuierlicher Betrieb des Rechenzentrums ohne Hilfe von außen war somit unmöglich gemacht.

Noch katastrophaler ist die Situation in der Frage der Software-Kosten. (Software sind zum Betrieb erforderliche nichtappetitive Funktionsteile wie Einsatzanweisungen, Programme u.ä.) An der Bonner Uni gibt es insgesamt sieben Rechnerprozessoren. Da für jeden Prozessor die Software extra bezahlt werden muß, ergeben sich hieraus enorme Mieten, da die Software nicht gekauft werden kann. Seltsamerweise gibt es diese Einzelabrechnung nur bei der Firma IBM, was die Landesregierung wohl zum Anlaß nimmt derartige 7-fache Kosten nur einfach in die Kalkulationen aufzunehmen. Hinzu kommen Preissteigerungen bei IBM, die ein Auffangen der Software-Kosten gänzlich unmöglich machen. Deshalb mußte die gesamte Software schon zum Ende September 1985 gekündigt werden. IBM gestattete daraufhin die kostenlose Nutzung bis Ende 1985.

Reichten die Mittel 1985 noch für 9 Monate, so sind dieses Jahr schon seit einigen Wochen erschöpft. Versuche mit der Herstellerfirma einen Kompromiß zu finden scheiterten bisher. Erst vor kurzem gab IBM deutlich zu verstehen, daß von ihrer Seite eine Lösung nicht zu erwarten sei. Ob man sich dort anders besinnen wird ist fraglich und - ist es überhaupt wünschenswert? Eigentlich ist ja die Landesregierung für den ordnungsgemäßen Betrieb verantwortlich.

Ministerin Brunn aber spekuliert anscheinend darauf, daß das, was einmal geht (kostenlose Nutzung) sofort und für alle Zeiten zum status quo erhoben wird. So jedenfalls interpretiere ich ihr allgemeines-unverbindliches-unverständliches-Geblubbere auf der AStA-Veranstaltung.

GAME OVER

Kein Manager, weder von IBM noch sonstwo wird sich auf so etwas einlassen, da ja die Landesregierung verantwortlich zeichnet und nicht irgendeine Firma. Wenn dann Anke fast wörtlich sagt: "Da kann ja jeder kommen", bleibt eigentlich nur noch Resignation. Momentan jedenfalls läuft alles nach dem Motto "Augen zu und durch". Besser wäre wahrscheinlich die ersatzlose Streichung des Rechnerbetriebs und Forschung und Lehre ins Leere laufen zu lassen. Vielleicht merken die Düsseldorfser dann, daß "die Uni ohne Rechner gar keine Uni mehr ist", so Dr. Jasper, weil gar nix mehr geht weder irgentwelche Kurse, noch Projekte, ja noch nicht mal die heißgeliebten Belegbögen könnten erstellt werden.

Wie immer es auch weitergeht, eines steht jetzt schon fest: Die Landesregierung hat bei der Aufgabe einen angemessenen Rechenbetrieb zu gewährleisten total versagt.



Das Rechenzentrum der Zukunft ?

Wolfgang Z.

AKUT 19

Neues zum Arzt im Praktikum

Der AIP soll laut Referentenentwurf vom 14.1.86, der uns erst Anfang Februar einsehbar war, nicht mehr strukturiert sein. Das heißt, daß endgültig kein Ausbildungsinhalt mehr gegeben ist: 2 Jahre Pathologie oder Neurochirurgie oder irgendwelche Orchideenfächer tragen nichts zur angeblich angestrebten Allgemeinbildung des Arztes bei. Grund für die Nichtstrukturierung ist die katastrophale - Stellensituation. Einzig um den AIP realisieren zu können, ist jetzt sogar ein neues Gesetz geschaffen worden,

das für Ärzte in Krankenhäusern nur noch Zeitverträge vorsieht. Nach Rechnung der Bundesregierung werden also bald innerhalb von 2 Jahren 10000 von insgesamt 45000 Assistenzärzten auf die Straße gesetzt, damit Stellen für den AIP (24000 AIPLer brauchen Stellen) da sind. Gleichzeitig sind Niederlassungsbeschränkungen für Ärzte so gut wie verabschiedet (noch gibt es aber verfassungsrechtliche Bedenken).

Elisabeth Krandick

Die WUT wächst Eine Polemik

KAFKAESKE VERHÄLTNISSE

Da studiert eine/r Medizin, findet sich schließlich damit ab, einen Tunnel von sagen wir mal sechsjähriger Länge durchschreiten zu müssen. Drohend kommt die Erkenntnis, daß der Tunnel sich nach jedem zurückgelegten Jahr um 2 Jahre verlängert. 1 Schritt vor, 2 Schritte zurück. Was tun? Natürlich Rückwärtsgehen. Das aber ist verboten.

Ist es nicht etwa unmedizinisch gedacht, wenn Frauen, die Kinder haben wollen, ihre Ausbildung erst mit 30 oder später beenden können (dann besteht z.B. höheres Risiko für die Trisomie 21)? Nein, keineswegs! Die moderne Technik wird es möglich machen: Früh genug Eizellen entnehmen lassen und tiefrieren. Kein Problem.

Sind wir Marionetten? Entschieden wehren wir uns dagegen, wie zu verwaltende Untertanen bürokratisch von oben gesteuert zu werden.

Das Mindeste wäre gewesen, uns Studenten bei den Beratungen der Konzentrierten Aktion zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen mitzubeteiligen, statt sie auf unsere Kosten durchzuführen! Es ist einfach zu offensichtlich, daß die Ausbildungsverlängerung Blüms Gegenleistung für die Honorarbeschränkung der Ärzte ist.

Darf man nicht erwarten, eine Ausbildung zu den Bedingungen beenden zu können, unter denen man sie angefangen hat?

DAS GESUNDHEITSWESEN -DER "KRANKHEIT ZUM TODE" VERFALLEN?

Schon lange geht es nicht mehr zuerst um Geld, sondern um die Ermöglichung eigener, selbstverantwortlicher ärztlicher Tätigkeit. Wie soll der Arzt von morgen, der immer um seine Stelle bangen muß, seinen Patienten neue Hoffnung geben können? "Hoffnung" aber steigert bekanntlich sogar die Immunabwehr? Nur wer aufrecht geht, kann Kranken helfen. Wieder einmal werden die Grenzen der Medizin als Business sichtbar.

DIE ZWEIDRITTELGESELLSCHAFT VERHINDERN

Hier wird deutlich, wie die Etablierten mit aller Kraft versuchen, ihren Besitzstand und ihre Positionen gegen die Nachrückenden zu verteidigen. Dies betrifft Lehrer, Juristen, Ingenieure, eigentlich alle, darum: Studenten aller Universitäten und aller Fakultäten erkennt Euer gemeinsames Interesse! Alle Ausgegrenzten und von der Ausgrenzung Bedrohten haben eine große -immer größer werdende- Macht. Je eher wir die Situation erfassen, desto schneller können wir generelle Regelungen wie Arbeitszeitverkürzungen, Job-sharing und Gehaltsumverteilungen durchsetzen.

DIE WUT WÄCHST!

Paul Liening



BOYKOTT

Von ungefähr (die genaue Zahl hat selbst das Institut für medizinische - Statistik nicht!!!) 1250 betroffenen (in beiden Wortbedeutungen "betroffenen") Studenten haben 856 abgestimmt, 742 dafür, also für den Boykott. Die absolute Mehrheit also. Noch einmal: Ein Boykott ist nicht unsere Lieblingsidee, aber was sollen wir denn noch tun, wenn auf Argumente keiner hört?

Am 5. und 6. Juni also - auf dem Botlerplatz- Theater, Gesprächsforum und noch vieles mehr.

Hausfrauenarbeit als Stütze des Kapitals!?

Seit Ende Februar machen wir einen Kapitalkurs. (Wir sind jetzt auf Seite 244, 1. Band) Obwohl von der LUST organisiert, finden sich in unseren Reihen durchaus auch Dogmatiker/innen, sodaß die Diskussion über Feminismus und Marxismus, seit sie von Harald aufgebracht wurde, zum Teil recht kontrovers verlief. (Abweichen von der "reinen Lehre"!)

Bei der Diskussion, deren Ergebnis der folgende Artikel ist, waren allerdings nur undogmatische Frauen (und ein Mann) dabei. Der Artikel gibt nicht den Konsens des ganzen K-Kurses wieder!

Hausfrauenarbeit als Stütze des Kapitals!?

Daß die Arbeiter ausgebeutet werden, ist ja nun sattem bekannt. (Wer hier schon stutzt, braucht gar nicht erst weiterzulesen) Wie aber steht es mit den Hausfrauen? Als Arbeiterinnen werden sie eigentlich nie bezeichnet. Arbeiten sie nicht?

Ein Blick auf den Marxschen Reproduktionsbegriff kann da vielleicht weiterhelfen: Der Kapitalist bezahlt dem Arbeiter nicht die von ihm geleistete Arbeit, sondern seine *Arbeitskraft*. Diese Arbeitskraft ist die Ware, die der Arbeiter zu Markte trägt; zum "freien" Austausch treten sich Arbeiter und Kapitalist als Verkäufer und Käufer dieser Ware gegenüber. Der Wert der Arbeitskraft bestimmt sich aus der zur Reproduktion (=Erhaltung) des Arbeiters notwendigen Arbeitszeit. "Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln (Marx versteht unter Lebensmitteln auch Kleidung, Möbel, Wohnraum etc.). Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendigen Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel." (Das Kapital, Band 1, Seite 185)

Die Hausfrau, die das Essen zubereitet, die Wäsche wäscht, das Haus putzt usw., arbeitet also nicht.

Es besteht aber nicht nur ein Unterschied in der Tätigkeit der Hausfrau, sondern auch im Abhängigkeitsverhältnis: Im Gegensatz zum "freien" Arbeiter ist die Hausfrau von ihrem Mann ökonomisch abhängig. Marx dagegen: "Die Zwangsarbeit des Kapitalisten (es geht darum, daß vermehrt Frauen (und Kinder) lohnarbeiteten)

usurpierte .. die Stelle ... der freien (!!!) Arbeit im häuslichen Kreis, innerhalb sittlicher Schranke, für die Familie selbst." (S. 416)

Es geht hier gar nicht darum, Marx als Patriarchen und Chauvi zu entlarven. (Daß er einer war, läßt sich an anderen Stellen leicht belegen, zum Beispiel Seite 418, der Arbeiter als Eigentümer seiner Frau)

Die Frage ist vielmehr, ob der Um-



stand, die Rolle der Hausfrau bei der Reproduktion des Arbeiters zu vergessen, an den Grundfesten der Marxschen Theorie (der ersten 244 Seiten des 1. Bandes) rüttelt oder nicht.

Der Kapitalist zieht einen Nutzen aus der Tatsache, daß der Arbeiter länger arbeiten kann als zu seiner Erhaltung notwendig ist. Diese *Mehrarbeit* bezahlt der Kapitalist nicht, sondern behält den Ertrag für sich. Könnte der Arbeiter jedoch nicht auf die unbezahlte Arbeit der Hausfrau zurückgreifen, müßte er sehr viel länger zu seiner Erhaltung arbeiten (Wäscherei, Restaurant, Putzhilfe etc. wollten bezahlt sein, ganz zu schweigen von sexuellen und besonders psychischen Belangen, die auf gewerblicher Basis kaum zufriedenstellend erfüllt werden könnten); der Kapitalist könnte entsprechend weniger Mehrwert für sich behalten.

Nun verhungert aber die Hausfrau nicht, das heißt die für ihre Reproduktion notwendigen Lebensmittel werden bereitgestellt, auch wenn diese Beziehung verschleiert wird (Der Ehemann "schenkt" der Frau großzügigerweise, was sie nötig hat, oder sie muß sogar darum betteln). Das heißt jedoch zwangsläufig, daß sie nicht für ihre Arbeit "belohnt" wird, ihr Lebensstandard hängt vom Einkommen des Mannes ab. (Das wird wohl niemand bestreiten)

Die Organisation der Hausarbeit unterstützt die Aufrechterhaltung der Unterdrückung der Frau zum Wohle des Kapitals: Die Hausfrauen arbeiten isoliert voneinander und kommen so kaum auf den Gedanken, sich zusammenzuschließen.

Ein weiterer Faktor ist die Funktion der Frauen als "Reservearmee", die bei Arbeitskräftemangel hinter dem Herd hervorgezerrt und zur Lohnar-

beit herangezogen werden kann, bei Arbeitslosigkeit dann als "Doppelverdienerinnen" zurück nach Hause geschickt werden.

Es stellt sich nun die Frage, ob die Arbeiter, die erkennen (sollen), daß sie vom Kapitalisten ausgebeutet werden, überhaupt befähigt sind, eine nicht-kapitalistische Gesellschaft zu schaffen, wenn sie nicht gleichzeitig begreifen, daß sie ihre Frauen in einem direkten ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis halten. Mit anderen Worten, kann man, ohne das Patriarchat zu thematisieren, das in sich das gleiche Ausbeutungsverhältnis enthält wie der (ja erst viel später entstandene) Kapitalismus, letzteren überhaupt überwinden, oder sind nicht vielmehr die Hausfrauen, die gegen dieses zugrundeliegende Verhältnis rebellieren, die eigentlichen "revolutionären Subjekte"?

Wir werden im Kapitalkurs weiterdiskutieren und unsere Erkenntnisse auch auf der KU vorstellen.

Wer Lust hat, noch mitzumachen: Wir treffen uns alle vierzehn Tage donnerstags abends um sieben Uhr im Carl-Schurz-Kolleg (Nassestraße).

Nächstes Treffen ist am 19.6.

Wie gesagt, wir sind auf Seite 244.

Katina, Bert (Alibimann),
Maya, Alice, Conny, Karen

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT



IM DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND · LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

GEW-Stadtverband, Maximilianstraße 14, 5300 Bonn 1

Offener Brief

an den Rektor,
die Dekane und
die Leiter der Institute und Seminare

der Rh. Friedr.-Wilhelms-Universität
zu Bonn

Stadtverband Bonn

Studentengruppe
5300 BONN 1, 5.5.1986

Maximilianstraße 14

Fernruf 653955

(Di Mi Do 16.30-18.00 Uhr)

Bankverbindung:
BfG Bonn (BLZ 38010111)
Konto Nr. 1200433100

Schr geehrte Damen und Herren!

Nur sehr wenige Hilfskraft- und Tutorenstellen der Universität sind durch ausländische Student/inn/en besetzt. In Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Lage dieser Kommiliton/inn/en wäre eine solche Besetzung von Hilfskraft- und Tutorenstellen aber dringend geboten. Eine stärkere Berücksichtigung ausländischer Student/inn/en bei der Stellenvergabe hätte mehrere Vorteile:

Vielen ausländischen Student/inn/en ist es nicht erlaubt, während des Semesters nebenher zu arbeiten. Da gerade sie oft überhöhte Mieten zahlen müssen, um überhaupt ein Zimmer zu bekommen, geraten sie vielfach in existentielle Not. Weil studentische Hilfskraft- und Tutorenstellen keiner arbeitsamtlichen Genehmigungspflicht unterliegen, ist hier eine Möglichkeit gegeben, soziale Härten zu mildern.

Obwohl sprachliche Barrieren in der Regel keine Rolle spielen, bleiben viele ausländische Kommiliton/inn/en an ihren Fachbereichen isoliert. Ein ausländischer Tutor oder eine ausländische Hilfskraft böte eine Anlaufstelle für viele andere ausländische Studenten.

Eine umfangreichere Beschäftigung ausländischer Student/inn/en würde die Zusammenarbeit zwischen den Studenten verbessern und dazu beitragen, das Niveau von Lehre und Forschung an unserer Universität weiter zu erhöhen. Unsere ausländischen Kommilitonen und wir würden uns freuen, wenn Sie sich unserer Meinung anschließen und geeignete Schritte in dieser Richtung unternehmen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns mitteilen, was Sie zu tun gedenken, denn wir wollen Ihr gutes Beispiel gerne veröffentlichen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch darauf hinweisen, daß die tarifliche und soziale Absicherung der studentischen Beschäftigten insgesamt nicht ausreichend ist. Wir bitten Sie deshalb, gegenüber dem Minister für Wiss. und Forschung NRW Bemühungen zu unterstützen, die darauf abzielen, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

(Horst Lüttke, Vorsitzender der
GEW-Studentengruppe, Bonn)

(Jürgen Nimptsch, Vorsitzender des
GEW-Stadtverbands, Bonn)

autonomes

Frauenreferat



Liebe Studentinnen!

Es hat sich etwas hoffentlich einmaliges in der Geschichte des autonomen Frauenreferats ereignet. Deshalb nützen wir ganz entgegen unserer Gewohnheit diesmal die AKUT, um über die letzte Frauen-Vollversammlung zu berichten.

Das Besondere an der VV war, daß nach dem Bericht über die Situation im autonomen Frauenreferat eine der anwesenden Frauen vehement für die Auflösung des Frauenreferats plädierte. Im letzten Semester hatten nur noch vier Frauen im Referat gearbeitet; drei von ihnen wollen ab jetzt nur punktuell weiterarbeiten. Bis zur Vollversammlung wußten die Referatsfrauen von einer weiteren, daß sie Interesse hatte, im Frauenreferat neu anzufangen. Weil sich bisher auf den Frauen-VV's nie neue Mitarbeiterinnen gefunden haben und wir entgegen allen Gerüchten noch nicht hexen können, hat eine ganz drastisch dargestellt, daß es nur ein Frauenreferat geben kann, wenn Frauen dort arbeiten.

Während jede(?) überlegte, was sie tun könnte, um das Frauenreferat zu beleben, dachte eine offensichtlich darüber nach, wie das autonome Frauenreferat am schnellsten unter die Erde zu bringen wäre. Ein paar schreckliche Minuten lang herrschte Chaos. Und dann klärten sich die Fronten: die Frau ist im RCDS!! und zwar "ganz bewußt".

Als sich im Laufe der Vollversammlung dann zwölf Frauen meldeten, war auch die RCDSlerin an einer Mitarbeit im Frauenreferat, das sie eben noch schließen wollte, interessiert. Das stieß auf wenig Gegenliebe. Über eine Stunde haben wir diskutiert, ob es möglich ist, trotz so großer politischer Gegensätze nur auf der Basis "Frau-sein" zusammenzuarbeiten. Die Frauenvollversammlung hat letztlich jeder Mitarbeiterin das Vertrauen ausgesprochen außer der RCDS-Frau, die durch ihre Widersprüchlichkeit ungläubwürdig erschien. Zum einen ist sie ja, wie schon gesagt, für die Auflösung des autonomen Frauenreferats eingetreten, zum anderen ist sie Mitglied einer Hochschulgruppe, die gegen autonome Referate überhaupt ist. Damit ist die Frage, ob Frauen, die organisiert sind, Referatsfrauen werden können, noch nicht beantwortet. Eine knappe Mehrheit der Frauenvollversammlung stimmte der Mitarbeit einer LA-Frau zu.

Bisher waren im Frauenreferat nur unorganisierte Frauen, die ihr politisches Konzept auf der Grundlage einer feministischen Gesellschaftsanalyse entwickeln wollen. Die Entscheidung der Frauen, sich nicht in irgendwelchen Gruppen zu organisieren, war immer sehr bewußt. Die Frauen wollten unabhängig von vorgegebenen Institutionen und deren Weisungen und Satzungen ausgehend von der eigenen subjektiven Situation in einer permanent sexistischen Gesellschaft, die alle Frauen behindert, Widerstandsstrategien und letztendlich eine eigene Auffassung von Politik entwickeln. Es ging nicht um "frauenspezifische Politik", ein Stempel gegen den wir uns gewehrt haben. Jede Trennung von allgemeiner und spezifischer Politik erschien uns willkürlich. Deshalb war das Frauenreferat auch nie ein Referat, das die Interessen aller Studentinnen in der Uni vertreten wollte. Jede Frau, die in den letzten fast drei Jahren hier mitgearbeitet hat, hatte den Anspruch und das Anliegen, sich mit ihrer eigenen Situation auseinanderzusetzen, Unterdrückungs- und Machtmechanismen aufzudecken, ihren eigenen Standpunkt immer wieder zu hinterfragen ... um so zum politischen Handeln und zu politischen Forderungen zu kommen. Es ist fraglich, inwieweit eine Frau, die in eine Organisation eingebunden ist, zu dieser Offenheit bereit ist, wieweit sie ihr möglich ist.

Die Diskussion haben wir hier unter anderem auch deshalb nochmal aufgezogen, weil sie auf der Frauenvollversammlung ziemlich an der Oberfläche geblieben ist. Die verschiedenen Standpunkte waren recht schnell geklärt, eine Annäherung konnte aber nicht erreicht werden, so daß wir lange auf einer Stelle herumgetrampelt sind. Wichtige Punkte der VV, so der Austausch über Probleme in den Fachbereichen und in den Frauen-AG's, die Infos über Frauenforderungen in der Grundordnung, sind unter den Tisch gefallen.

Wir hoffen, daß die nächste Frauenvollversammlung nicht minder spannend aber konstruktiver abläuft.

Mit feministischen Grüßen von zwei alten und zwei neuen Referatsfrauen

P.S. Uns ist eben zu Ohren gekommen, daß der RCDS den Antrag gestellt hat, daß auf der nächsten SP-Sitzung über das autonome Frauenreferat gesprochen wird. Der Termin ist noch nicht raus. Es wäre schön, wenn ein paar Frauen da wären.



Wir möchten noch auf zwei Veranstaltungen am 11.6.86 hinweisen (Tag der KU):

Es soll einen offenen Gesprächskreis für Frauen zum autonomie-Begriff des autonomen Frauenreferats geben. Ort und Uhrzeit könnt ihr dem KU-Programm entnehmen.

♀♀ - café ist von 16-18 Uhr im Felix-Hausdorf-Zimmer (Nasse-Mensa)
THEMA: Radioaktivität - Zum Stand der Dinge.

Eine Physikerin und eine Chemikerin berichten.

Möglicherweise gibts noch weitere Frauenveranstaltungen an diesem Tag. Ein Blick ins KU-Programm lohnt sich in jedem Fall.

Leserbriefe

Betr.: "Verbindungen - und was dahinter steht" in der Akut 215

Liebe Redakteure!

Ich nehme an, daß die Mitarbeiter der "Akut" sich bemühen, ihr Blatt nach vernünftigen journalistischen Grundlagen zu erstellen. Ein Grundsatz ist jedoch mit dem Beitrag von Peter Enzenberger ohne Not - dafür umso eklatanter - verletzt worden: Ein guter Journalist verbreitet - schon im Interesse seiner Zeitung oder Zeitschrift - keine Nachricht ungeprüft. Eigentlich wäre mir dieses Artikelchen einfach zu dumm und unbedarft, um darauf zu antworten. Es gibt jedoch Gründe, die eine Korrektur über den inhaltlichen Aspekt hinaus nötig machen.

1) Es gibt eine gute Tradition des linken Journalismus. Ich zähle die "Akut" mehr oder weniger dazu und bin froh, daß ich sie dazuzählen kann. Gerade deshalb verstehe ich es nicht, wie man dort Artikel veröffentlichten kann, die in Stil, Diktion, Informationsmangel und fehlender Bereitschaft zur Differenzierung an die unseligen Zeiten eines Herrn Dietzel anknüpfen.

2) Einem progressiven Journalismus stehen Argumente zur Verfügung - viele und gute Argumente. Warum soll man auf das Argumentieren verzichten? Die derzeitige "Akut"-Redaktion hat gezeigt, daß sie sauber, fundiert und an den Interessen der Studierenden orientiert arbeiten kann. Warum sollte man also einem Peter Enzenberger erlauben, die gesamte Redaktionslinie (er spricht im Plural) zugunsten billiger Polemik unter Wert zu verkaufen?

3) In der politischen Landschaft - besonders im Bereich der etablierten Presse - wie sie sich in der BRD leider nun einmal bietet, sollte die linke Presse sich besonders durch Unangreifbarkeit auszeichnen. Es besteht zwar die Notwendigkeit, ja geradezu die Pflicht, unbequem und provokant zu sein; das heißt aber noch lange nicht, daß man - vom Händereiben und Grinsen der konservativen Ecke begleitet - satte Eigentore schießen soll.

Deshalb nun einige Anmerkungen zu dem erwähnten Artikel. Die gesamte Verbindungsszene wird als konservativ, rechts, reaktionär bezeichnet, sie wird sogar implizit dem Faschismus zugeordnet. Solche Behauptungen sind schlicht und einfach unwahr, wenn sie so pauschal und in arroganter Verallgemeinerung serviert werden. Ich bin links (SPD-Mitglied) und gleichzeitig Verbindungsmittler. Durch diese undifferenzierte Stänkerei fühle ich mich beleidigt und - ja, ja, tatsächlich! - verleumdet. Peter Enzenberger will - wie er schreibt - gar nicht un-

terscheiden. Er will Behauptungen aufstellen, ohne sie rechtfertigen zu müssen. Dazu zählt auch der Faschismusvorwurf. Sicher gibt es reaktionäre und konservative Verbindungen - wie groß dieser Anteil ist, läßt sich wohl nicht mit Bestimmtheit sagen -, doch es gibt genauso gemäßigte und linke Verbindungsleute (gerade in der "Akut"-Redaktion sollte das bekannt sein).

Das zweite Vorurteil schiebt Enzenberger gleich hinterher: Er geißelt wortreich das Karrierestreben als einzigen Grund, einer Studentenverbindung beizutreten. Natürlich gibt es das, genauso wie es genug Studenten und Studentinnen gibt, die ihr wortreiches Engagement in der Hochschulpolitik lediglich als Sprungbrett zu einem Funktionärspöstchen in welcher Partei auch immer ansehen. Es gibt allerdings ebenso die andere Seite: Das Miteinanderleben, Zusammenarbeiten und -studieren. Seinen eigenen Lebensentwurf in eine Gemeinschaft einzubringen, das Einzelkämpfertum hinter sich zu lassen - das ist der beste und häufigste Grund, in eine Verbindung einzutreten! Karrierehengste sind in den wenigsten Verbindungen gut gelitten.

Herzlich gelacht habe ich allerdings über Enzenbergers dritte These, in der er die Beherrschung der Wirtschaft und des Staates durch Verbindungsleute zu entlarven glaubt. Geheimbundtheorien gab es schon immer. Ob man nun die Katholiken, die Freimaurer, die Rosenkreuzer, die Illuminaten oder die Juden an der - selbstverständlich heimlich und in dunklen Absichten ausgeübten - Macht sah, ist egal. Wenn man das eigene Leben nicht bewältigt und eine Entschuldigung sucht, ist die Verschwörungsthese

immer rasch zur Hand. Ich finde, eher in dieser paranoiden Spinnerei ist eine Parallele zum III. Reich zu suchen. In einer wohlbekanntenen Bonner Buchhandlung für Esoterik gibt es genug Lesestoff, in den sich Enzenberger verkriechen kann, um seiner Weltflucht ein phantasievolles Fundament zu verschaffen. Die Studentenverbindungen müssen ja nun wirklich nicht für diese Art von Paranoia herhalten. Ich würde mir wünschen, daß Ihr Euch in Zukunft informiert, gründlich und auf allen Seiten, bevor Ihr Euer Blatt mit dieser Art von Schwaferei in Mißkredit bringen laßt.

Ansonsten wünsche ich Euch viel Erfolg für die weitere Arbeit, weiterhin einen kritischen Blick und eine glücklichere Hand bei der Auswahl Eurer Mitarbeiter!

Mit herzlichen Grüßen
Euer
Hans Altmeyer

Betr.: AKUT Nr.215 vom April 1986

AKUT-Redakteure!

SO geht es nicht. Nicht nur, daß AKUT immer mehr und immer wieder über für die Studenten als Studenten irrelevante Themen berichtet wie DGB-Broschüren, den "Stammheim"-Film, die RAF und SDI. Nein, auch die Tendenz wird immer eindeutiger (soweit das noch möglich ist), zynischer, gewalttätiger. Zum einen: Da geht das "AKUT-Redaktionskollektiv" hin und "verschenkt" eine AKUT-Seite an die autonomen Chaoten der 1. Mai-Demonstration. Diese sind so links, daß ihnen sogar der DGB zu rechts ist und rufen zum "Kampftag" auf. Wie dieser bei "Autonomen" aussieht, kennen wir ja schon von anderen Demos: zerschlagene Scheiben, verschreckte Passanten, blutüberströmte Polizisten. Und das Beste: Der Artikel ("Zusammen kämpfen - für den Kommunismus!") ist namentlich nicht gezeichnet, entspricht also anscheinend der Meinung von Herausgeber (SP) und Redaktion. Wenn hier kein schwerwiegender Fehler unterlaufen ist, was ich nicht glaube, zeigen hier endlich einige Leute und Gruppen der Studentenschaft ihr wahres, ungeschminktes Gesicht!

Natürlich mußte auch Herrn Schwalbachs Indiskretion aus der EF, die wir schon in Rundschau und GA lesen konnten, in die AKUT. Nicht nur, daß er damit - pflichtwidrig - seine Schweigepflicht gebrochen und in ein laufendes Verfahren eingegriffen hat, das Vertrauen zwischen Professoren und Studenten ist auf lange Zeit zerstört, in EF-Ausschüssen wird nichts mehr an Studenten weitergegeben, die Stimmen derer werden wieder lauter, die Studenten am liebsten bei keinem Entscheidungsprozeß dabei haben wollen. Herzlichen Glückwunsch zu dieser "Leistung", Kommilitone Schwalbach! Und Du nennst Dich noch studentischen Interessenvertreter? Eher das Gegenteil.

Unerträglich auch die beiden RAF-Verharmlosungsartikel. Da schreibt Jochen Laux mit treuem Blick, die Kaufhaus-Brandbomben 1968 von Baader und Ensslin beabsichtigten, "den Menschen in der BRD klarzumachen, daß Feuer und Inferno das tägliche Schicksal der Menschen in Vietnam war". Wenn er dann gegen Ende seines Artikels bedauert, daß "wir heute nur noch zu sprunghaften und unregelmäßigen SAG-NEIN-AKTIONCHEN fähig sind", kann sich jeder denken, wie er es gerne hätte und welche Aktionen (im Gegensatz zu "Aktionchen") er für geraten und angemessen hält. Mit diesem - wenn auch versteckten - Aufruf zur Gewalt hat er wohl in einem Amt der Verfaßten

Studentenschaft nichts zu suchen.

Schließlich: stud. theol. Andreas Odlozinski (Leserbrief) hat mich mißverstanden. Nach wie vor halte ich die Verstaubte Kreuzesdarstellung auf AKUT 213 mit dem Zusatz "Frohe Weinachten" (ohne H!) für einen Beweis dafür, daß die AKUT-Redakteure für die christliche Überzeugung vieler ihrer Mitstudenten nur hämischen Zynismus übrig haben. Sonst hätten sie allein schon das "H" nicht weggelassen. Aber aus anderen Motiven als denen, die Odlozinski mir unterstellt: Es geht nicht darum, den Weihnachtsskandal zu rechtfertigen oder Christus aus dem täglichen Leben zu verbannen. Es geht auch nicht darum, daß Kirche sich aus allem Weltlichen heraushalten solle. Nein, zu vielen gesellschaftlichen Themen muß die Kirche deutlich Stellung beziehen; zu Themen nämlich, die ethisch-moralische Wertungen betreffen. So sind klare Statements der Kirchen zum § 218 StGB oder zur Frage von Frieden und Freiheit (siehe Kurienpapier/EKD-Papier bzgl. Bürger - Staat) wichtig und richtig. Nur: bitte nicht zu allem und jedem. Dann verpufft die Wirkung nämlich, die so ein Kirchenpapier haben kann, nutzt sich ab. Und: In Fragen, in denen zwei Wege aus christlichen Motiven möglich sind, bitte nicht einseitig. Die Bibel - immerhin oberste Instanz - sagt nichts eindeutig zu SDI, §§ 20, Kriegsdienst, HRG. Eindeutige Äußerungen sprechen dem Andersdenkenden die Moral ab (auch kein christlicher Zug) und spalten die Gemeinde, zerstören die Gemeinschaft der Christen. Natürlich geht es darum, Gott mehr zu vertrauen als den Menschen, aber dann muß man das, was Gott jedem einzelnen sagt, auch akzeptieren; selbst wenn es der eigenen Auffassung widerspricht.

Jörg Dietzel, HSG KOLIBRI

Anmerkung der Redaktion

Lieber Jörg,

Du behauptest, ein Kommilitone hätte aus der Engeren Fakultät geplaudert, und hältst es den Interessen der Studenten für zuwiderlaufend, wenn breite Teile der Studentenschaft darüber informiert sind, was in den Kungelgremien abläuft.

Dazu möchten wir zwei Bemerkungen machen:

1.) Wir finden es ungeheuerlich von Dir, einen einzelnen Kommilitonen aufgrund von unbewiesenen Vermutungen, die der Dekan der Philosophischen Fakultät in Umlauf bringt; zu beschuldigen. Du als Student greifst unreflektiert die Behauptungen eines Professors auf. Wo bleibt da die Solidarität unter den Studenten?

2.) Wir sind der Auffassung, daß es Studenten nützt, wenn sie über alles möglichst gut informiert werden. Sonst ist demokratische Mitbestimmung nicht möglich. Wir werden dies auch weiterhin tun!

Meine lieben Freunde,

auch die letzte Ausgabe (215) der Zeitschrift Akut barg wieder einige Sentenzen, die der Klärung bedürfen. Der erste Schock ergibt sich während des Lesens des Artikels über die 3.KU. Es spricht nicht für die kritische Uni, wenn wissenschaftstheoretische Schlagworte wie die "interdisziplinäre Forschung" Meyer-Abichs, den, wie ich nur wiederholen kann, insbesondere die Jusos immer wieder lesen sollten, zur Unterstützung eines bereits gefestigten politischen Meinung herangezogen werden. Vielleicht könnte man die feministische Forschung durch eine maskulinistische Forschung ergänzen, da ja die Zukunft wohl nur in einem gleichberechtigten Zusammenleben liegt. Genauso könnte man die SDI-Diskussion durch einen Informationsabend über die strategische Bedeutung von Krasnojarsk oder die Raketenabwehrstellungen bei Moskau vervollständigen. So lange dieses nicht geschieht, darf wohl keiner die KU "kritisch" nennen. Ähnlich bestechend die Schwarz-Weiß-Malerei von Peter Enzenberger zum wohl ewigen Thema "Verbindungen". So behauptet er, daß Verbindungen nur die Karriere im Ziel haben, während die anderen nur am Heil der Menschheit interessiert sind. Welch differenziertes Urteil! Dabei verwundert es gar nicht mehr, wenn Enzenberger eine Gegenrede noch als Bestätigung auffaßt, ins Schwarze getroffen zu haben. Sagt es denn nicht alles, wenn Franz-Josef Strauss und Thomas Gottschalk in derselben CV-Verbindung waren? Weiterhin war es nicht konservative Borniertheit (er meint die Verbindungen), sondern politische Innovationsgier und Selbstsucht, die den Nationalsozialisten den bereite. Was also, mein lieber Peter Enzenberger, soll diese Polemisierung? Ruf mich doch einfach mal an (214140), und ich werde Dich zu einer wirklichen Verbindung einladen, denn da kann man Interessanteres schreiben, als eine solche Fiktion mit ideologischem Untergrund, wie sie Dir wohl mangels Information der Feder entglitten ist.

Zum Leserbrief von Andreas Odlozinski ist zu sagen, daß er mit der Aussage, das Akut-Bild könne vielleicht zum Nachdenken anregen, wohl recht hat, aber die plumpe Behauptung, Angehörige des rechten Studentenschaftslagers läge nichts an solchen Gedanken, wie dem kritischen Jesus, weil ja "christlich" immer nur für reaktionäre Politik mißbraucht wird, niemals aber für linke. Vielleicht könnte ein genaueres Gespräch den Sachverhalt klären, aber seine politisch einseitige Auslegung sowie die angedeutete Verdammung politisch Andersdenkender erinnert an die biblischen Pharisäer.

Der Gipfel des Schwachsinn in der

letzten Ausgabe aber war der Stammheimartikel. Da behauptet man, eine ganze Generation habe die Restauration der Bundesrepublik in ohnmächtiger Wut miterlebt. Seltsamerweise wählt der überragende Teil dieser Generation heute die klassischen Parteien. Seltsam, nicht? Schlagwörter wie Antiimperialistischer Kampf, Allmachtsmythos des Staates, offene Unterdrückung usw. sprechen für sich. Es ist traurig, daß einem solchen Artikel 8 Seiten geopfert werden.

Martin Pohl

betr.: "Betr.: VDS - Gibt es eine Zukunft für den studentischen Dachverband" (AKUT 215, S.19)

Liebe Leute!

In den zehn Semestern, die ich hier an der Uni studiere, habe ich schon viel erlebt: linke AKUTs, rechte AKUTs, FBUST-AKUTs, und seit einiger Zeit wieder eine linke. In der letzten Nummer fand ich einen Artikel über die 11. VDS-Mitgliederversammlung. Ein interessantes Thema. Ihr hättet - bei entsprechender Arbeitskapazität - jemanden hinschicken können, der/die einen Bericht schreibt. Ihr hättet eine Stellungnahme des AstA zur Auswertung der VDS-MV drücken können. Ihr hättet in Stichworten das beschlossene Arbeitsprogramm abdrucken können. Ihr hättet dazu eigene Kommentare und/oder solche der verschiedenen AstA-tragenden Gruppen bringen können. Mit dem Thema hättet ihr locker vier Seiten füllen können. Und was gabs? Ein 1 1/2 Spalten kurzer Kommentar von Katina Schubert (LuSt). Ich kann mir kaum denken, daß Ihr weder vom SHB, noch vom MSB, noch von der Juso-HSG etwas angeboten bekommen habt, was ihr dazu hättet setzen können, wenn es vom

AstA nicht sogar eine gemeinsame Bewertung gegeben hat. So etwas habe ich in der AKUT bisher noch nicht erlebt. Das an Euch. -

An die Autorin:

Liebe Katina, mich wundert es etwas, daß du so scharf auf der Strukturdiskussion herumhackst. Schließlich sind es ja gerade die Basisgruppen, zu denen du dich ja zählst, die sich durch die alten Strukturen untergebuttert fühlen und deshalb ihren Vorstandsposten nicht mehr besetzen. -

Ich nehme allerdings erfreut zur Kenntnis, daß du dich positiv auf den hochschulpolitischen Kongreß der VDS im Juni beziehst, und erwarte mit Spannung die Beiträge der Basis der bonner Basisgruppen zum Kongreß. Wir sehen uns dann spätestens in Bochum (oder wo das Ding endgültig hinkommt). Bis dann!

Ignatios Souvatzis



Die Neuen Technologien, insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), waren in den letzten Jahren Anlaß zu zahlreichen Diskussionen und kontroversen Veröffentlichungen. Nicht ohne Grund. Ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Indienstnahme wird eine revolutionäre Umstrukturierung des gesamten gesellschaftlichen Ordnungsgefüges zugeschrieben. Der Mensch, so wird prophezeit, degeneriert zum "Maschinendiener". Die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre gängige Behauptung, die technische Entwicklung habe sich selbstständig, findet gegenwärtig eine wenig überraschende Renaissance. Das heftig-hitzige Aneinandereiben unterschiedlicher Standpunkte, das ideologische Tauziehen zwischen technologie-euphorischem "Chip-Chip-Hurra" und "automatisierter Identitätsentzweiung", unterstreicht das große Fragezeichen, daß mit dem technologischen Fortschritt des ausgehenden 20. Jahrhunderts für die Gesellschaft verbunden ist. Hinzu tritt der Faktor der Geschwindigkeit. Der technische Wandel voll zieht in immer kürzeren Zeitabschnitten und zeigt von sich aus wenig Einsicht für die notwendige Entwicklung gesellschaftlicher Handlungsorientierung. Aber müssen wir handeln?

Technologischer Fortschritt ist mitnichten automatisch auch ein Fortschritt für die Gesellschaft und wird im Gegenteil immer mehr als Bedrohung für die gesamte Lebenswelt empfunden. Aber selbst kompetenteste Analysen kommen nicht umhin, die Unumkehrbarkeit technologischer Entwicklung zu diagnostizieren.

Die historische Parallelität der Befreiung des Menschen aus mittelalterlicher Knebelung durch Kirche und Feudalismus einerseits und des ungeheuren Auftriebs von Wissenschaft und Technik andererseits ist nicht zufällig. Denkbar wäre also, daß die Voraussetzung der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich die individuelle Freiheit, gerade das hervorbringt, was sie wieder aufhebt: Die (freiwillige) Unterordnung des Menschen gegenüber der Technik d.h. letztlich den unfreien Menschen. -

Der zwiespältige Charakter technologischen Fortschritts

Die schriftlichen und materiellen Hinterlassenschaften vergangener Jahrhunderte und Epochen verdeutlichen: Fortschritt war immer wechselseitig mit dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem verbunden. Bis in die Zeit der Frühindustrialisierung galt die Agrarwirtschaft als dominierend; Wirtschafts-, Siedlungs-, Sozial- und Kulturgeschichte kennzeichnen die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse als entscheidende Innovationsquelle gesellschaftlicher Entwicklung bis ins 18. Jahrhundert. (1) Der Eintritt in die industrielle Güterfertigung, der Ausbruch der industriellen Revolution und die nahezu ungehinderte Expansion des kapitalistischen Wirtschaftssystems, auf der

Grundlage eines rasant fortschreitenden technologischen Erfindungsgeistes mit der Möglichkeit zur Massenproduktion, brachten den Fortschrittsbegriff unter neuen Akzenten in Mißkredit.

"Aber immer wurde auch klar, daß selbst ein gelungenes Vorwärts nicht durch und durch eines zu sein brauch-

>>Die Dinge sitzen im Sattel und reiten die Menschheit<<

Emerson

te(...) Das ist bezeichnend für das ganze kapitalistische Wesen: zwar progressiv, doch allemal auch düster-progressiv zu sein." (2) Trotz aller düster-visionären Prognosen, für die Bloch hier nur stellvertretend, den legitimatorischen Charakter eines Fortschrittsoptimismus ohne Bedenken angreift, konnte sich dieser als sozial-ökonomische Orientierung behaupten. Mit technologisch flexibler

Innovation und effektiver Produktivitätssteigerungsrate, verhalf er der gesellschaftlichen Entwicklung über die wirtschaftlichen Krisen hinweg. Für die Position des Fortschrittsoptimismus, der man wohl bedenkenlos die traditionelle Arbeiterbewegung zuordnen darf, die am entschiedensten die Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte zu Mitproduzenten der "neuen" Gesellschaft verpflichtete, hat Walter Benjamin bereits vor dem 2. Weltkrieg die maßgebende politische Kritik formuliert.

"Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterbewegung in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom. Die technische Entwicklung galt ihr als das Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinte. Von da an war es nur ein Schritt zu der Illusion, die Fabrikarbeit, die im Zuge des technischen Fortschritts gelegen sei, stelle eine politische Leistung dar. Die alte protestantische Werksmoral

feierte in säkularisierter Gestalt bei den deutschen Arbeitern ihre Auferstehung.... Dieser vulgärmaterialistische Begriff von dem, was die Arbeit ist, hält sich bei der Frage nicht lange auf, wie ihr Produkt den Arbeitern selber anschlügt, solange sie nicht darüber verfügen können. er will nur die Fortschritte der Naturbeherrschung, nicht die Rückschritte der Gesellschaft wahrhaben. Er weist schon die technokratischen Züge auf, die später im Faschismus begegnen werden." (3)

Der historische Skeptizismus stellte dem Zeitgeist die unbequeme Frage nach der Verfügungsgewalt über Technik und technologische Innovation und kritisierte deren Funktion zur Aufrechterhaltung und Erweiterung der Herrschaftsverhältnisse. Die optimistische Grundhaltung des gesellschaftlichen Kulturfortschritts, die darin gipfelte, daß die Technik die Diener- und Sklavenrolle für die Menschen übernehmen könne, führte zur genau entgegengesetzten Position, die von Herbert Marcuse formuliert worden ist. Für ihn sind Technik, Herrschaft und Gewalt praktisch identisch.

"Nicht erst ihre Anwendung, sondern schon die Technik ist Herrschaft (über die Natur und über die Menschen), methodische, wissenschaftliche, berechnete und berechnende Herrschaft. Bestimmte Zwecke und Interessen der Herrschaft sind nicht erst nachträglich und von außen der Technik oktroyiert. - Sie gehen schon in die Konstruktion des technischen Apparates selbst ein; die Technik ist jeweils ein geschichtlich-gesellschaftliches Projekt; in ihr ist projektiert, was eine Gesellschaft und die beherrschenden Interessen mit den Menschen und mit den Dingen zu machen gedenken. Ein solcher Zweck der Herrschaft ist "material" und gehört insofern zur Form selbst der technischen Vernunft." (4)

Die These Marcuses gehörte in den 60-er und 70-er Jahren zum festen Bestandteil der herrschenden Technikkritik (5), ist aber aufgrund der historischen Entwicklung zu präzisieren. Herrschafts- und Kontrollzwecke sind zwar der Technik innewohnende Mechanismen, allerdings verfügt die Maschine über keine Herrschaftsstruktur an sich. Diese Art der Verwendung bedarf der gezielten Operationalisierung. Herrschafts- und Kontrollzwecke müssen erst willentlich mit der Technik verbunden werden. (6)

Nach wie vor ausschlaggebend für die Herrschaftssicherung bleibt die Verfügungsgewalt über den Einsatz der Technik.

"Als die industrielle Revolution der Baumwolle schon weit fortgeschritten ist und die englischen Unternehmer in ihren Fabriken längst Spinnmaschinen unterhalten, lassen sie die Stoffe noch immer von Handwebern herstellen.

Die frühere Hauptschwierigkeit, die Weber mit ausreichend Garn zu versorgen, ist inzwischen gelöst. Wozu nach Beseitigung dieses Engpasses die Weberei mechanisieren, wenn sich der Bedarf durch Heimarbeit decken läßt? Erst als die Nachfrage und mit ihr die Löhne der vielbeschäftigten Weber stark anziehen, drängt sich der mechanische Webstuhl als Lösung auf." (7)

So ist per saldo für die Innovationszyklen innerhalb der wirtschaftlichen Entwicklung, seit Beginn der Industrialisierung, weder ein gesellschaftlicher Bedarf, noch die Humanisierung der Arbeitswelt ausschlaggebend, sondern die einzelnen wirtschaftlichen Rezessionsphasen, die im Zuge ihrer technologischen Überwindung immer auch gesellschaftliche Gestaltungschancen für positive Veränderungen in vielen Lebensbereichen gebracht haben. (vgl. Abb. 1)

Auf ähnliche wirtschaftliche Voraussetzungen treffen gegenwärtig die sogenannten Neuen Technologien. Im Gegensatz zu anderen Branchen, die mit der Krisenphase des Wirtschaftszyklus zu ringen haben, stellen insbe-

sondere die Informations- und Kommunikationstechnologien eine Wachstumsindustrie dar, die mit ihren Rationalisierungsangeboten im Verwaltungs- und Transportwesen ihren Vorteil aus der Rezession ziehen können und zugleich die sich hieraus entwickelnde wirtschaftliche Neuordnung, in ihrer Makro- und Mikrostruktur, ganz wesentlich mitprägen. (9)

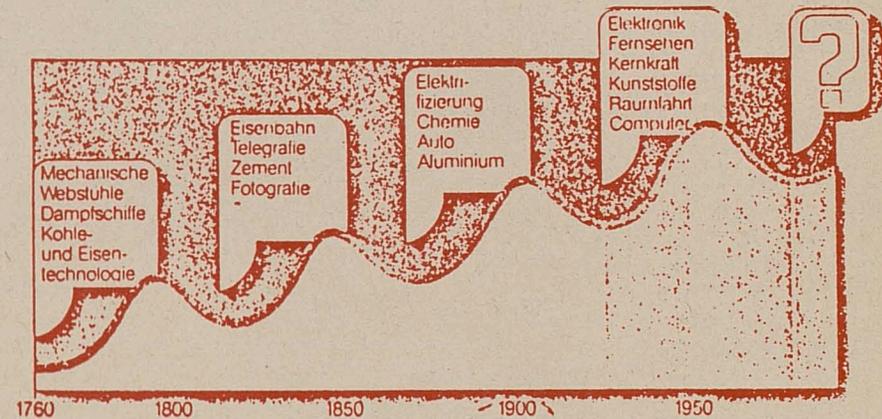
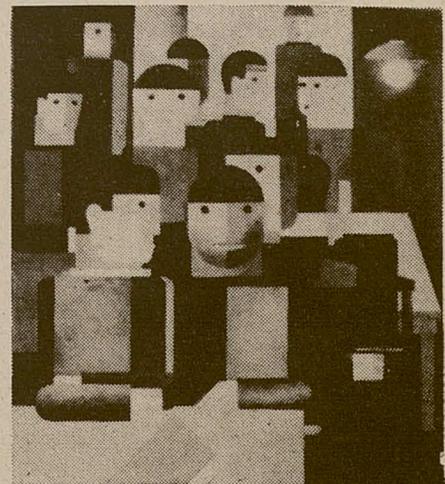


Abb.1: Wellen der Weltkonjunktur
Seit Beginn der Industrialisierung traten bahnbrechende Neuerungen hauptsächlich in den Wellentälern auf. (8)

Wirtschaftliche Rezession, Aufschwungerwartung durch Rationalisierung und Steigerung der Produktivität, sind die Kernelemente, die den Zwang zur Wahrung und Vervielfachung des Profits gewährleisten. Die Neuen Technologien scheinen hier nur Weggefährten einer allseits bekannten



Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in ihrem technologischen "Know-How" und wirtschaftlichen Nutzen

Anfang der dreißiger Jahre äußerte Aldous Huxley in seiner "Brave New World" (12) die beklemmende Vermutung, daß die Menschen beginnen, ihre Unterdrückung zu lieben und die Technologien anzubeten, die ihre Denkfähigkeit zunichte machen.

Doch welches technische 'Know-How' und welche Anwendungsmöglichkeiten verbergen sich hinter dem Initialkürzel IKT?

Der Mikrochip - oder präziser: sein technischer Vorläufer der Transistor - wird innerhalb der wissenschaftlichen Literatur als "Basisinnovation" (13) der zweiten industrietechnologischen Revolution definiert, als die die postindustrielle Informationsgesellschaft begründende und repräsentierende Erfindung.

Doch was heißt IKT?

"Genauer und der technischen Fachsprache entsprechend müßte von Datenverarbeitungstechnik statt Informationstechnik und Nachrichtentechnik statt Kommunikationstechnik gesprochen werden." (14)

Technisch handelt es sich insofern um eine neue Qualität, als die bisher getrennten technischen Entwicklungslinien der elektronischen Daten-, Text-, Sprach- und Bildverarbeitung (IT) miteinander und mit der Nachrichtentechnik (Digitalisierung und optoelektronische Übertragung mit Hilfe von Glasfasern (15)) zusammengeführt werden. Aus diesen beiden ehemals

voneinander getrennten Bereichen, erwächst nun die technische Möglichkeit ihrer Verknüpfung zu integrierten Systemen. Praktisch bedeutet dies, daß schließlich alle Zeichen-, Daten-, Text-, Ton- und Bewegbildsysteme als elektronische Signale einheitlicher Form über ein Netz (IBFN (16)) nicht nur in Echtzeit an jeden an jeden beliebigen Ort transportiert, sondern dort auch mittels multifunktionaler und sogenannter intelligenter Terminals bearbeitet, gespeichert und andernorts wiederum abgerufen werden können.

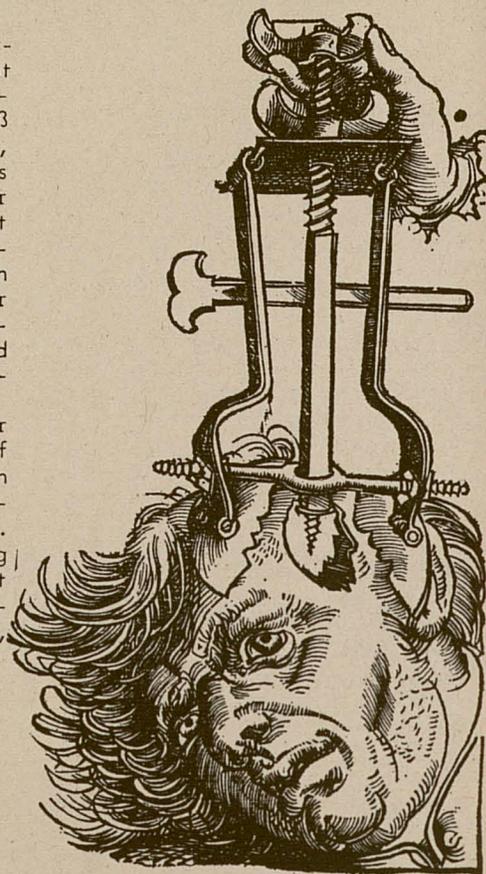
Wenig einsichtig prognostiziert dieser technologische Innovationsschub, auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, eine Steigerung wirtschaftlicher Produktivität. Durch die Geschwindigkeitssteigerung der Informationsübermittlung entsteht ein Zeitgewinn auf betrieblicher, nationaler und internationaler Ebene,

>>Geschichte<<,
sprach die Steckdose,
>>gibt es gar nicht<<.

Postman

der neben Rationalisierungseffekten auch kurzfristig kompatible Produktionsvorteile freizusetzen vermag. Ebenso werden dem Einsatz der Neuen Technologien weitreichende positive Wirkungen etwa hinsichtlich rationaler Energienutzung, rohstoffsparender Produktion und effektiven Umweltschutz zugebilligt.

Dieser Verkürzung des Optimismus auf die wirtschaftliche Rentabilität werden oftmals große Entwürfe einer veränderten, anderen Gesellschaft gegenübergestellt.



Vom Wechsel von der industriellen in die postindustrielle Gesellschaft (17), von der Informations- und Regenbogengesellschaft (18), vom Wertewandel und vom Übergang vom dialektischen zum binären Denken (19) und vom Ende der Arbeitsgesellschaft (20) ist die Rede; andererseits verkünden griffig formulierte, horror-visionale Metaphern, Perspektiven einer verkabelten Nation oder vernetzten Gesellschaft (21), in der die Menschen nur noch als biologische Residuen einer elektroni-



2. Htt Jahre und kein Grund zum Feiern

Rückblende: Am 28. Mai 1961 löste ein erschütternder Zeitungsartikel über „die vergessenen Gefangenen“ eine **weltweite Hilfsaktion** aus. Der Artikel berichtete über die Tatsache, daß täglich Menschen wegen ihrer **Abstammung, Überzeugung oder Religion** durch Regierungen **diskriminiert, verschleppt, inhaftiert, gefoltert und hingerichtet** werden.

Heute: umfaßt die unabhängige, weltweite und unparteiische Bewegung **amnesty international** in mehr als 160 Ländern über 500 000 Mitglieder und Förderer. **ai** steht auch für ein ehrenamtliches **Engagement** im Sinne der **MENSCHENRECHTE** und ist zugleich ein **Appell**, denn **die WÜRDE des Menschen** wird immer noch **mit Füßen getreten**.

amnesty international
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Heerstraße 178, D-53100 Bonn 1, Spendenkonten:
Post girokonto Köln 2240 46-502 BIZ 370 100 50
BKO-Düsseld. Konto-Nr. 30 000 BIZ 350 601 90
Ihr Beitrag ist unsere Stärke

ai

Wie Sie uns unterstützen können, erfahren Sie bei den ai-Büros.

schen Apparatewelt eingefangen sind in ein alldimensionales Netz hochtechnisierter, verselbständiger Computersysteme: Begriffe vom 'gläsernen Menschen' und von der Sozialverschmutzung (22) werden bemüht, um die Dringlichkeit der Abwehr einer verhängnisvollen Entwicklung, einer Mikropolis (23), demonstrativ zu fordern.

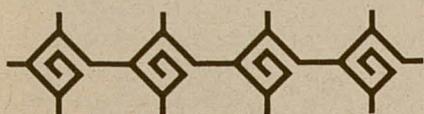
Um es noch einmal klar zu sagen: Umkehr ist gefordert. Umkehr des traditionellen Dominanzverhältnisses (24) von Wirtschaft und Politik in ihrem Herrschaftsverhalten gegenüber Lebenswelt. Entkolonialisierung der (sozialen) Lebenswelt von technischen, ökonomischen und machtpolitischen Imperativen, gegenüber einer (sinn)entfremdeten Gesellschaft, die den Menschen krank macht und die Umwelt, also die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. -

Welche Opfer verlangt der zum technischen Wandel rudimentierte Fortschritt der Gesellschaft ab?

Verfügt ein solcher Fortschritt über die notwendigen emanzipativ-progressiven gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, oder stehen wir tatsächlich vor der Installation eines technischen Herrschaftsapparates mit staatlicher Verfügungsgewalt, der das lebendig-ungeregelte und das menschlich-schöpferische gegen eine tote, maschinelle Automation zu ersetzen vermag?

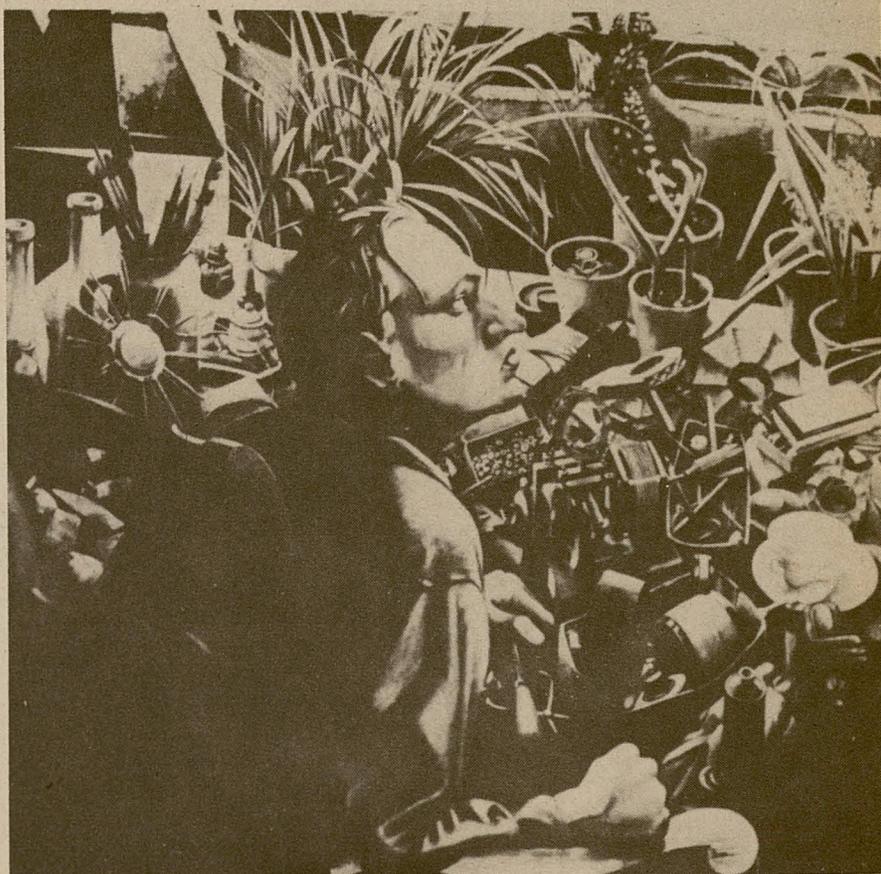
Jochen Laux

Fortsetzung folgt



Literatur:

- (1) vgl.: Ennen, E., Janssen, W.: "Deutsche Agrargeschichte - Vom Neolithikum bis zur Schwelle des Industriezeitalters", Wiesbaden 1979
- (2) Bloch, E.: "Differenzierungen im Begriff Fortschritt", Frankfurt a.M. 1970, S.7 u. 8
- (3) Benjamin, W.: "Über den Begriff der Geschichte", in: Gesammelte Schriften I.2, Frankfurt a.M. 1974, S. 698f
- (4) Marcuse, H.: "Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers", in: "Kultur und Gesellschaft II", Frankfurt a.M. 1965, S.127
- (5) vgl.: Seppmann, W.: "Alternative Technik-Kritik", in: Kofler, L.: "Beherrscht uns die Technik?", Hamburg 1983, S.7
- (6) vgl.: Negt, O.: "Lebendige Arbeit, enteignete Zeit - Politische und kulturelle Dimension des Kampfes um die Arbeitszeit", Frankfurt a.M. 1985, S.242



(7) Braudel, F.: "Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts - Der Alltag München 1985, S.472

(8) Abb. aus: Penczynski, P.: "Energiestrategien zwischen Technik, Wirtschaft und Gesellschaft", in: Siemens-Zeitschrift 58, Heft 5, 1984, S.28

(9) vgl.: Luyken, G.-M.: "Die AT & T '83: Zum strukturellen Umbruch und inhaltlichen Neuaufbau in der U.S.-Telekommunikationsindustrie", in: Prokop, D.(Hg.): "Medienforschung - Konzerne, Macher, Kontrolleure, Bd.1, Frankfurt a. M. 1985, S.83f

(10) vgl.: Die Ausgabe Nr.9 der Wochenzeitung "das parlament" anlässlich der Technologiedebatte im Deutschen Bundestag, v. März 1985

(11) vgl.: "Die Redaktion: Editorial - Neue Techniken - The Point of No Return?", in: Prokla 55, Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Juni '84, S.1-10

(12) Huxley, A.: "Brave New World", London 1932

(13) vgl.: Halfmann, J.: "Die Entstehung der Mikroelektronik - Zur Produktion des technischen Fortschritts", Frankfurt a.M. 1984 S.14, 30 u 63ff

(14) Kubicek, H.: "Die sogenannten Neuen Informations- und Kommunikationstechniken", in: Bleicher, S., Däubler-Gmelin, H., Kubicek, H.: "Chip-Chip Hurra?", Hamburg 1984 S.29

(15) vgl.: ebenda S.30

(16) IBFN= Integriertes Breitband-Fernmeldernetz, ist das als Endziel angestrebte Fernmeldernetz, über das sowohl Schmalbanddienste, das ISDN, die Breitbanddienste des Overlaynetzes als auch die Hörfunk- und Fernsehverteilung über ein Glasfasernetz im Ortsnetz und eine einzige

Vermittlungsstelle abgewickelt werden kann. Option für einen Beginn des ausschließlichen Glasfaseruniversalnetzes (IBFN) erst nach 1992.

Zitiert nach: Henjes, F.: "Computerlexikon, in: Dörhage, W., Faltis, M., Plümer, K.-D. (Hg.): "Technik im Griff?", Hamburg 1985, S.226

(17) Bell, D.: "Die postindustrielle Gesellschaft", Frankfurt a.M./New York 1975

(18) Huber, J.: "Die regenbogengesellschaft, Sozialpolitik und Ökologie", Frankfurt a.M. 1985

(19) Wiener, O.: "Vom dialektischen zum bindenden Denken", in: Kursbuch 75, Berlin 1984, S.12-37

(20) Dahrendorf, R.: "Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht", in: Matthes, J. (Hg.): "Krise der Arbeitsgesellschaft", Frankfurt a.M. 1983

(21) Bleicher, S.: "Glasfasernetze: Autobahn der digitalen Gesellschaft", in: Bleicher, S., Däubler-Gmelin, H., Kubicek, H., a.a.O., S.7-27

(22) Steinmüller, W.: "Die zweite industrielle revolution hat eben begonnen. Über die Technisierung der geistigen Arbeit", in: Kursbuch 66, Berlin 1981, S.187

(23) Kubicek, H., Rolf, A.: "Mikropolis", Hamburg 1985

(24) vgl.: Noble, D.: "Forces of Production - A Social History of Industrial Automation", New York 1984, S.xiii

Kommunales

Dazwischen- funken

Radiomachen - das war bis vor kurzem allein die Sache von öffentlich-rechtlichen Anstalten. Frequenzbesetzer und Radiopiraten, die versucht haben seit den 70er Jahren mit ihren Ideen und mehr oder weniger gut versteckten Sendern in diese Domäne einzubrechen, wurden massiven Kriminalisierungskampagnen ausgesetzt. Das am meisten bekannte Beispiel ist wohl Radio Dreyeckland. Der Freiburger Sender ist auch der einzige der freien Radiobewegung, der heute noch - mal mehr, mal weniger verfolgt, kontinuierlich sendet. Alle anderen Illegalen kamen und gingen, sendeten ab und zu für ein paar Minuten. Längere Sendungen waren nicht drin, da ihnen die Peilwagen der Post sehr schnell auf den Fersen waren. Legalisierungsversuche dieser Initiativen wurden grundsätzlich abgelehnt, nicht zuletzt weil sie politisch äußerst un bequem waren bzw. sind.

Da hatte die Lobbyarbeit der privaten Rundfunkunternehmer und Verlage mit der Zeit schon mehr Erfolg. In vielen Bundesländern sind private kommerzielle Lokalradios bereits auf Sendung gegangen und bereichern, wie es so schön heißt, die Medienlandschaft. Vielfalt ist das vielbeschworene Schlagwort - ein Witz- angesichts der gesendeten Programme! Hier werden nicht neue Qualitäten vom lokalem Rundfunk probiert, sondern alte Strukturen noch greller, noch flockiger verpackt. Motivation für dieses Engagement ist natürlich das Geld. Zwar arbeiten die meisten noch immer in den roten Zahlen und viele Kleine blieben bereits auf der Strecke - aber das macht ja nichts - der warme Regen kommt bestimmt. So wie es aussieht allerdings nur für die Großen, die durchhalten können: Springer, Bertelsmann, Holzbrinck und wie sie alle heißen.

In Nordrhein-Westfalen, einem der "Schlußlichter" in Sachen Landesmediengesetz (LMG), blieb Zeit den Kommerzradios dazwischenzufunken. An vielen Orten des Landes entstanden Vereine, die die Ideen von einem gemeinnützigen lokalen Radio ausarbeiteten. Die Idee des Bürger radios wurde dabei von der freien Radiobewegung wie auch von den Offenen Kanälen übernommen und ist das eigentliche Andere, Neue des Mediums. Wie sieht das nun aus? Ein allgemeinnütziges Lokalradio Bonn bietet Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Bonner Bürger und Bürgerinnen, ob einzeln oder in Organisationen und Vereinen. Was ein landesweiter öffentlich-rechtlicher Sender nicht kann und die kommerziellen Interessen nicht wollen: durch den direkten Zugriff auf den Sender am Ort können Bürger/innen alleine oder in Gruppen selber Sen-



dungen gestalten. Vorstellbar sind dabei autonom verwaltete Sendeplätze zu bestimmten Themenbereichen: Lokales, Senioren, Kinder, Frauen, Ausländer, Umwelt, usw.usw. Der nachfolgende Programmentwurf steht zur Diskussion und soll einen ersten Eindruck über die bisherige Arbeit der Arbeitsgruppe "Programm" des Fördervereins Lokalradio Bonn geben.

Neben den Teilen des Bürger radios soll es aber auch professionell gemachte Sendungen geben. Schwerpunkte hierbei sind natürlich aktuelle Themen aus der lokalen Politik und Kultur. Zudem gibt es Überlegungen, ein Mantelprogramm zu übernehmen, das entweder vom Zusammenschluß der Lokalradios in NRW oder von einem öffentlich-rechtlichen Sender gemacht wird.

Da es abzusehen ist, daß verstorbene Millionäre ihr Testament nicht gemeinnützigen Lokalradios vermachen, müssen diese sich nach anderen Finanzierungsquellen umsehen. Das Zauberwort heißt "Mischfinanzierung" und bedeutet: 1. Beiträge der Mitglieder im Förderverein, 2. eine Art Hörerabonnement, 3. Spenden, 4. Gelder aus öffentlichen Töpfen, 5. Werbung, 6. Gebühren. Die beiden letzten Punkte werden zur Zeit heftig diskutiert. Da sich ein gemeinnütziges Lokalradio dem Gemeinwohl verpflichtet und deshalb öffentliche Aufgaben übernimmt, halten die Vereine für gemeinnützige Lokalradios in Nordrhein-Westfalen die Forderung nach einem Teil der Rundfunkgebühren für angebracht. Ob und in welchem Umfang diese Radios durch Werbung mitfinanziert werden, hängt sicherlich auch von dem Aufkommen der anderen Kapitalquellen ab. Eine Arbeitsgruppe "Finanzen und Organisation" des Fördervereins Lokalradio Bonn erarbeitet zur Zeit ein Finanzierungsmodell. Neben der inhaltlichen Arbeit kümmert sich der Verein um die praktische Arbeit in Sachen Lokalradio. Ab September werden Bildungsprogramme in der Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit und in der Bonner Volkshochschule angeboten. Dort soll in Radio-Workshops gezeigt werden, wie Radio gemacht wird. (Recherche, Schneiden, Produzieren, Moderieren etc.) Eine Arbeitsgruppe

"Öffentlichkeitsarbeit" organisiert Informationsgespräche mit Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen am Ort. Auch am Dies (11.6.) und im Rahmen der Kritischen Uni wird sich der Verein mit Informationsveranstaltungen und anschließender Diskussion vorstellen.

Dort kann sich jeder über medienpolitische Neuigkeiten informieren. Wer Lust hat, im Verein mitzuarbeiten sei auf die Plenumsitzungen verwiesen. Sie finden alle 2 Wochen dienstags 20Uhr im Büro der Jungen Europäischen Föderalisten statt, Berliner Platz 1, Eingang Florentiusgraben. Den genauen Termin kann man zu den folgenden Bürozeiten (Mo 10-12Uhr, Mi 18-20Uhr und Frei 10-12Uhr) unter der Telefonnummer 0228/467589 erfragen. Dann sind unter dieser Nummer Mitarbeiter/innen der Vereins in der Regel zu erreichen, die auch weitere Fragen zum Projekt "ein gemeinnütziges Radio für Bonn" beantworten. Schriftliche Anfragen bitte an:

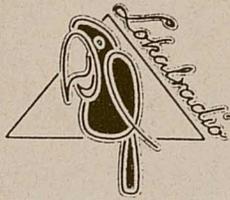
Verein zur Förderung eines lokalen Radios für Bonn und den Rhein-Sieg Kreis,
Am Müllestump 3
5300 Bonn 3

Dorothee Grueter
Förderverein Lokalradio Bonn



Zeit	In der Woche (Mo-Frei)	Samstag
0.00-7.00	Landesradio	
7.00-7.30	Kurz und Neu - Nachrichten aus der Nacht/ Kurzes und Knappes/Unterhaltendes	
7.30-9.00	Frühmagazin - Themen von Gestern und heute/ Kurzinfos/Hörerkommentar/Veranstaltungstips	
9.00-10.00	Reportage am morgen	Das offene Mikro
10.00-11.00	Frauen - Zeit	
11.00-12.00	Ausländerprogramm	
12.00-15.30	Landesradio	Bürger radio oder Landesradio
15.30-16.00	Neues aus Handel und Gewerbe	
16.00-17.00	Umweltreport	
17.00-18.00	Kaleidoskop - Veranstaltungstips/ Nachrichten Sport regional	
18.00-19.00	Im Brennpunkt (ein Thema - eine Stunde)	
19.00-20.00	Tagesspiegel - Aktuelles vom Tage	Radio-Spiel
20.00-0.00	Bürger radio oder Landesradio	

Wer wie wann darf?



Der technische Stand der Dinge ist schnell erzählt: ab 1. Juli 1987 stehen die UKW-Frequenzen 100 bis 104 für den Hörfunk zur Verfügung - für jeden Landkreis und jede Stadt eine Welle! Dort darf dann also gesendet werden - theoretisch! Ohne ein Landesmediengesetz läuft aber praktisch gar nichts. Dieses LMG wird nämlich vorher regeln, wer auf diesen Wellen reiten darf. Mit einer Verabschiedung rechnet man erst im Frühjahr 1987 oder noch später. In den meisten Bundesländern hat man sich mit Vorreglungen bereits für Anbieter entschieden. Die Frequenzen wurden fast ausschließlich an private Einzelanbieter oder Anbietergemeinschaften vergeben, die langfristig hinter den lokalen Hörfunkstationen das große Geschäft wittern.

Und so hören sich die Programme dann auch an: flockig - locker die Moderation (Hallo Ihr, hier ist der Oliver...!), Informationen in 1.30 Minuten (denn man will die Hörer ja nicht mit Ausführlichkeiten langweilen) und die US-Charts rauf und runter (lokale Kulturgruppen gibt es nicht). Das kaufkräftige Publikum soll angesprochen werden, die Leute zwischen 15 und 35, auf die auch die Werbespots zugeschnitten sind. Hinter solchen Radios stecken fast ausnahmslos finanzkräftige Einzelpersonen und Großverlage, oder die lokalen Pressevertreter.

Auch in Nordrhein-Westfalen bemühen sich u.a. WAZ, Neven DuMont und auch der Generalanzeiger um die lokalen Hörfunkfrequenzen. Und sie sind auch dementsprechend verärgert über den Diskussionsentwurf der Landesregierung, wie er seit Ende April vorliegt. Folgende Stellen müssen es sein, die der Verband der NRW-Zeitungsverleger "diskriminierend" findet:

"Ein Antragsteller, der bei Tageszeitungen im Verbreitungsgebiet eine marktbeherrschende Stellung hat, darf als Einzelanbieter nicht zugelassen werden. Er darf in einer Anbietergemeinschaft nicht die Mehrheit der Kapitel - und Stimmrechte besitzen." (§21,V)

Eine solche Gesetzesklausel würde den Alb-Traum von einem Generalanzeiger-Radio zerplatzen lassen. So weit, so gut! Wer darf aber dürfen? Um nicht mit juristischen Unerlässlichkeiten zu langweilen, habe ich vier Knackpunkte herausgepickt, an denen sich die kommerziell interessierten Anbieter die Zähne ausbeißen.

Senden darf:

1. jeder Anbieter, der 15% seines Gesamtprogramms für Beiträge nicht erwerbswirtschaftlich orientierter Organisationen bereithält. Zu diesen Organisationen zählen also alle Vereine

und sonstige Gruppierungen, die mit ihren Tätigkeiten keinen Gewinn machen, auch Kirchen werden gesondert dazugerechnet. Parteien und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts bleiben draußen. (§21,II)

2. Können gleich mehrere Antragsteller für diese Bedingung garantieren, so erhält derjenige den Vorzug, welcher nur gemeinnützige Zwecke verfolgt.

3. Eine weitere Überlegung des Entwurfes sieht vor, demjenigen die Lizenz zu erteilen, der mehrere unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte umfaßt. Die Entscheidung darüber, wer nun der pluralste aller Anbieter am Ort sein soll, trifft eine noch zu gründende Landesanstalt für Kommunikation (LfK).

4. Zudem muß der Antragsteller Vorschriften entsprechen, wie sie auch für öffentlich-rechtliche Anstalten gelten. (lokaler Medienrat, Redaktionsstatut etc.)

Fazit: grundsätzlich darf jeder, der o.g. Bedingungen erfüllt. Also Einzelpersonen, Firmen, Vereine, Verbände, kommunale Einrichtungen, Verlage usw. Begrenzungen der Kapitalanteile gibt es nur für Kommunale Einrichtungen, Verlage und öffentlich-rechtliche Anstalten mit jeweils 33%.

Für die Grundsätze der Bürgernähe kommt es also darauf an, wer sich an einem solchen lokalen Hörfunkprojekt beteiligt. Und so, wie es aussieht, favorisiert man zwar auch gemeinnützige Vorstellungen, die Idee von einem Bürgerradio ist damit jedoch noch keineswegs ausreichend abgesichert. Im schlimmsten Fall werden die Gemeinnützigen in die 15% - Ecke gedrängt, wo sie sich dann austoben dürfen. Zwar erkennt man die zaghaften Ansätze, publizistische Doppelmonopole zu verhindern, aber einen kommerziellen lokalen Hörfunk verhindert das LMG in seinem jetzigen Entwurf grundsätzlich nicht. Erkennbar wird dies auch an der Werbeklausel: 20% der Sendezeit sollen mit Werbung gefüllt werden dürfen. Man stelle sich das mal vor: eine Einstundensendung mit 15 Minuten Werbung!! Ein solches Radio, das sich fast ausschließlich von Werbung finanziert, macht sich dementsprechend abhängig. Unter dem Druck der Werbenden muß sich das Programm der breiten Käuferschicht gleich mitverkaufen. Ein Radio als Sprachrohr der Bürger/innen, mit selbstverwalteten Sendeplätzen und direkter Zugangsmöglichkeit kann nicht kommerziell ausgerichtet sein und es verdient auch nicht, in die 15%-Ecke gestellt zu werden. Finanziell muß es auf so viele Füße wie möglich stehen. Im Redaktionsstatut muß der direkte Zugang der Bürger/innen abgesichert werden.

Der Verein "Lokalradio Bonn" hat dazu Modelle ausgearbeitet und fordert alle Interessierten auf, an den Konzeptionen mitzuarbeiten. Denn -so banal es auch ist- je mehr wir sind, desto größer die Chancen, aus dem Lokalradio eine Alternative zu den bestehenden Medien am Ort zu machen.

Ich werde Mitglied im Verein zur Förderung eines
gemeinnützigen Radios in Bonn und dem Rhein-
Sieg-Kreis.

Ich will zu den nächsten Sitzungen des Vereins einge-
laden werden.

Ich will zunächst ein persönliches Gespräch mit Ver-
tretern des Vereins führen.

Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt für natürliche Personen mindestens
5,- DM. Juristische Personen zahlen den vierfachen Mitgliedsbeitrag.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag in Höhe vonDM.

Datum und Ort

Unterschrift

»DIE KONSEQUENZ: DIE SUCHE NACH DEM IDIOTENSICHEREN REAKTOR«

Etwas Gutes hatte sogar diese Jahrhundertkatastrophe in der Ukraine für sich - sie weckte eine nuklearpolitisch weitgehend abstinent gebliebene Bevölkerung auf. Nützlicher wär's gewesen, sie wäre auch informiert worden. Informiert wurden wir höchstens vom bodenlosen Ausmaß des Nichtwissens unserer Regierenden. Wenn sie es wenigstens nicht mit solch verdummender Arroganz zu verbergen versucht hätten!

Entlarvt ist das hohle Gewäsch von dem tollen hiesigen Pluralismus; vom Generationenvertrag ist, außer in Rentendiskussionen, nie die Rede. Das ist pure Nach-mir-die-Sintflut-Mentalität.

Es existiert keine Stelle innerhalb

der Regierung, wo Technologiefolgenabschätzung betrieben würde; in den USA gibt es dafür immerhin einen Unterausschuß des Repräsentantenhauses. Die Sozialverträglichkeit ziviler Kernenergienutzung ist kein Thema geworden. Und über die Umwelt"verträglichkeit" hat man zwar keine genauen Zahlen, aber die Regierung weiß ganz sicher, daß für Unruhe keinerlei Anlaß besteht. Über mögliche Kosten diverser Abschalt-Szenarien gelangen zwar - horrende - Zahlen an die Öffentlichkeit, die allerdings von der Preussag stammen.

Statt Offenheit und dem Eingeständnis immerhin weltweiter Hilflosigkeit in Bonn nur Irreführung und Lüge. Wenn Zimmermann am 8. Mai in einer Fernsehansprache sagt, "Nach den vorliegenden Erkenntnissen bestand und besteht keine Gefahr für uns", dann lügt er, denn eine (amtlich erlaubte) Zerfallsaktivität von 500 Becquerel pro Liter Milch von Jod 131 entspricht einer Belastung der Schilddrüse von 175 Millirem. Erlaubt - also als im statistischen Mittel nicht gesundheitsgefährdend betrachtet - sind pro Jahr nur 90 Millirem. In Isotopenlabors müßte solche Milch als radioaktiver Sondermüll behandelt werden.

Es hat offensichtlich niemand für einen solchen GAU vorgeplant, in der

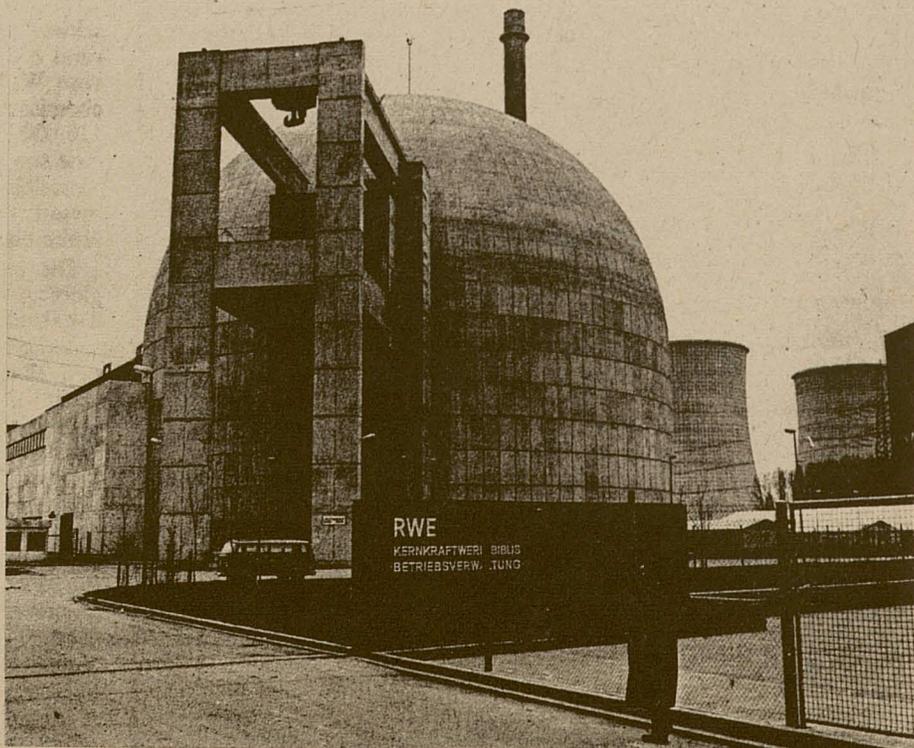
Tat eine Richtlinienlücke. Flugblätter gab es bislang auch nicht, unsere Gesundheitsministerin läßt aber nun "verständliche" drucken. Sie könnte sich die ganze dazu erforderliche Überlegerei sparen und jenen Artikel von Frederic Vester verteilen lassen, der wahrlich Gegenöffentlichkeit herstellte, in dem ich zum ersten Mal las, daß sich die Strahlen im Körper addieren, warum natürliche oder immaterielle Strahlung nicht mit der in Tschernobyl entwichenen verglichen werden darf, warum generell Lebewesen mit Stoffwechsel gefährdet sind und was biologische Halbwertzeit bedeutet.

EG GEGEN DEN REST

Auch jenseits der deutschen Grenzen gaben die Regierungen kein überzeugenderes Bild ab. Innerhalb der EG

konnte man sich nach zwei Wochen (!) darauf einigen, daß keinem Mitgliedsland in die jeweiligen Grenzwerte hineingepuscht werden durfte. Also exportierte Italien weiter verseuchtes Gemüse, was der eigenen Bevölkerung nicht mehr zugemutet werden durfte, und die Bundesrepublik muß keine Einbußen im Export ihrer Molkereiprodukte hinnehmen.

Auf eine Gruppe zu bestrafender Länder einigte man sich blitzartig: die Ostblockstaaten. Die dürfen, wie in Sippenhaft, von der die DDR ausgenommen wurde, bis Ende Mai nichts in die EG importieren. Falls dieser kategorische Stopp gesundheitspolitische Gründe gehabt haben sollte - warum gibt's dann für schwedische und österreichische Lebensmittel keine Restriktionen? Statt Sorge um die Gesundheit doch wohl nur Sorge um's prosaische Handelsdefizit. HILFLOSSES GEKICHER



"CHANCEN FÜR EINEN AUSSTIEG AUS DER

Wären die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe nicht so fürchterlich, hätten wir wahrlich Grund zu unentwegtem Kichern.

So entblödet sich der oberste Strahlenschützer Oberhausen (vor dem Pfingstwochenende) nicht, pauschal zu entwarnen, nach bisherigem Wissensstand seien keine Langzeitschäden zu befürchten, und Strahlen-Grenzwerte seien bloß noch für Milch und Blattgemüse erforderlich. Und wichtigst: Schwangerschaftsabbrüche völlig un gerechtfertigt. Das war übrigens zu dem Zeitpunkt, als noch nicht bekannt war, ob die sowjetischen Kamikaze-Buddler die Durchschmelzung des Reaktorkerns hatten verhindern können.

DER EIGENE BAUCH

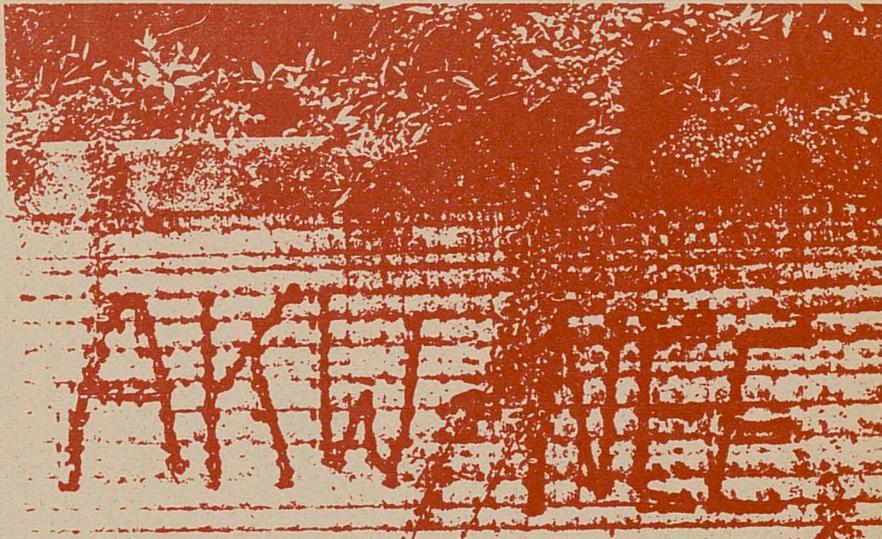
Verdienste um die Aufklärung der Bevölkerung erwarb sich der Bundesrepublik größter Bauernführer, Freiherr von Heeremann. Just zu dem Zeitpunkt, als vielen Verbrauchern dämmerte, der Verzehr von Joghurts und Milch sei nicht ratsam, ließ der Freiherr in absurder Ehrlichkeit verlauten - Ätsch! - jeder nicht verkaufte Liter Frischmilch werde natürlich zu Milchpulver verarbeitet und in den Handel gebracht.

Richtig faßbar wurden die Konsequenzen der radioaktiven Wolke für viele erst mit der wachsenden Ratlosigkeit, wie denn nun am ungefährlichsten der eigene Magen gefüllt werden konnte. Schon lange nicht mehr so gern Apfelsinen aus Chile und Äpfel aus Südafrika gegessen. Alles nur Panikmache?

Von der ganzen Unkerei ließen sich einige ostentativ und überhaupt nicht aus der Ruhe bringen. Adolf Birkhofer zum Beispiel, der Vorsitzende der Reaktor-Sicherheits-Kommission, ver-

zehrt den ganzen Tag Salat und Spinat, während sein 13jähriger Sohn die Mitschüler zu beruhigen sucht. Hans Blix, Chef der Wiener Internationalen Atomenergiebehörde, sucht auch etwas: "Idiotensichere Reaktoren!" Hat er auch schon gefunden (nämlich den 'Kugelhaufen'-Hochtemperaturreaktor). Herr Birkhofer wiederum antwortet auf die weißgott zahme Frage: "Gibt der Unfall in der Sowjetunion Anlaß, die deutschen Atomkraftwerke zu überprüfen, wie es von etlichen Politikern gefordert wird?" mit "Die Reaktor-Sicherheits-Kommission hast sich diese Frage sofort gestellt." Der Aktionismus greift sozusagen um sich.

AKTION?



Aber wo? Die taz bohrt jeden Tag ein bißchen dringlicher, wo denn der neuformierte AKW-Widerstand bleibe; alte Kämpen krabbeln aus ihren privaten Löchern, und Robert Jungk fordert den Ausstieg der Arbeiter aus den Arbeitsplätzen der Nuklearindustrie sowie "Hunderte faszinierender Projekte zur Wiedergutmachung der Techniksäden". Recht hat er, "das Unmögliche" zu fordern, nur wo und wie durchsetzen?

Autonome konnten sich mit dem Rest des Protestspektrums für die Brokdorf-Demo am 7. Juni weder auf einen gemeinsamen Aufruf noch auf eine Demonstrations-Leitung einigen.

Unter den Organisationserproben macht sich eine gewisse Hilflosigkeit breit, wohin die aufhorchenden und informationsgierigen Mitbürger zu agitieren seien. Hoffnungsträger Joschka F. sieht unter den erwartungsvollen Blicken so vieler noch schicker verquollen aus als sonst, kann den Ausstieg aber nun auch nicht alleine exerzieren.

Als erfolgversprechende Aktionsform wird von bewegten Berlinerinnen der "Gebärstreik" ins Spiel gebracht - ein ziemlicher Humbug. Über frauenbewegte Reaktion auf die Ergebnisse amtlicher-männlicher Nuklearpolitik schrieb Annegret Stopczyk am 26. Mai in der taz über die Grenzen unserer Phantasie, die wir es noch nicht gelernt haben zu begreifen, daß auch Gefahren tödlich sein können, die wir nicht begreifen können. Nun gelte es aber, jene "maskuline Zivilisation" zu überwinden, die als "Staatskörper" "unseren" (der Frauen und Kinder) "Leib" zu vernichten versuche.

Ob sich die maskuline Zivilisation primär an Leibern - und nicht ebensosträflich an den Köpfen - zu vergrei-

fen sucht, bezweifle ich.

Es ist ja wenig dagegen zu sagen, wenn sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen, ihrem jeweiligen zentralen Interesse gemäß, eigene Protestformen einfallen lassen. Aber sie denunzieren die hinter ihnen stehende Bewegung, wenn sie so hanebüchene Vorschläge machen:

"Frauen könnten massenhaft zu den Ärzten gehen und Sterilisationswünsche äußern. Der Effekt auf die herrschenden Politiker wird durchschlagend sein, weil die Ärzte ihnen alle Vorkommnisse mit den Frauenleibern melden, da er noch immer nicht uns allein gehört. Die Sterilisationsauseinandersetzung läßt uns hautnah die Verstaatlichung unseres Körpers nachvollziehen und bekannt machen."

Mit dem Nachdenken ist es noch lange nicht am Ende, und zu tun bleibt noch mehr. A propos Ende: es stimmte nicht ganz, daß ich oben schrieb, es gebe keine Richtlinien für derlei "Heimsuchungen". Bei der Ausnahme handelt es sich um die endgültige Lagerung unserer Lieben Verseuchten: "Die Feuerbestattung radioaktiver Leichen ist im Falle von Jod-125 und Jod-131 bis zum tausendfachen, sonst bis zum zehntausendfachen der Freigrenzen zu genehmigen."

Jutta Koch

Literatur:

Alexander Roßnagel, *Bedroht die Kernenergie unsere Freiheit, Beck'sche Schwarze Reihe*, München 1983

Frederic Vester, "Wenn der Körper selbst zur Strahlenquelle wird", *Süddeutsche Zeitung* Nr. 109, 14. Mai 1986, S. 13

KERNENERGIE STEHEN SCHLECHT"

Am Anfang lag Finsternis überall
plötzlich
hatte jemand die Idee:
"Es werde Licht,
werde schön!"

aber
Da kam
eine Stimme brüllend:
Spinnst du !?
laß' uns weiter schlafen
Massoud

Verzweiflung I

Die Kerzen
waren alle zu teuer
Aber
sie sind überall braun

In Lächeln
zerreißt sie
seine letzte Milchtüte
(In der Dämmerung nichts bleibt)
und zündet sie
an ihren blutlackierten Fingern an

Verhaftet auf dem Tablett
scheiße ich lächelnd
auf die Zivilisation
(wo nichts taugt nichts)
Dreimal täglich

Oh Mann!
Die eingelegte Gurke
in ihrem Gewand aus Seide
findet keine Heimat.
Was wäre eine tief verliebte Hose
ohne SIE?

Lissy

Paare

Du schiebst dein rotes Fahrrad durch die Stadt
Um unsre Füße sausen seine Reifen
Auf Kopfsteinpflaster springt der Sattel wild
Und kleine Hände müssen kräftig greifen
Das Marktweib lächelt blutradieschenmild
Die kann auch herzlich mit dem Schutzmann keifen
An deiner Seite sambatanzt das Rad.

Christian Eicke

GEDICHT ET

Rheinischer Karneval

Lautlos verharren die dunklen Gewässer
und kreisen im Stillen

Schritte der lärmenden Scharen verhallen
am anderen Ufer

Reif in den Bäumen beginnt zu erfrieren
die Schatten schwinden

Nur noch im Saume des Waldes bewahrt sich
die Sehnsucht des Tages

Christian Löhr

Kerker

Jahrelang suche ich Worte

Unsagbares auszudrücken

Täglich stammle ich Silben

Täusche mich mit Hülsen

Aber die Wahrheit bleibt unvergessen

Christian Löhr

Die Mytra 1)

Geheiligt sei Mytra
Gesegnet sei
das prächtig volle Rot
Voller Wahn
die mächtig glüht

Du
entflammende
das Sein

Du
entflammende
das Nichts

in Deinen Haaren
gefangen
zu Kniestern
und
der Sinne betrunken
in einem Traum
Du
Tanzt sonderbar
Wenn wir auch schreien
zu Schutt und Asche
werden doch
der Rauch
ein Hauch aus einem kleinen Kenia...

Massoud

- ANZEIGE -

Bonner Studenten Fahrschule
Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch	von 17.00 bis 18.30 Uhr
Freitag	von 9.30 bis 11.00 Uhr
Unterricht Mittwoch	von 18.30 bis 20.00 Uhr

1)Die Göttin-die Sonne-das Feuer

Wer dichten will, der fäte gut,
er macht' es so, wie's Goethe tut.
Erich Mühsam, 1904

Poesie

NORD - RHEINISCHE WORTE

1. bonner landestreffen der autoren

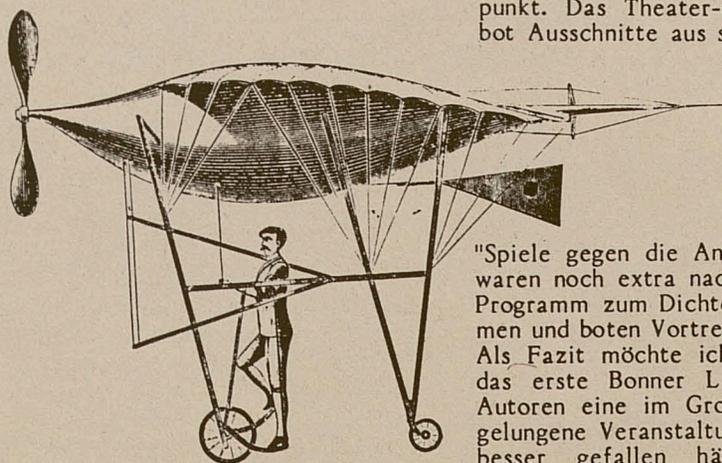
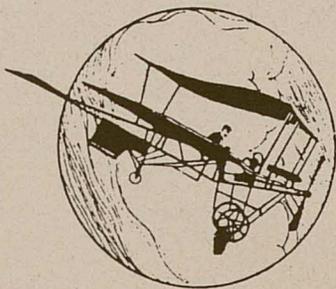
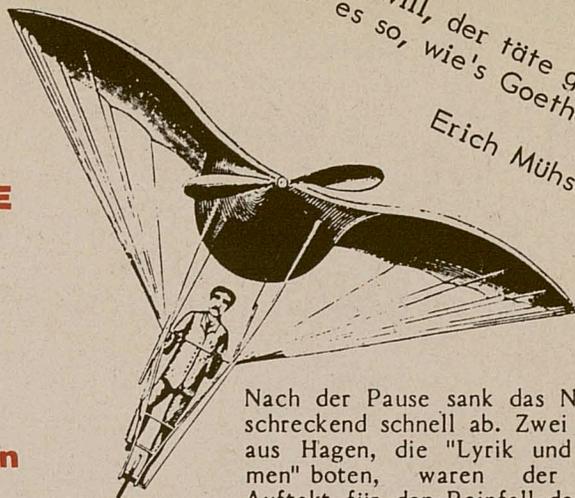


Das 1. Bonner Landestreffen der Autoren fand am 26. April im Kulturforum im Bonn-Center statt. Organisiert wurde die Veranstaltung, die unter dem Motto "Nord-Rheinische Worte" stand, vom Bonner Literaturverein, der auch als Gruppe 84 bekannt ist und die Bonner Literaturzeitschrift "Bonnmot" herausgibt.

Das Treffen begann bereits am Nachmittag mit Büchertischen, Diskussionsforen mit Schriftstellern, Buchhändlern und Pressevertretern, sowie mit Spontanlesungen der Autoren, die für das Abendprogramm nicht berücksichtigt worden waren. Leider liefen diese Lesungen und die Diskussionen parallel ab, so daß mensch sich entscheiden mußte, was er hören wollte. Ich entschied mich für die Lesungen und muß sagen, daß zum Teil Besseres geboten wurde als in der Prominentenveranstaltung am Abend. Diese begann um ca 19.30 h mit der Lesung von Barbara Bock-Grabow, die ohne Zweifel besser schreiben als vorlesen kann. Nach ihr hatte der Star des Abends, der renommierte Dortmunder Schriftsteller Josef Reding, seinen Auftritt. Seine Vorträge wurden vom Publikum stürmisch gefeiert. Besonders eine Kurzgeschichte zur Problematik eines Zivildienstleistenden in einer psychiatrischen Anstalt gefiel besonders, was sowohl an den klaren Gedanken und dem schlichten Stil Redings lag, als auch an dem engagierten Vortrag des Künstlers lag. Nicht vergessen werden dürfen aber auch seine "Brockstiepeleien", hinter-sinnige Sehr-Kurzgeschichten, die sich nur mit Brechts Geschichten vom Herrn Keuner vergleichen lassen. Im Anschluß daran wurde ein Theater-

fragment aufgeführt, das Udo Weinböner verfasst hatte und das von der Theatergruppe "R.A.G.-Time" dargestellt wurde. Es befaßte sich mit den Problemen einer jungen Frau, die von den Nazis zwangssterilisiert worden war, und im Nachkriegsdeutschland

vergebens um ihr Recht zu kämpfen versucht. Den Abschluß dieses ersten, wohl gelungenen Teils des Abends bildete der Auftritt des Bonner Jazzduos "Chicago Footwarmers", die flotte Musik boten, aber leider schon etwas in der anhebenden Pausenstimmung untergingen.



Nach der Pause sank das Niveau erschreckend schnell ab. Zwei "Dichter" aus Hagen, die "Lyrik und Aphorismen" boten, waren der würdige Auftakt für den Reinfall des Abends, eine groß angekündigte Multi-Media-Show mit neuen Gedichten des Bonners Jodock Nachtdichter. Das große Vorhaben scheiterte nicht nur an mangelhafter Technik (die auf eine Leinwand projizierten Texte waren nicht zu lesen) sondern vor allem an den gestelzt platten Wortgebilden des Dichters. Allein der Synthesizer-Spieler Attila Chifci konnte noch überzeugen.

Danach war es schon recht spät und der Tiefpunkt glücklich überwunden. Der Bochumer "Arbeiterdichter", wie er sich selbst vorstellte, Christian Sczesny hatte Publikum und Lacher wieder ganz auf seiner Seite. Die beiden Bonner Ernst-Edmund Keil und Ludwig Verbeek waren nicht überragend, aber auch nicht schlecht. Besonders der Vortrag E.E. Keils hätte überzeugen können, wenn die Zeit nicht bereits soweit fortgeschritten gewesen wäre, daß die Zuhörer mehr gegen den Schlaf kämpften, als sich auf die Dichter konzentrieren zu können. Zu guter Letzt, der Zuschauer-saal hatte sich nach Mitternacht schon spürbar geleert, noch ein Höhepunkt. Das Theater-duo "Die Raben" bot Ausschnitte aus seinem Programm

"Spiele gegen die Angst". Die beiden waren noch extra nach ihrem eigenen Programm zum Dichtertreffen gekommen und boten Vortreffliches. Als Fazit möchte ich festhalten, daß das erste Bonner Landestreffen der Autoren eine im Großen und Ganzen gelungene Veranstaltung war, die noch besser gefallen hätte, wenn das Programm etwas gestrafft worden wäre. Ein kürzeres Programm hätte auch eine Gewähr für eine gleichbleibende Qualität bieten können und dafür gesorgt, daß auch den letzten Akteuren noch die Aufmerksamkeit aller Zuhörer entgegengebracht worden wäre.

Christian Eicke
AKUT 35

»Nur die Tiere haben keine Utopien.«

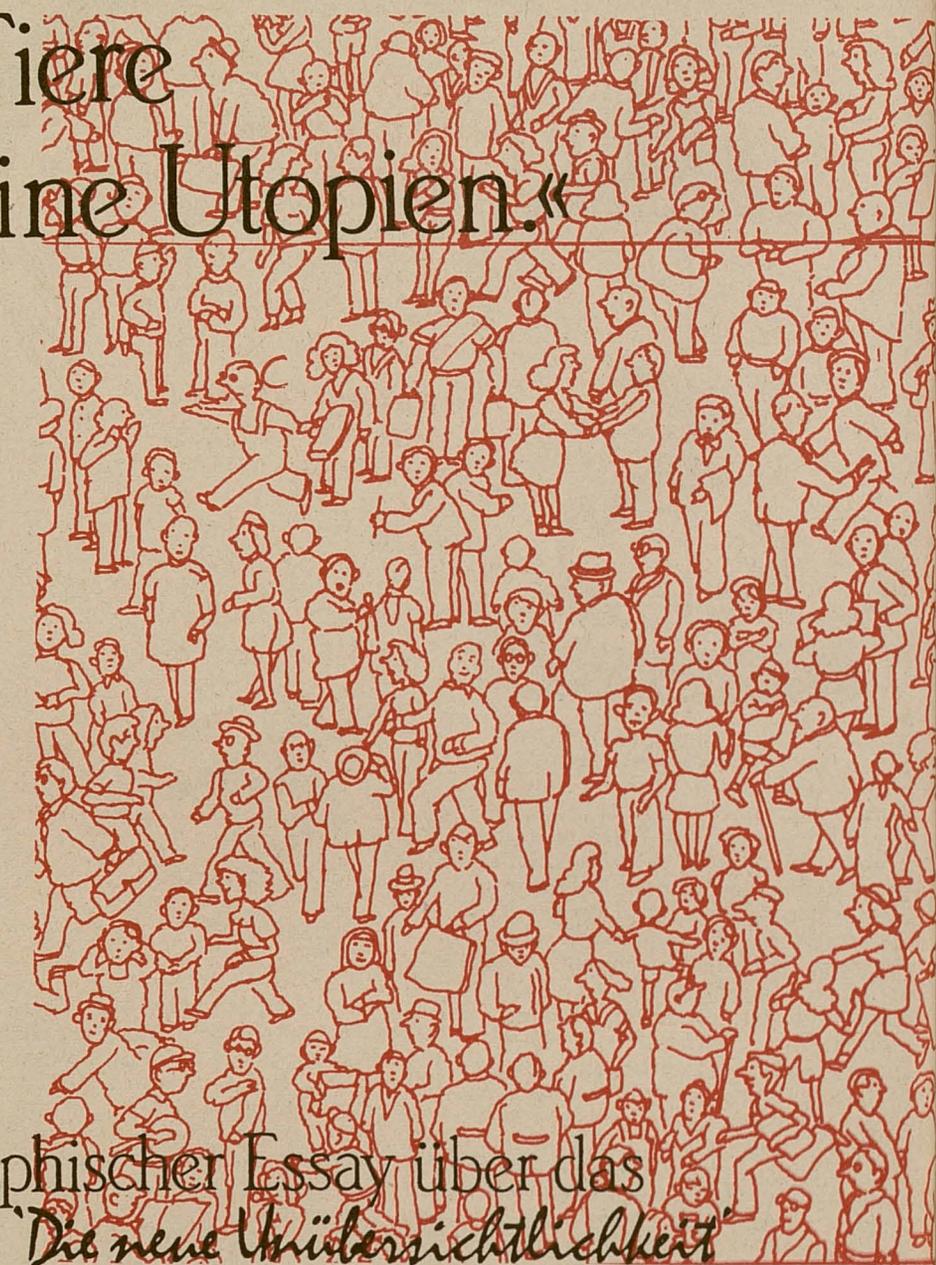
Ein der faszinierendsten und bedrohlichsten Entdeckungen der letzten Zeit ist die des Pariser "Geschwindigkeitstheoretikers" Paul Virilio: Alles wird immer schneller, die Entwicklung der Technik, die Veränderungen der Gesellschaft, unser Herzschlag. Der Fortschritt wird zum Fortsturz, die Welt vernetzt, unübersichtlich. Damit sind wir beim Thema. Alles hängt mit allem zusammen: die Existenz des Autoaufklebers "Mein Auto fährt auch ohne Wald" mit dem Wutzentrum in meinem Gehirn, Tschernobyl mit meinen Ernährungsgewohnheiten, mein Geld über meine Bank mit der

VERTEIDIGUNG DER VON INNERER KOLONIALISIERUNG BEDROHTEN LEBENSFORMEN.

Erschießung von Schwarzen in Südafrika. War der Mensch früher der Natur ausgeliefert, so heute einer durchrationalisierten, hochkomplexen Welt. Aber: "Ein universelles System, das nicht mehr Identifikationsobjekt für lebendige Subjekte ist, sinkt wieder auf das Niveau eines bloßen Natursystems herab", so der Philosoph Robert Spaemann.

Ein sozialphilosophischer Essay über das Habermas-Buch *"Die neue Unübersichtlichkeit"*

Dieses "dem-System-ausgeliefert-sein geht einher mit der "fortschreitenden Kolonialisierung von Lebenswelten" (Habermas). Michel Foucault spricht von "Normalisierung und Überwachung bis in die feinsten kapillaren Verästelungen der Alltagskommunikation". Konkret: Meine Kinder werden in der Schule erzogen, meinen Beruf erlerne ich nach genau festgelegten Regeln, zwecks Partnerfindung beuge ich mich zur Video-Partnervermittlung, notfalls zur ersten deutschen Flirtschule nach Hamburg. Offensichtlich soll meine Sicherheit im Grenzwert gegen unendlich streben, meine Freiheit und Selbstverantwortung gegen 0. Von "szientistischer Entwürdigung des Menschen" ist die Rede. Zur neuen Unübersichtlichkeit gehört also das Verschwinden des Individuums selbst ohne große Handlungsmöglichkeiten, muß es sich in die Megamaschine ein-



fügen. Die Individualität wird eine immer geringere Rolle spielen. Ich meine heute schon sagen zu können, daß die imma-

LIQUIDATION DES SUBJEKTS

nente Logik der gegenwärtigen historischen Entwicklung auf eine Aufhebung des freien Willens hinweist. Die totale Transformation wirklich jedes Seinsbereiches in ein Gebiet von Mitteln führt letzten Endes zur Liquidation des Subjekts, das sich ihrer bedienen soll. "So der alte Horkheimer. Oder hat Adorno recht mit seiner bitteren Bemerkung, insgeheim sei Verwaltungsdenken zum ersehnten Vorbild auch eines vorgeblich noch freien Denkens geworden? Aber nicht nur dem Einzelnen, sondern der Summe der Einzelnen ist die Welt unübersichtlich geworden.

Kurz: Es geht um die Selbstinterpretation der Moderne, um Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung.

HANDGEFORMTE BRÖTCHEN?

Früher: Bloch, Weltrevolution, wer zuerst aber Springerenteignung. Heute: -als kleinster gemeinsamer Nenner-handgeformte Brötchen. Hat sich -fragt W. Hochkeppel in der "Zeit"- "die Moderne zu einem automatisch abschnurrenden sozio-ökonomischen und technologischen Modernisierungsprozeß verselbständigt, der Sachzwängen unterliegt und keines sinnstiftenden Bewußtseins mehr bedarf?" Adorno befürchtet die "Unkraft des erschaffenden Gedankens, der vor der Übermacht des Weltlaufs daran verzagt, diesen zu konstruieren." Das Zeitalter der Aufklärung am Ende, identitätslos, ohne Utopie

"DER INTROVERTIERTE GEDANKENARCHITEKT WOHNTE HINTER DEM MOND, DEN DIE EXTROVERTIERTEN TECHNIKER BESCHLAGNAHMEN". (ADORNO)

(vielleicht wäre das Wort "Vision" besser)? Sieg der Eindimensionalität, Verschwinden von Alternativen, die nicht einmal mehr gedacht werden können? Was wirklich ist, wird wieder einmal für vernünftig erklärt. Max Frisch warnt uns: "Eine Politik ohne die Utopie der brüderlichen Gesellschaft ist Faschismus". Die Frage der Utopie ist also eine Frage der Werte. Aber welche?

RÜCKKEHR ZUR BIEDERMEIERLICHEN KULTUR?

Zunächst setzt Habermas sich mit dem Ansatz der Neokonservativen auseinander, der Rückkehr zu "entwurzelt, aber rhetorisch wieder aufgedümmten Traditionen". "Reflektionsstop und feste Werte" sollen verordnet werden: z.B. der heile Staat, der schon alles zum Besten regeln werde, die heile Familie, als Rückzug ins Private gedacht, oder die heile Religion, die sich der amerikanischen Show-Religion annähert, pietistisch ist statt menschlich engagiert. Bitterböse wird all dies "Ideologieplanung" genannt.

ZIELLOSE PROVOKATION?

Seine eigene Theorie entwickelt Habermas jedoch vor allem in seiner Auseinandersetzung mit der "Postmoderne". Hier geht es um die Grundfrage, ob die Aufklärung am Ende sei, nicht gerade sie die Durchrationalisierung und Verwaltung der Welt verschuldet habe? Können wir, wie Derrida meint, "der Tretmühle des abendländischen Logozentrismus nur durch ziellose Provokation entkommen? Foucault, auf Nietzsche sich berufend, sieht als einzige Kontinuität in der Geschichte die des Machtdenkens. Habermas wirft ihm und anderen Postmodernen vor, ihre Botschaft erstickte den letzten Funken von Utopie und von Vertrauen der westlichen Kultur in sich selbst.

ES GEHT UM DAS VERTRAUEN DER WESTLICHEN KULTUR IN SICH SELBST.

Die Utopielosigkeit der Postmodernen ("wir sind sowieso Gefangene der Megamaschine") stehe derjenigen der Konservativen in nichts nach ("keine

Alternative zu Wirtschaftswachstum denkbar, Ausstieg aus der Atomenergie unmöglich"). Habermas dagegen - jetzt endlich kommen wir zu seinem Ansatz - will das Projekt der Moderne fortsetzen.

VON DER ARBEITSGESELLSCHAFT ZUR KOMMUNIKATIONSGESELLSCHAFT

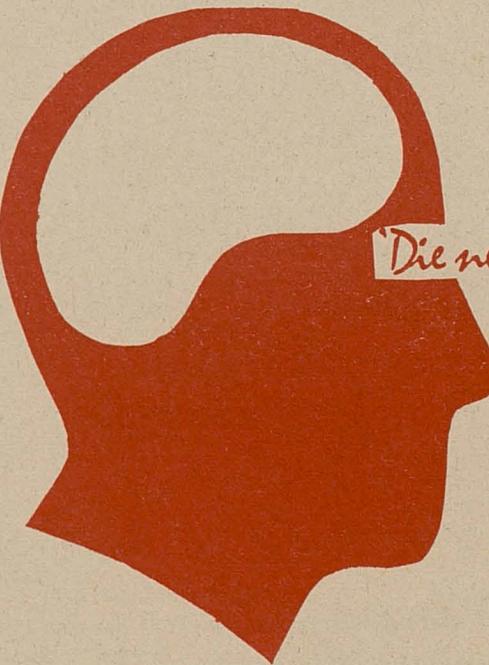
Die Aufklärung müsse sich über sich selbst aufklären, ihre Eindimensionalität überwinden. Gescheitert sie nicht das Vernunftdenken, sondern die Vernunft selbst habe sich zu rein zweckrationalen, instrumentellen Teilvernunft absolutiert. Vernunft, so sagt C.F.v. Weizsäcker, sei mehr als das technokratische, auf Machbarkeit zielende Verstandesdenken: die "Wahr-



nehmung eines Ganzen" nämlich. Diese Interpretation gesteht der Moderne also auch lichte Seiten zu: So besteht Habermas darauf, daß die Errungenschaften der Moderne erhalten werden, so z.B. die "formalen Merkmale des bürgerlichen Rechts- und Verfassungsstaates".

ERHALT DES RECHTSSTAATES

Zwar sieht auch Habermas das gegenwärtige Fehlen von Zielvorstellungen, jedoch bestreitet er, daß die utopische Kraft der Moderne verbraucht sei. Am Ende seien nur die Utopien der Arbeitsgesellschaft: Die Hoffnung sei aufzugeben, daß "Selbstbetätigung mit dem materiellen Leben noch zusammenfallen könne". Das absehbare Ende einer vor allem durch Arbeit geprägten Gesellschaft veranlaßt Habermas, den Übergang zur Kommunikationsgesellschaft und zur Kommunikationsutopie zu verkünden: die Rück-



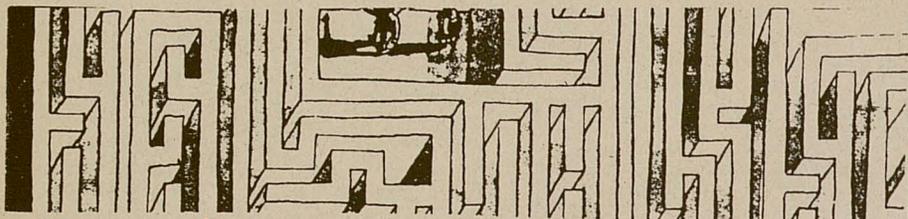
Die neue Unübersichtlichkeit

eroberung von "Lebenswelt", Handlungsspielräumen, persönlicher Verantwortung und Möglichkeiten der Einflußnahme auf den angeblich von selbst ablaufenden Gesellschaftsprozess. Die Verwaltung und Planung von Lebensformen sei zu weit gegangen. Ist es nicht paradox, daß z.B. die Spielbedingungen für Kinder in den südamerikanischen Slums oft besser sind als in unseren Betonsiedlungen?! Die "Verteidigung der von innerer Kolonialisierung bedrohten Lebensformen" führt zur Erkenntnis: "Mit der

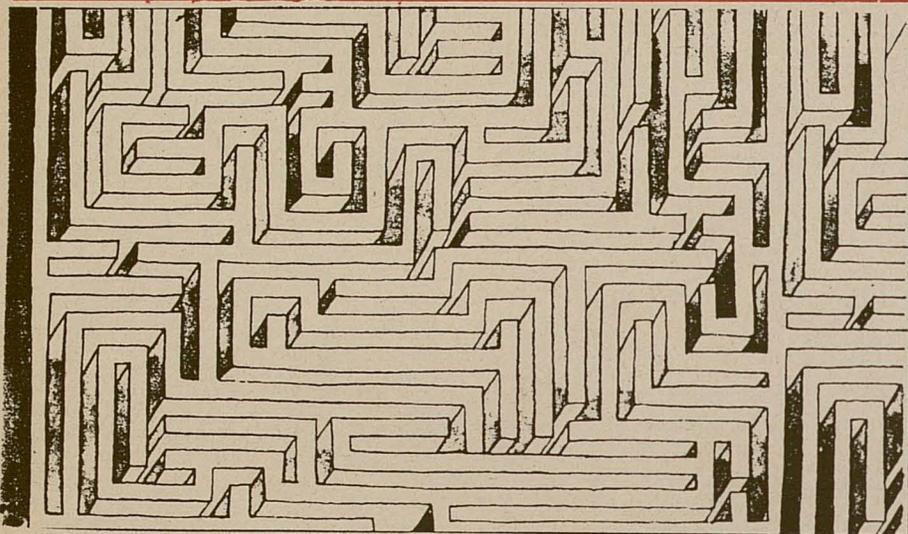
- ANZEIGE -

UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG
Bouvier
 BONN · AM HOF 32 - FÜRSTENSTRASSE 3
 GEGENÜBER DER UNIVERSITÄT ☎ 729010





'Die neue Unübersichtlichkeit'



Hervorbringung von Lebensformen ist das Medium Macht überfordert".

SMALL IS BEAUTIFUL

Vorbedingung für die Zähmung der Unübersichtlichkeit wird die Erkenntnis sein, daß wir zu kleineren Lebensformen zurückkehren müssen. Kleinere Unis, Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Fabriken, Städte. Schon werden die ersten Wohntürme gesprengt (der angeblich unaufhaltsame Fortschritt!). Mehr noch läßt sich fordern, um der Megamaschine zu entkommen: z.B. keine Behinderung von Eigeninitiativen wie der "Kritischen Uni", staatliche Unterstützung für selbstorganisierte Kindergärten und Altenheime.

MIT DER HERVORBRINGUNG VON LEBENSFORMEN IST DAS MEDIUM MACHT ÜBERFORDERT

All dies mag sich anhören wie ein Rückzug auf mehr oder weniger private Lebensbereiche. So aber wäre die Vision von der Kommunikationsgesellschaft falsch verstanden: Sie ist umfassender, bezieht sich auf alle Bereiche gesellschaftlicher Kommunikation. Auch der politischen, die Habermas dadurch gefährdet sieht, daß die Parteien nicht mehr der eigentliche Ort von Meinungsbildungsprozessen sind, sondern vor allem Erzeuger von Massenloyalität, das einfache Parteimitglied also Stimmvieh ist.

RÜCKEROBERUNG VON LEBENS- WELT

Diese Konkretisierungen sind übrigens nicht von Habermas, sondern von mir gewählt, um die Richtung, den Rahmen dieser Kommunikationsgesellschaft aufzuzeigen. Mehr darf nicht geschehen - der aufmerksame Leser hat es längst gemerkt - denn: Gerade weil es um freie, sich selbst ent-

wickelnde Formen, um Spontaneität, Freiräume des Handelns geht, lassen sich nur "allgemeine Bedingungen für ein Verfahren der diskursiven Willensbildung" auszeichnen, welche die Beteiligten selbst in die Lage versetzen könnten, konkrete Möglichkeiten eines besseren und weniger gefährdeten Lebens nach eigenen Bedürfnissen und Einsichten aus eigener Initiative zu verwirklichen.

ELEMENTARE ANARCHIE?

Habermas weist ausdrücklich auf die Gefahr hin "der Verwechslung einer hochentwickelten kommunikativen Infrastruktur möglicher Lebensformen mit einer bestimmten, im Singular auftretenden Totalität des gelungenen Lebens".

Ist es Jürgen Habermas gelungen, wenigstens etwas Licht ins Dunkel zu bringen, Wege aus der Unübersichtlichkeit zu zeigen, von der er selbst zugibt, sie sei zum Teil "objektiv"? Sicher aber ist das Ziel der Kommunikationsgesellschaft ein großes Ziel, von dem wir noch weit entfernt sind. Die Gegenbewegung zur Megamaschine und zur Verwaltung jedes Einzelnen hat ja gerade erst begonnen.

"Ich sehe vor uns ein großes Reich, das noch leer ist. Laßt die Illusionslosen böse grinsen: die Illusion ist die Kraft der Vision, und die Vision ist wahr."

(Peter Händke, Über die Dörfer)

Paul Liening

Literatur: Jürgen Habermas, Die Neue Unübersichtlichkeit (suhrkamp 1321)

Titel: Max Frisch

Wir, Heidi & Michaela, haben die Idee, eine Zeitung für alle Frauen der Uni Bonn ins Leben zu rufen

Welche Frauen haben Lust, mit uns die Redaktion der

BAMBUS
(sprossen)

mitzugründen und mitzugestalten?

Für uns ist wichtig:

- 14-tägiges Erscheinen
- wir wollen alles drucken, was Euch bewegt (ohne Zensur)
- Termine/Infos/Lyrik

Ruft alle an:

225825

(Heidi)

"Einer der interessantesten Musiker ist STEPHAN MICUS: "Weltmusiker" in einem vollkommenen Sinne. Micus spielt eine Zither aus Bayern, Bambusflöten aus Japan, Instrumente aus Bali, aus Indien und Tibet, den Dudelsack aus Schottland... Jahrelang ist er durch Asien gepilgert und hat die dortigen Instrumente studiert. Er spielt sie aus einer inneren Nähe zu ihrer Tradition und Spiritualität, ihre Klänge zusammenfügend zu einem musikalischen Fluß, in dem der Strom des inneren Bewußtseins hörbar zu werden scheint.

Joachim Ernst Behrendt,
(Jazz-)Publizist

Ein Konzert von Stephan Micus

Diese Musik läßt Raum für Gedanken, Assoziationen, Empfindungen. Stephan Micus spielt allein, lange Titel, die langsam, nachvollziehbar aus der Stille wachsen. Sie ist live, auch und gerade weil die Verbindung zwischen dem Menschen auf der Bühne, dem Musiker, seiner Persönlichkeit, seinen Erfahrungen und seiner Musik ständig spürbar ist. Musik und Musiker sind eins, von Entfremdung keine Spur.

nas über das Hochland Malaysias zu den neu entdeckten Urvölkern auf den Phillipinen. All das ist jetzt verfügbar... Worauf es jetzt ankommt: das ist eine Hör- und Sehweise durch die Kulturen hindurch."

Roswell Rudd,
Musiker und Musik-Ethnologe

Stephan Micus (wie heute viele andere Musiker, vor allem des Jazz) spielt

Musik als Ausdruck menschlicher Erfahrungen

Auf der Bühne liegt ein Teppich, darauf einige Instrumente. Die wenigen Zuhörer sind ruhig, private, fast intime Atmosphäre im Kulturforum. Die Hauptperson des Abends betritt die Bühne, barfuß, setzt sich in den Schneidersitz. Er begrüßt die Zuhörer, bietet an, nach dem Konzert Interessierten Auskunft über die von ihm gespielten Instrumente zu geben. Zur Eröffnung ein langsames Stück, gespielt auf einer balinesischen Flöte, der suling.

"Musik ist das, was sie im Ohr des Menschen weckt."

Dita von Szadkowski,
Jazzpublizistin

Es ist anstrengend zuzuhören, konzentriert zu bleiben. Micus' Tongedichte sind das Gegenstück zur Radiomusik von heute, den substanzlosen Massenprodukten mit reinem Ablenkungswert. Gerade die Musik-Industrie bemächtigt sich zunehmend der Musik der "Dritten Welt", der Karibik, Indiens, Afrikas, völlig losgelöst von ihren Jahrhunderte alten kulturellen Verflechtungen als exotisches Beiwerk ausgeschlachtet.

"Erst jetzt fangen wir an zu begreifen, das es das wirklich gibt - als eine spielbare Musik: Weltmusik ... Wir hören heute die Musik der ganzen Welt - von den Urwäldern des Amazo-

Instrumente aus aller Welt und singt ohne erkennbaren Bezug zu einer Sprache: Er sucht in allen (Musik-) Kulturen die Klangfarben, die er benötigt, um sich (musikalisch, menschlich) auszudrücken. Er lebt und lernt in diesen Kulturen, erfährt ihr Wesen und ihre Eigenarten.

* * *

"Der geistig neuen Musik geht es darum, aus allen Musiktraditionen zu lernen, vergessene Hintergründe aufzuspüren und die ursprüngliche Funktion der Musik, ihre Bindung an tiefste menschliche Erfahrungen, wieder ins Licht zu rücken ..."

Peter Michael Hamel,
Musiker und Komponist

* * *

Das Konzert endet wie es begonnen hat: mit einem Flötenstück - knapp anderthalb Stunden sind vergangen. Die Zuhörer sind immer noch ruhig, gehen langsam nach Hause, einige in die Garderobe, um die versprochenen Informationen zu erhalten. Am Ende bleibt ein starker Eindruck von einem nicht alltäglichen Konzert zurück, das einen Musiker vorgestellt hat, der einen neuen Typus repräsentiert: den "Weltmusiker".

Jürgen Brües

Discographie Stephan Micus:

Implosions
Till the End of Time
Behind Eleven Deserts
Koan
Wings Over Water
Listen to the Rain
East of the Night
Ocean
(alle JAPO/ECM)



Stephan Micus mit der Sarangi, einem dem Cello verwandten Streichinstrument aus Indien

»ICH BIN, ICH WAR, ICH WERDE SEIN.«

Daß Rosa permanent ihre Katze Mimi streichelnd und Blumen züchtend im Gefängnishof durch den Film lief - das hatte ich eigentlich erwartet nach den hämischen Verrissen. Die waren entweder von als 'fortschrittlich' ausgewiesenen Männern oder gleich von Journalistinnen - faktisch noch günstiger - geschrieben worden.

Die Regisseurin Margarethe von Trotta scheint ausgesprochen gern in Fettnäpfchen quasi hineinzuspringen. Sie, die mit ihren Filmen von der "Bleiernen Zeit" bis zum Luxemburg-Film Spurensicherung betreibt, kann bei vielen westdeutschen Kritikern keine Lorbeeren mehr ernten. Die Kränkungen, die ihr diese nur schlecht verhüllten persönlichen Attacken zufügen, wollen viele nicht verstehen, und werfen ihr Weinerlichkeit vor. Weinerlich finde ich's eher, wenn Herr Schober (ZEIT) befremdet und ergriffen schreibt, "das Kino ist eine Frau" eigentlich (ah ja?, d. S.). Oder Herrn Karasek vom SPIEGEL, der sich müde über das zeitgeistgemäße "Gesinnungskino" mokiert, womit er den Luxemburg-Film schlechterdings nicht gemeint haben kann.

JÜDISCH HINKELND FRAU

Es war und ist ganz und gar nicht zeitgemäß, solche "Gesinnung", oder unpolemischer, solche politische Meinung zu vertreten, wie Rosa Luxemburg es tat. Und sie nicht nur

zu beschreiben, sondern sie auch zu leben, mit dem dreifachen Makel des jüdisch-Seins, der körperlichen Versehtheit und des Geschlechts geschlagen.

Ihre Zugehörigkeit zum jüdischen Glauben war noch nicht lebensgefährlich, sie lebte ja auch nur bis 1919. Abgesehen davon waren die Luxemburgs seit der Großelterngeneration Rosas bereits assimiliert.

Das Hüftleiden scheint sie gequält zu haben, aber es ließ sich gut tarnen unter den langen Röcken, und sie blieb immer eine begeisterte Spaziergängerin, was je nachdem als Überkompensation oder als Gier nach frischer Luft zu interpretieren wäre, wenn sie mal gerade nicht im Kittchen saß. Und was das dritte "Manko", das Frausein, anging, so hat sie sich dazu nie klagend, theoretisierend, emanzipatorisch geäußert. Ihr Geschlecht war ihr noch nicht einmal ein Nebenwiderspruch.

Rosa Luxemburg muß bei ihren Zeitgenossen ungeheure Irritationen hervorgerufen haben. Was war denn auch von einer kleinen, "unhübschen", langnasigen gebürtigen Polin zu halten, die durch Scheinehe Deutsche wurde, die auch noch fließend russisch sprach? Die im Dorado der Exilanten, in Zürich, Botanik und Mathematik und Öffentliches Recht studierte, um 1897 Doktorin der Nationalökonomie zu werden? Deren Heimat zunächst die Sozialdemokratie war; kein Land,

kein Ort, nirgends, aber auch überall, nämlich der Internationalismus der Arbeiterbewegung? Ihre Theorie von der Spontaneität der Massen hielt sie felsfest für Realität.

Sie erschütterte Lenin und später die saturierte Ebert-SPD in ihren Grundfesten, indem sie gegen Cliquenwirtschaft innerhalb der Partei und wider den Herrschaftsanspruch weniger stritt. Ungerührt knöpfte sie sich auch das SPD-Monument, den Revisionismus-Erfinder Bernstein vor, der noch Sekretär von Engels in London gewesen war. Sie war rührend altmodisch in ihrem Glauben an das Gute und den Tatendrang der Menschen. Ihr politischer Anspruch war antitotalitär, sie bekämpfte Lenins Auffassung von der Avantgardefunktion der Intellektuellen. Nicht das Schreiben, sondern die Aktion bildet das Bewußtsein. Revolution und Demokratie waren notwendig Zwillinge. Rosa Luxemburg dachte klarsichtig, war oft verzweifelt, aber wohl kaum jemals ohne persönlichen Mut.

DER FILM

Wie kann ein Film über eine solche Frau aussehen? Trotta leistet sich den Luxus, ausschließlich ihre Sicht der Dinge zu bebildern. Sie liefert sehr wenig politischen Hintergrund, keine belehrende Stimme aus dem Off. Etliche Szenen, wie die Abwiegung



des blutig-sinnlosen Spartakus-Aufstandes, erschließen sich nur denjenigen, die sich in der Geschichte dieser Zeit auskennen. In einigen Rückblenden des Films spricht Rosa polnisch, und es wird nicht unbedingt klar, daß sie das tun kann, weil sie aus Südostpolen stammt. In einer anderen Szene pöbelt sie beim Abendessen mit lieben, vorsichtigen älteren Männern jemanden an, der von den anderen August (Bebel) genannt wird. Eine gütig dreinschauende Frau mit grauem Knoten sitzt auch dabei. Das ist Clara Zetkin, die aber nicht allzuviel sagt, sie ist mit Rosa befreundet. Mit dieser Szene sagt Trotta das aus, was sie über die Vorkriegs-SPD zu sagen gedenkt.

Rosa sitzt ständig im Gefängnis, noch häufiger schreibt sie Briefe. Sie tröstet, auf dem Rundgang im Gefängnishof, ihre Besucher, die an den Wirren ihres Lebens draußen zu verzweifeln drohen.



recht machen. Margarethe von Trotta hätte ohne ihr großes persönliches Interesse an Rosa Luxemburg sicherlich keinen Film über sie gedreht. Ihre Sympathie und Bewunderung für die Politikerin ist überall zu sehen und zu

weshalb der Regisseurin eine unpolitische, weinerliche Darstellungsweise vorgeworfen wurde. Eine Revolutionärin, die tierlieb ist und sich um ihr Herbarium kümmert, wird dadurch noch nicht automatisch ihrer politi-

MARGARETHE VON TROTTA SPÜRT DEN SPUREN ROSA LUXEMBURGS NACH

Zu allem Überfluß ist die Revolutionärin kein blutleeres Politmonster, sondern sie liebt auch. Mehrere Männer in ihrem Leben, und einen am intensivsten. Er hieß Leo Jogiches, war 1867 in Wilna geboren (also vier Jahre älter als sie). Er war 16 Jahre lang ihr Lebensgefährte, und nach dem Bruch blieb er ihr in der politischen Arbeit eng verbunden. Eine der Schlüsselszenen ist die, in welcher ihr Jogiches 1907 einen Seitensprung gesteht, woraufhin sie die Beziehung kompromißlos und unter großen Schmerzen beendet. Offensichtlich - d.h. ihren theoretischen Schriften und den über 2000 erhaltenen Briefen zufolge - machte sie keinen Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Leben, was ihre grundlegenden Prinzipien angeht: radikale Ehrlichkeit, kein Zurückweichen vor persönlichem Einsatz, Standfestigkeit, Stehvermögen. Zuwider waren ihr Speichelleckerei, Dogmatismus aus uneingestandener Furcht vor Positionsverlust, Eitelkeit.

DIE INTERPRETATION

Ein Film, der es sich zur Aufgabe macht, eine solche Hauptfigur mit ihren Ansprüchen und Ungereimtheiten vor-zuführen, kann es unmöglich allen

spüren, wie auch ihre intensive Beschäftigung mit der historischen Figur. So mußte das Ergebnis ihrer Rosa Luxemburg-Interpretation ein sehr persönlich gefärbtes sein.

Über den dokumentarischen Charakter des Films kann mit Fug gestritten werden. Vielleicht hätte es zu einer Dokumentation gehört, mehr Betonung auf den politischen Werdegang der Luxemburg und die Ausformung ihrer politischen Theorie zu legen. Abgesehen davon, daß meiner Meinung nach Rosas Betätigungen als Politikerin und streitbare Rednerin in dem Trotta-Film nicht zu kurz kommen - wie kann man im Kino zeigen, daß jemand denkt? Nach dem wohlthuenden Verzicht auf den allwissenden Erzähler eventuell durch eine stehende Einstellung, in der die Schauspielerin ein nachdenkliches Gesicht macht und es sich abmalen sollte, was in ihrem Kopf vorgeht?!

Merkwürdig, gerade die Szenen, in denen Barbara Sukowa versuchte, diesen abstrakten Vorgang sichtbar zu machen, stoßen beim Publikum häufig auf Unverständnis. Und das vermutlich auch deshalb, weil hier der Phantasie der Zuschauer großer Spielraum gelassen wird.

Dies waren auch die Szenen,

weshalb der Regisseurin eine unpolitische, weinerliche Darstellungsweise vorgeworfen wurde. Eine Revolutionärin, die tierlieb ist und sich um ihr Herbarium kümmert, wird dadurch noch nicht automatisch ihrer politi-

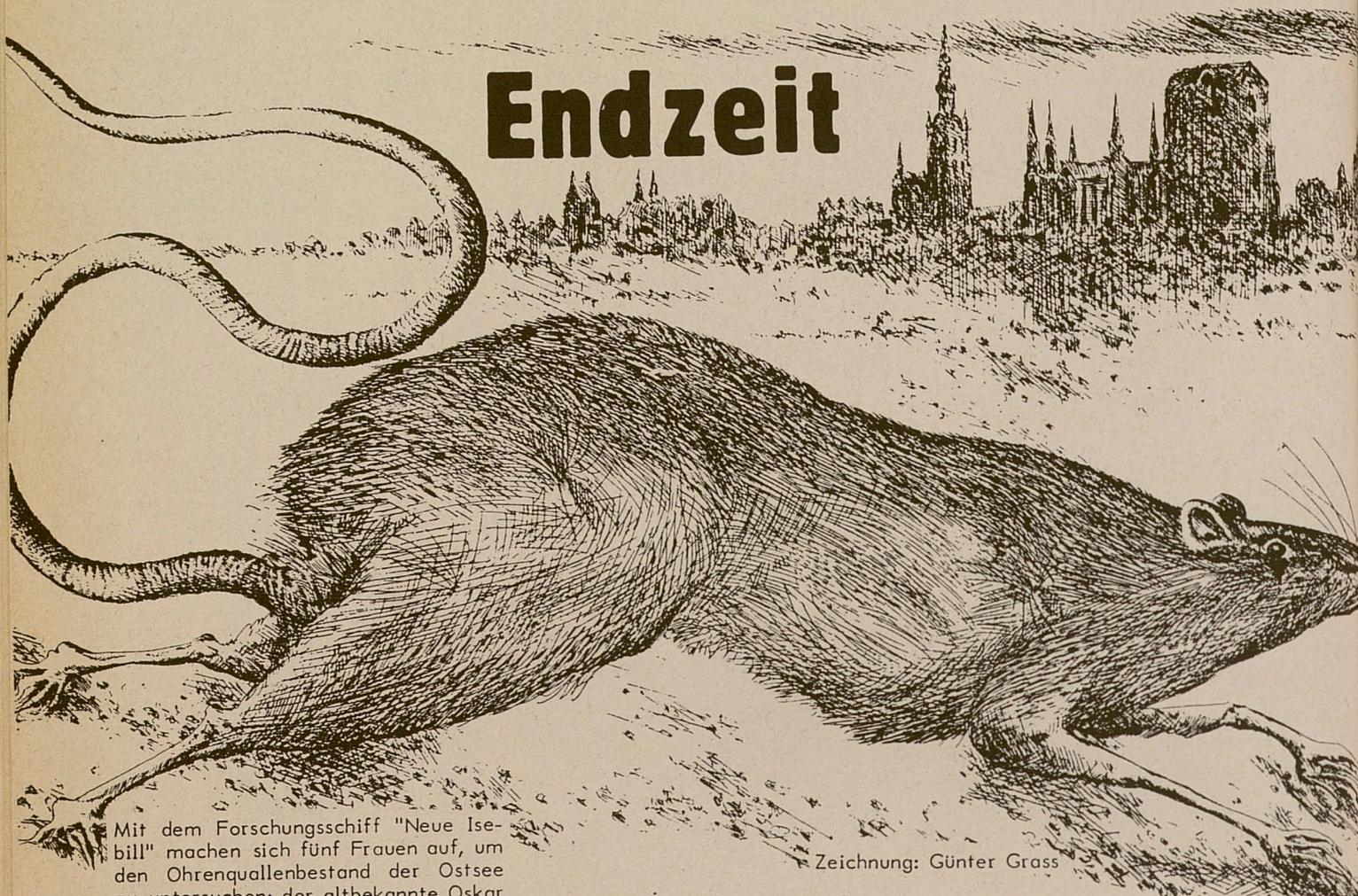
schen Funktion entkleidet, auf's Gemütvolle "reduziert". Auch die Besetzung der Hauptrollen ist wesentlicher Teil der Interpretation. Der Darsteller des Leo Jogiches, Jan Olbriski, hat schon in Schlöndorffs "Blechtrommel" von 1978 den Jan Bronski gespielt. Er ist noch schöner und düsterer geworden, zu introvertiert für die Milchmädchen-Vorstellung vom feurigen Revolutionär. Er sieht aus wie der blonde Zwilling von Jeremy Irons, und kreuzt für meinen Geschmack viel zu anämisch durch die Filmkulisse.

Barbara Sukowa halte ich für eine wunderbare Besetzung der Rosa Luxemburg, obwohl sie viel größer, attraktiver, schmaler ist als das historische Vorbild. Aber sie wirkt genauso unzerstörbar, und man glaubt ihr die Mischung aus politischem Fanatismus und dem Bedürfnis nach freundschaftlicher Wärme, wenn sie kaffeetrinkend am Comer See mit Luise Kautsky herumkichert.

"Rosa Luxemburg" ist der geglückte Versuch, einer Frau gerecht zu werden, deren sozusagen letzte Worte unverfroren lauteten: "Ich war, ich bin, ich werde sein."

Jutta Koch

Endzeit



Zeichnung: Günter Grass

Mit dem Forschungsschiff "Neue Isebill" machen sich fünf Frauen auf, um den Ohrenquallenbestand der Ostsee zu untersuchen; der altbekannte Oskar Matzerath (Blechtrommel) ist mittlerweile sechzig und als erfolgreicher Unternehmer im Videogeschäft tätig; Meisterfälscher Maler Malskat malt gotisch im Hochchor der Lübecker Marienkirche und aus dem toten Wald fahren die Märchenfiguren nach Bonn und wollen die Gebrüder Grimm ans Regieren lassen.

Es werden Geschichten erzählt, die alle gleichzeitig aus ihren Anfängen drängen, und dann ist da noch der Erzähler und die Rätin, die heftig diskutieren über das absehbare Ende der Menschheit und über die Zeit danach.

Die Geschichten nehmen ihren Lauf. Während die "Neue Isebill" ihren Kurs ändert und nach Weisung des altklugen Butts (Der Butt) in Richtung Vineta, der Fraueninsel, treibt, während Herr Matzerath nach Polen fährt, um den 106. Geburtstag seiner Großmutter Anna Koljaiczek zu feiern, während Maler Malskat nach Ansicht des Erzählers neben Adenauer und Ulbricht Hauptdarsteller im Film "Fälscher am Werk" oder "Fälsche Fuffziger" spielen soll und während der jetzige Kanzler samt Regierung und Reporter in Tiefschlaf fällt, will der Erzähler an das baldige Ende der Menschheit nicht glauben, doch die Rätin hält dagegen, mit allem, was

sie aufzubieten hat an Argumenten, an Visionen, mit nichts hält sie zurück.

Sie klagt die Schizophrenie der Menschheit an, einerseits voll auf Zukunft zu setzen, andererseits aber ein Waffenpotential zu produzieren, das zur gänzlichen Vernichtung derselben ausreicht. Bald ist es aus. Es gibt keine Zukunft, das ist der Rätin klar, da kann sich der Erzähler noch so sträuben, noch so sehr hinweisen auf zukünftige Pläne, auf seinen noch einzuhaltenden nächsten Zahnarzttermin.

Günter Grass Die Rätin

Die Rätin belächelt der Menschen Glauben an den Fortschritt. Die gesetzten großen Ziele wie "Abrüstung, "bißchen Gerechtigkeit" und Rettung des Waldes, hält sie für leere Versprechungen, für Schaumschlägerei.

Daß der Mensch keine Angst hat, ist ihr letztlich Grund dafür, daß es bald knallt. Sich absichernd gegen Kleinängste wie Schlechtwetter und Ehebruch, hat er die Angst vor dem Großen Knall verdrängt:

"Wir lassen uns nicht bange machen. Wir schrecken einander ab. Vor allem muß Abschreckung glaubhaft sein. Das weiß der Russe, der Ami weiß das. Je mehr wir uns abschrecken, um so sicherer sind wir."

Im Traum des Erzählers kommt es trotzdem zum Großen Knall, an einem Sonntagnachmittag, ausgelöst durch Rattenköttel im computergesteuerten Sicherheitssystem.

Als letztes menschliches Individuum kreist der Erzähler vereinsamt in einer Raumkapsel um die geschwärzte und erkaltete Erde und versucht mit dem Menschengeschlecht Funkkontakt aufzunehmen, indem er vergeblich "Erde kommen!, Erde kommen!" ruft. Doch während Kulturdenkmäler durch die Wirkung der Neutronenbombe verschont geblieben sind, geht's dem Menschen schlecht:

"Noch Monate nach dem Großen Knall, als wir Ratten, kaum ließ die Finsternis nach und milderte sich die Kälte, ans immer noch trübe Licht kamen und überall aufräumten, sahen wir lederne Menschlein, auf allen vierten zumeist, in kriechender, sich vergeblich aufbäumender Haltung, als wollten sie noch zuletzt ihre Fähigkeit zum aufrechten Gang zurückgewinnen. Diese Gestik! Soviel leidvolle

Körpersprache! Wir erinnerten Zeiten frühgotischer Extase. Nein, nie hat der Mensch stärkeren Ausdruck gefunden als im Zustand seiner Entsaftung."

Die posthumane Zeit beginnt, die Ratten, die die Apokalypse überlebt haben, bevölkern von nun an die Erde.

An dieser Stelle finden auch die Geschichten ihr dramatisches Ende.

Die Frauen, kaum sind sie auf der Insel Vineta angekommen, kaum stellen sie fest, daß auch hier kein Frauenreich Platz findet, daß ihnen auf dieser Welt kein Ort ist, werden von noch nie dagewesenem Licht geblendet. "Hitze haucht sie verzehrend an. Sie vergehen. Wo ich hindeute, suche, ist nichts mehr."

Oskar Matzerath, in Polen angelangt, befindet sich gerade in lustiger Geburtstagsgesellschaft, als der Große Knall losgeht. Die Gäste dringen ins Freie, krepieren und schrumpfen. Mit der Großmutter Anna Koljaiczek hat auch Oskar das Ende überlebt. Geschrunpft kriecht er auf allen vieren der auf dem Lehnstuhl sitzenden Großmutter zu und sucht Zuflucht unter ihren Rücken, bis beide tot erstarren.

Die Märchenfiguren, die eine neue Regierung schaffen wollten, werden von Panzern niedergemetzelt. Statt Adenauer und Ulbricht kommt Maler Malskat wegen Fälschung ins Gefängnis.

Günter Grass beschert seinen Figuren ein tragisches Ende, er rechnet mit ihnen ab, genauso wie er mit der Menschheit abrechnet, für deren Fortexistenz er unter den derzeitigen Umständen kaum mehr Hoffnung einräumt.

Eine resignierende Stimmung durchläuft das ganze Werk, die Weichen sind schon gestellt, es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann das eintritt, wovon sich im Grunde jeder sicher fühlt: Der Atomkrieg.

Günter Grass jedoch spielt das schreckliche Szenario durch, und wenn sich in der posthumanen Zeit die Versuchsratten als nicht überlebensfähig erweisen, weil noch zuviel menschliche Eigenschaften dann wird auch hier wie an vielen anderen Stellen der bittere Spott deutlich, mit dem Grass der Menschheit begegnet. Es scheint, als ob Grass weit aushole, um auf all die empfindlichen Stellen zu schlagen, die jeden Durchschnittsbürger wohl peinlich betreffen, mit denen er sich aber sein Leben eingerichtet hat: mit der Aufrüstung, der sozialen Ungerechtigkeit, dem Hunger in der 3. Welt, dem sterbenden Wald.

Gegen Ignoranz, gegen Vertrauen in Technik und Politiker, gegen Fortschrittswahn und Dummheit wendet sich das Werk, und wenn Grass selbst

Ultemosch!

Die vielen Rechnungen nicht beglichen und Aktenzeichen ungelöst.

Heiraten hätten geschlossen, Scheidungen sollten vollzogen werden, Gütertrennungen auch.

Um den restlichen Urlaub gebracht.

Bevor nach dem Braten, weil es am Sonntag geschah, Pudding dottergelb auf den Tisch kam.

Mitten im Satz, Schwur, Fluch und Gebet, gleich nach dem Doppelpunkt,

Witze vor der Pointe gekappt.

Was ich noch hätte sagen wollen...



Wir hätten gerne demnächst die Tapete gewechselt.

Gerne wären wir, wie früher häufiger, zu zweit ins Theater, danach beim Italiener gut essen gegangen.

Unter gewissen Bedingungen hätten wir gerne noch einmal von vorne

und uns dies und das noch gegönnt.

Ferien auf dem Ponyhof hatten wir den Kindern, uns aber wechselseitig mehr Rücksicht versprochen.

Auf Zweitwagen, Grimms Wörterbuch

und eine komplette Campingausrüstung wurde gesparrt.

Unser Plan hieß: endlich mal ausspannen

und Schluß mit dem Immerhöherundhöherhinaus.

Wir hätten noch gerne...

Doch eure Geschichte ist aus." (Günter Grass)

den Andersdenkenden, verkörpert in Märchenfiguren, keine Chance läßt, dann wird deutlich, wie aussichtslos er Bemühungen auf Veränderung sieht, was ihn wahrscheinlich dazu veranlaßt vollends destruktiv zu sein.

"Ein katastrophales Buch", mit diesen Worten bezeichnete Günter Grass in einem Interview selbst sein Werk.

Es ist ein dichtes Buch, aufgelockert durch dazwischengeschobene Gedichte, zum Überfliegen nicht geeignet. Allein Grass phantasievolle schöpferische und wortgewandte Sprache fordert die Konzentration des Lesers. Mit neuen Wortkreationen und Syntaxverdrehungen zeigt Grass, was die deutsche Sprache herzugeben hat.

So viel verdorbener Spaß.

Wo überall des Fleisches Lust kurz vorm Jetztjetzt auf immer verging.

Der Grand ohne Vier geschmissen

oder ein Sonntagsnachmittagsschläfchen, das sozusagen kein Ende fand.

Was sonst noch ausblieb: mehrmals verschobene

Klassentreffen, die nächste Sitzung, Geburtstage,

der Lohnsteuerjahresausgleich, die ersten Zähnen,

das Wetter von morgen,

Gegenbesuche und Rückspiele,

Erbschaften, der bänglich erwartete Laborbefund,

Fälligkeiten, die Post.

Ach, und der lange versprochene Einkaufsbummel.

"Die unverdrossene Mär..."

...vom Fortgang eurer Geschichte...

Natürlich hörten die vielen Kleinkriege und der Hunger und mit dem Kapitalismus der Sozialismus,

mit gut auch böse und mit der Liebe der Haß auf.

Ganz neue Ideen nicht zu Ende gedacht.

Einfach abgebrochen die Schulreform.

Ohne Antwort die Frage nach Gott und so weiter.

Mag sein, daß einige Leute mit sich zufrieden waren,

dennoch blieben Wünsche, große und kleine offen.

Und auch der Goldpreis fiel, um nie wieder...

Weil.

An einem Sonntag.

Ultemosch.

Würde Grass seinem Leser nicht zumuten, zumindest "Die Blechtrommel" und der "Der Butt" gelesen zu haben und sich auszukennen in ostpreußischen Regionen, wäre es ein vorbehaltlos lesenswertes Buch. So jedoch, wird der Leser, der z.B. Oskar Matzerath nicht kennt, einiges für merkwürdig wenn nicht sogar für unverständlich halten.

Adele Schmidt

**Günter Grass: Die Rättin
512 Seiten
DM 39.-
Luchterhand**

AKUT 43

Moers war schon immer anders. Hier legte man nie besonderen Wert auf zugkräftige Namen und erprobte Konzepte. Nicht bis in's letzte ausgereifte Musik, sondern das oft mühsame Herantasten an neue musikalische Gefilde machten das Festival zum Kristallisationspunkt der internationalen Avantgarde.

Dieses für risikobehaftete Experimente offene Konzept barg natürlich auch immer die Möglichkeit, in musikalische Sackgassen zu zu führen. So z.B. die seit drei Jahren hochgepushte New Yorker Noise-Szene. Mochte anfangs der zornig-schalkhafte Gestus, mit dem Musiker wie FRED FRITH, ARTO LINDSAY, JOHN ZORN u.a. ihre Asthetisierung des Krachs zelebrierten, noch aufregend und provokant wirken, so rief ihr Konzept, aus Bruchstücken kommerzieller Musik und instrumentaler Lärmerzeugung abgehackte, ständig gebrochene Klangstrukturen zu schaffen, die auf jeglichen Spannungsbogen zugunsten momentan aufblitzender Klangfragmente verzichteten, bei Wiederholung nur noch gähnende Langeweile hervor. Jazzstalinisten hatten bereits zu Dutzenden das Weite gesucht.

Was bei dieser dröhnend daherwälzenden Skandalträchtigkeit beinahe verloren ging, war die Fähigkeit zum Zuhören.

ZUHÖREN LERNEN

Daß man das in diesem Jahr wieder lernen und erleben konnte, war besonders einer in Moers bisher recht unterrepräsentierten Personengruppe zu verdanken: den Frauen, die einen der Programmschwerpunkte in diesem Jahr bildeten.

Da war zunächst der fantastische Festival-Opener: das FILM MUSIC ORCHESTRA der englischen Saxophonistin und Fagottistin (!) LINDSAY COOPER, die manchem sicher noch als Ex-Mitglied der legendären Art-Rock-Combo HENRY COW bekannt ist. Ihr unverwechselbarer Eklektizismus, der Elemente der Jazz- und Rockmusik ebenso wie

der Kammermusik und Folklore zu einer neuen faszinierenden Einheit verschmilzt, erinnert ein wenig an die Musik Kurt Eislers und entspricht dessen Forderung nach einer "planmäßigen Liquidation des Gegensatzes zwischen ernster und leichter Musik" auf's spannendste.

Unter Verzicht auf alles Protzige und Oberflächlich-Spektakuläre stießen hier eine fast feierliche Melancholie und bissig-ironische musikalische Seitenhiebe aufeinander - publikumswirksam in Szene gesetzt durch die Übergangslos vom Melodramatischen in's Komische wechselnde Theatralik der Sängerin SALLY POTTER und die Gesangsabenteuer des Vokalistin PHIL MINTON, der mühelos den Übergang vom krächzend stöhnenden Stimmlärm zur Ale-seeligen Reibeisenstimme eines irischen Folksängers findet.

Viele der vorgestellten Stücke entstammten zwei Filmprojekten, an denen Lindsay Cooper mitgearbeitet hat: dem 1979 entstandenen Dokumentarfilm "The Song of the Shirt", der von den Arbeits- und Lebensbedingungen englischer Textilarbeiterinnen im 19. Jahrhundert erzählt und dessen musikalische Gestaltung zeitgenössischer Straßenmusik und Salonstücke zum Ausgangsmaterial nimmt. Daneben "Golddiggers", eine Art feministisches Musical über die absurde Akkumulation des Kapitals in einer vom Männlichkeitswahn besessenen Welt.



Lindsay Cooper

TAKTLOS

Zum absoluten Höhepunkt des Festivals wurde die zweite überwiegend von Frauen besetzte Band der Pianistin IRENE SCHWEIZER - TAKTLOS.

Taktlos war vielleicht über weite Strecken die größtenteils frei improvisierte Musik. Taktlos war aber gewiß nicht der Umgang der Musikerinnen und Musiker miteinander. Die ungeheure Sensibilität, mit der hier auf den anderen eingegangen wurde, die Bereitschaft, ständig aufnahmebereit für die Impulse der anderen zu sein, diese aufzugreifen und weiterzuentwickeln oder auch sich im richtigen Moment zurückzuhalten, führten zu einer freien Kommunikation von atemberaubender Spannung. Mit Jazz hat das alles nicht mehr so viel zu tun, selbst der Begriff der improvisierten Musik ist fast zu eng.

Was hier abläuft ist frei assoziierendes Musiktheater: Mimik und Gestik werden zum gleichwertigen Ausdrucksmittel neben der Klangerzeugung. Von unglaublicher Bühnenpräsenz: Vokalistin MAGGIE NICOLS, eine auf den ersten Blick eher unscheinbare Person, die aber das Publikum vom ersten bis zum letzten Moment in ihren Bann schlägt; mit ihren kleinen Geschichten, ihren jandischen Wortverformungen, ihren konventionellen Entschuldigungsformeln und Arienfragmenten gestoppten verbalen Entgleisungen, die sie mit knappen Stepschritten und ständig vom Feierlichen zum Flachsigen wechselnden Gestus begleitet.

Im Hintergrund demontiert derweil GEORGE LEWIS seine Posaune und entlockt den Einzelteilen die faszinierendsten Klänge, während Drummer GÜNTER 'BABY' SOMMER ein geräuschloses Solo inszeniert und JOELLE LEANDRE versucht, mit ihrem Bass das Schlagzeug zu ersetzen.

15. Internationales NEW JAZZ

Chicago es on

Zweiter Schwerpunkt: die neue Chicagoer Jazzszene, die zweite Generation nach dem legendären Art Ensemble of Chicago, ist dieses Jahr gleich mit sechs verschiedenen Gruppen vertreten. Allen gemeinsam: das freie Verfügen über die gesamte amerikanische Jazztradition, vom Gospel, über Ellington zum Free Jazz und das Einbeziehen der ethnischen Wurzeln der afrikanischen Musik. Dazu kam die oft fast ehrfurchtsvolle, meditative Intensität der Musik, die sich durchaus mit übersprudelnder Lebens- und Spielfreude vertrug.

Besonders die spirituelle Seite dieser Musik betonte das 21-köpfige ORCHESTRA INFINITY des Komponisten und Percussionisten KAHIL EL ZABAR, das das Publikum in einer mehrsätzigen Komposition von der Erschaffung der Erde bis zur "Soul-Journey" führte.

Grandios auch (zumindest für die wenigen Unverwüstlichen, die es sich nach fast zehnstündigem Musikhören noch zumuteten) das Zusatzkonzert, das KAHIL EL ZABAR und der Saxophonist EDWARD WILKERSON noch zu mitternächtlicher Stunde in der "Röhre" gaben. Trotz leicht dröhnendem Schädel und verspannter Muskeln fühlte man sich nach wenigen Minuten fast der Schwerkraft enthoben, ob der entrückten Klänge, die die beiden sich im Duett zwischen Bass Bambus Flöte und Klarinette entlockten. Und als sie schließlich angingen, zum swingenden Chorus des Publikums zu improvisieren, fand man sich endgültig der irdischen Sphäre entzogen.

Wer es etwas lauter möchte, brauchte auch in diesem Jahr nicht auf seine Lärmorgien zu verzichten.

Bassist BILL LASWELL, Oberguru der New Yorker Art-Rock-Szene (und mittlerweile auch Produzent u.a. von Mick Jagger), Drummer SHANNON JACKSON, vor fünf Jahren einer der Protagonisten des Free-Funk und PETER BRÖTZMANN, deutscher Freejazzler der ersten Stunde und berühmt wegen seiner elementaren



Peter Brötzmann, Billy Bang

Fotos von Achim Ranly

Kompromißlosigkeit, schmetterten als "LAST EXIT" mit ohrenbetäubenden Lärmeruptionen das Publikum fast zu Boden. Optisches und akustisches Highlight bei dieser Dampfrahmenmusik - die bizarre Diva DIAMANDA GALAS, die, sich wie ein tollwütiger Derwisch hinter dem Mikrofon windend, alle bisher für möglich gehaltenen Tonskalen menschlicher Artikulation mühelos überschritt und der man es gern abnahm, daß es ein "universaler Haß auf die Menschheit" (O-Ton Diamanda) war, der sie zur Musik führte.

Über die anderen eher Funk und Rock orientierten Bands wie STEVE COLEMAN & FIVE ELEMENTS, oder den japanischen Trompeter TOSHINORI KONDO lohnt es sich kaum viele Worte zu machen. Besonders letzterer ließ mit seinem stampfenden Techno-Beat viele das Weite und ein stilles Plätzchen in der Sonne suchen.

Zu guter Letzt soll ein spannendes musikalisches Rendezvous zwischen den Saxophonisten ALFRED HARTH und JOHN ZORN erwähnt werden. Beide gelten als Protagonisten einer eigenständigen Szene zwischen Free-Jazz, Art-Rock und neuer Musik, der eine in Frankfurt, der andere in New York. Wirkten die beiden auf der großen, schon für die nachfolgende Bigband umgebaute Bühne zunächst fast verloren, so steigerte sich ihr Zusammen-

spiel schnell zu spannender Intensität. Freie Dialoge führten fast immer zu gemeinsamen und fast melodiosen Spannungsbögen. Besonders John Zorn, treuen Moersbesuchern aus einigen Noise-Musikbands besonders als Bläser von Entenjagdpfeifen und in Wasser getauchten Klarinettenmundstücken bekannt, überraschte immer wieder mit nie gehörten Tönen, wie z.B. seinem perkussiven Klappenspiel.

Bleibt noch anzumerken: Moers hat wieder richtig Lust auf Moers im nächsten Jahr gemacht - auch wenn die Länge der Umbaupausen und Soundchecks diesmal nur noch als unverschämt bezeichnet werden kann.

Ein Tip für alle, die vielleicht Lust bekommen haben: Nehmt Euch was zu futtern mit, das kulinarische Angebot in Moers ist nach wie vor unter aller Sau. Ein geschäftstüchtiger Ökofreak, der sich schon seit Jahren um die gesunde Ernährung der Festivalteilnehmer verdient gemacht hat und "Energiebällchen" feilbot, wurde schon am ersten Tag auf Intervention der sponsernden Gastronomiemafia vor die Türe gesetzt.

Achim Ranly
Raimund Bleischwitz



NEW JAZZ Festival Moers Pfingsten 1986

LESEBRRIEFE ODER DIE EREKTION DER MEINUNGEN

Liebe Redaktion!

Zur vollen Genialität der letzten AKUT-Ausgabe vom April fehlte nicht mehr viel. Aber unbedingt hätte noch ein Gedicht von Christian Eicke 'reingemußt' - die Gedichte sind echt das Beste.

Bei der Anzeige für das "PORT-O-PISS" (S. 33), das tragbare Camper-Pissoir, war offensichtlich eine falsche Adresse angegeben, da ich bisher auf meine Bestellungen noch keine Antwort erhielt.

Und - ihr seid schließlich nicht immer so prüde gewesen - warum konnte man auf dem Titel nicht erkennen, was die Jungs unter ihren Talaren haben?

Überhaupt wollte ich mich nach der Gesundheit von Oberkolibris Jörg C. Dietzel erkundigen: Er hatte in der letzten Ausgabe keinen Leserbrief! Oder habt ihr ihn unterschlagen?

Eure neue Vorliebe für Labyrinthspiele finde ich zwar geil, aber auf Seite 22 war nur ein Teilspiel abgedruckt. Ich konnte leider nicht erkennen, ob das Spiel zum Artikel von Jochen L. oder zur Anzeige des Kopiercenters Dombrowski gehörte. Von wem kann ich nun den zweiten Teil kriegen?

Und was nun auf einmal in eurer



Redaktion los ist, versteh' ich auch nicht; aber vielleicht geht's da ja auch um Interna, die 'ne Leserin nichts angehen: warum unterschreibt Wolfgang seit einiger Zeit mit Wolfgang Kaleck?

Und warum wechseln eure Redakteure so flott? Den Lars von den Jusos vermisste ich, wo doch auf den Wahlplakaten überall stand, daß er in der AKUT-Redaktion ist. Ist Wolfgang Z. jetzt der Ersatz-Juso?

mit solidarischem Gruß
Leonie Hammacher

6. Sem. Jura

Liebe Redakteurinnen und Redakteure!
Wer soll eigentlich abschalten?

Spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl wissen wir, daß die Kerntechnik vom Menschen nicht sicher zu beherrschen ist. Da helfen auch keine Beschwörungen, daß "deutsche Technik die sicherste der Welt ist". Die hier bekannten "Störfälle" haben uns gezeigt, daß auch und vor allem in der BRD die Technik nicht beherrschbar ist - ein Störfall ist nichts anderes als ein nicht vorhergesehener Defekt! Das Risiko einer Kernkraftwerkskatastrophe ist da, und im dicht besiedelten Westeuropa sicherlich noch schlimmer als in der Ukraine. Also abschalten?!

Auf einige Aspekte möchte ich noch hinweisen: Wenn man den Ausstieg aus der Kernenergie fordert - und das tue ich - muß man auch nach Alternativen fragen. Wir wissen, daß die fossilen Brennstoffe begrenzt sind und ihr Preis, vor allem für Entwicklungsländer sehr schlimm, steigen wird. Sicher ist durch Nutzung von Naturkräften (Wasser, Wind, Erdwärme, Sonne) oder Energieeinsparen ein Teil des Problems zu lösen. Aber heute gibt es bei der Sonnenenergie noch keine geeignete Technik, die in der Lage wäre, uns von der Atomenergie weltweit zu befreien und die anderen Techniken helfen nur den Ländern, die über nutzbare Naturkräfte verfügen. Außerdem kosten Entwicklung und Produktion dieser Anlagen viel Energie; wo soll die aber herkommen?

In der BRD ist der Übergang zu anderen Energiegewinnungen noch recht einfach. Wir verfügen über genügend Kohle und genügend Kraftwerke, um auf Kernenergie verzichten zu können.

Die Gefährdung durch die Abgase scheint mir gegenüber einer möglichen radioaktiven Verseuchung annehmbar, zumal bei Benutzung umweltfreundlicher Techniken.

In der Sowjetunion sieht das leider nicht so günstig aus. Dort gibt es keine Überkapazitäten an Energie und die Energiebilanz für die sibirischen fossilen Brennstoffe ist noch negativ, d.h. es wird mehr Energie zur Erschließung und Förderung aufgebracht, als bei der Verbrennung gewonnen wird.

Somit gibt es wohl nur eine befriedigende Lösung und das ist eine ganz banale. Es werden riesige Energiemengen weltweit in einen vollkommen unproduktiven Bereich gesteckt - in die Aufrüstung mit immer ausgeklügelteren Vernichtungswerkzeugen. Statt diesen Wahnsinn noch zu forcieren, wie Reagen mit SDI, brauchen wir unbedingt Abrüstung. Wie soll die UdSSR mit Reagens Starwars-Plänen mithalten, wenn nicht durch Kernkraftwerke?

Die wachsenden Umweltgefährdungen dieser ganzen Welt sind nur zu verhindern, wenn der Ausstieg aus der Aufrüstung gefunden wird, und das nicht nur, weil zur Produktion von Atomwaffen Kernreaktoren und "Wiederaufbereitungsanlagen" gebraucht werden!

Wir alle wären die Gewinner und ganz nebenbei gibt es noch einen sicheren Frieden für Europa und die anderen Teile der Welt. Gegenüber einem Atomkrieg ist ein Super-GAU "nur" ein Verkehrsunfall; die Systeme die den verhindern sollen hatten auch schon ihre "Störfälle".

Wer glaubt, einen anderen oder sogar besseren Weg zu sehen, sollte bedenken, daß im Jahr 2000 6 Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Diese werden uns die Wälder niederbrennen, sollten nicht neue Energiequellen erschlossen bzw. unnötige Energieverschwendungen eingestellt werden.

Ich glaube, man erkennt an diesen wenigen Überlegungen, daß die Menschheit als Ganzes vor sehr großen Schwierigkeiten steht, die nur durch internationale Zusammenarbeit zu lösen sind. Wir können uns das Krieg spielen einfach nicht mehr leisten.

Detlev Kamps

COMPAGNIA 82

"leonce und Lena" von Georg Büchner
18.6., 20.6., 27.6. Uni Hörsaal 1
19.30 Uhr am 18.6., sonst 20.00 Uhr

SMD-Studentenmission in Deutschland

24.6. 20.00 Uhr Uni Hörsaal 3
Leben wir auf Kosten der 3. Welt?
Wirtschaftspolitik auf Weltebene-
Grenzen politischer Lösungsversuche-
Möglichkeiten des einzelnen
Prof.Dr. Lachmann, Mainz

1.7.86 20.00 Uhr Haus der ev. Kirche,
Clubraum, Adenauerallee 37
Bilanz der Kirchengeschichte: Seit
2000 Jahren ist die Welt auch nicht
besser geworden
offene Gesprächsrunde

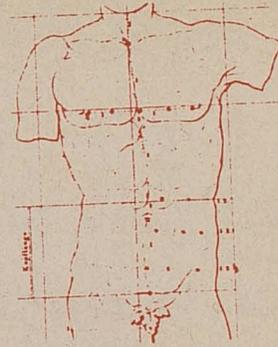
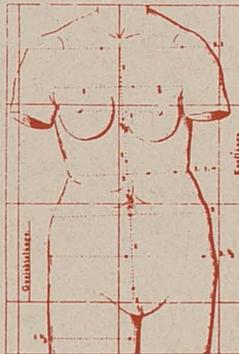
8.7. 20.00 Uhr Uni Hörsaal 3
Die Bergpredigt: Ethik für
Schwärmer?
Eine kritische Durchsicht aktueller
Auslegungen
Prof.Dr.Gräßer, Bonn (Theologie)



Arbeitskreis NATURWISSENSCHAFTLER für den FRIEDEN

23.6. 20.00 Uhr Uni Hörsaal 8
Ist ärztliche Hilfe im Atomkrieg mög-
lich?

Dr. Till Bastian, Sekretär der bundes-
deutschen Sektion der IPPNW (Inter-
nationale Ärzte zur Verhütung des
Atomkriegs).



ÖKOLOGIE

RINGVORLESUNG

Damit der Besuch der Ökologie Ring-
vorlesung im Juni/Juli vielleicht etwas
stärker wird als bei den ersten Veran-
staltungen, möchten wir die kommen-
den Veranstaltungen nochmal kurz
vorstellen:

11.6. Tierversuche

In dieser Veranstaltung soll es schwer-
punktmäßig um Tierversuche im
medizinischen Bereich gehen. Dazu
haben wir Rainer Gaertner vom Ver-
ein der Tierversuchgegner in Nord-
rhein Westfalen eingeladen.

18.6. Allergien

Durch die immer stärkere Belastung
der Umwelt wird an diesem Abend
versucht zu erklären, inwieweit Er-
nährung und Umwelt Einfluß auf die
immer häufiger auftretende Krank-
heit, die Allergie, haben. Hierzu
haben wir A. Steneberg vom Institut
für Umweltkrankheiten eingeladen.

2.7. Zucker

Al Imfeld ist der Autor des Buches
"Zucker". In diesem Buch und damit
auch in dieser Veranstaltung geht es
nicht allein darum, welche Wirkungen
der Zucker auf den menschlichen Kör-
per hat, sondern auch um andere Wir-
kungszusammenhänge rund um den
Zucker.

9.7. RWE- Machtstrukturen und Strom

Wie ist RWE aufgebaut, welche Macht
steht dahinter und welche Auswirkun-
gen hat diese Macht? Lutz Metz ist
Mitarbeiter in der Forschungsstelle
für Umweltpolitik an der FU Berlin.

Außerdem haben wir am 11.6. eine
Exkursion zu einem biologisch-dynami-
schen Betrieb geplant. Der Betrieb,
Haus Etzweiler, den Herr Förster
bewirtschaftet, liegt in Elsdorf
zwischen Aachen und Köln. Es soll
eine Exkursion für alle Interessierten
werden, nicht nur für Landwirte.
Anmelden könnt Ihr Euch im Ökolo-
giereferat im AStA und es wäre nicht
schlecht, wenn auch Leute mit einem
Auto dabei wären, da es sich nicht
lohnt, einen Bus zu mieten.

Brotfabrik

KULTURZENTRUM - IN BEUEL

ERÖFFNUNGSPROGRAMM FREITAG, 13.6., SAMSTAG, 14.6., SONNTAG, 15.6.

Abendprogramm: Pantomime, Kabrett,
Multimedia- Show, Vernisage, Filme,
Theater, Musik, Trickfilme...
Eintritt jeweils 12.00/10.00 DM

Dienstag, 17.6. bis Freitag, 20.6.
Freunde und Feinde, Vier Abende
Musik, Video, Performance
Eintritt jeweils 12.00/10.00 DM

21. und 22. 6., 20.00 h
"LEONCE UND LENA" von Georg
BÜCHNER, gespielt von der Gruppe
COMPAGNIA 82 Eintritt 12.00/10.00
DM

24.6., 25.6, 28.6., 29.6.:
"Dialog einer Prostituierten mit dem
Kunden" von Daccia Tlaraini
eine Produktion des Theatre Bohemien
jeweils 20.00 h Eintritt 12.00/10.00
DM

26.6., 27.6. um 20.00 Uhr
"Graf Öderland" von Max Frisch
Eine Produktion der Studiobühne- und
Filmwerkstatt Köln.
Eintritt 12.00/10.00 DM



**Die Provinz
bebt**

**Aus unseren Preisen
machen wir kein Geheimnis**

Liebe Bankkundinnen!

Liebe Bankkunden!

Sie haben feste Ziele.

Wir bringen sie Ihnen näher.

Tanzen im Rhythmus unserer Zeit.

**Wie „sicher“ ist
...politik von unten.**

Regionen, wo Sie auf Sauerkraut
und Käsekuchen verzichten müssen.

**800.000
ANSCHLÄGE**

Wir beschreiben keine Phantome!
Wir garantieren Ihnen, daß Sie diese Menschen
durch uns kennen lernen können!

**Restaurierung bedeutet für uns:
Zurück zur guten alten Qualität
Ausstattung!**

**ALS
OB ALLES
WACKELT**
Liebhaber
Seit über 20 Jahren Erfahrung

Der 50. Mäuseorden

Chic oder lässig-

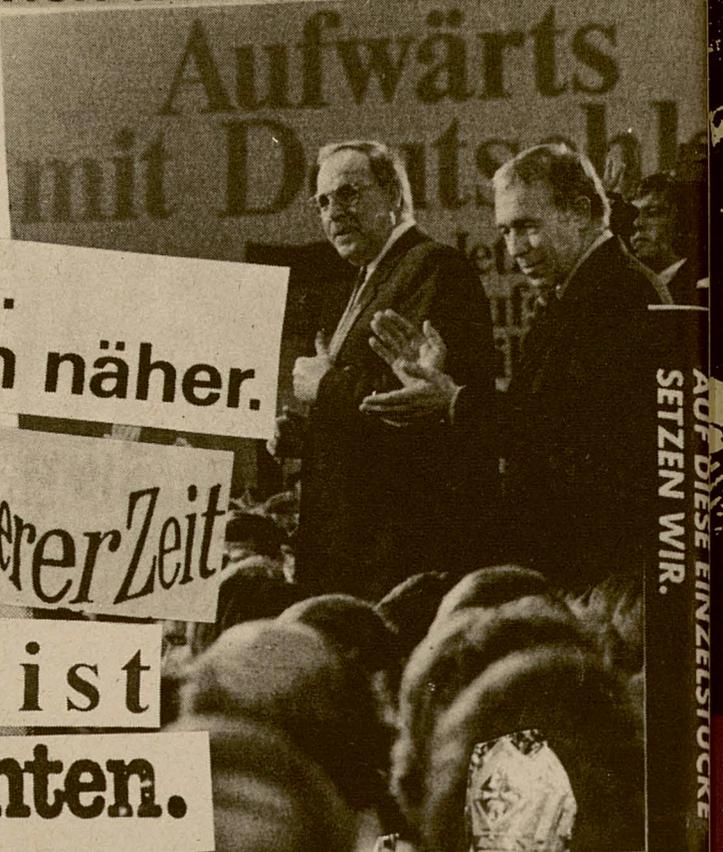
das ist die Frage

Endlich Schluß!

oder: Unser Wohlstand hängt an dünnen Drähten.



**Systral®
stoppt
das Brennen,
kühlt
die Haut.**



**AUF DIESE EINZELSTÜCKE
SETZEN WIR.**